DEUTSCHE ARGUMENTE 5

Dankwart Kluge

DAS Hossbach-›Protokoll‹

Die Zerstörung einer Legende

DRUFFEL

Das Hoßbach-Dokument kritisch beleuchtet

Der junge Berliner Forscher und Rechtsanwalt Dankwart Kluge hat sich einer mehrjährigen mühevollen Aufgabe unterzogen. Er hat das sog. Hoßbach-„Protokoll“ kritisch unter die Lupe genommen. Dieses Dokument entstand im Herbst 1937 nach einer Besprechung zwischen Adolf Hitler und führenden Männern aus Staat, Partei und Wehrmacht. Angeblich soll Hitler im Rahmen dieser Konferenz seine aggressiven und kriegerischen Absichten enthüllt haben. So war dieses „Dokument“ über viele Jahre hinaus ein Paradestück für die „Schuld der Deutschen“ am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs.

Im Nürnberger Prozeß diente es als eines der Schlüsseldokumente, um die ehemals führenden Männer des Dritten Reiches abzuurteilen.

In dieser profunden Studie untersucht Kluge das sog. Hoßbach-„Protokoll“ auf seine Entstehungsgeschichte, seine Echtheit, seinen juristischen und historischen Wert. Der Autor hat für diese Arbeit nicht nur alle erreichbaren Akten und Dokumente untersucht, sondern auch noch lebende Zeit- und Tatzeugen befragt.

So erbringt er in diesem wesentlichen Buch den exakten Beweis, daß eines der wichtigsten Dokumente im Nürnberger Prozeß von den Siegern gefälscht wurde, um eine Verurteilung der deutschen Reichsführung zu erreichen. Der Verfasser enthüllt in seiner fraglos aufsehenerregenden Studie, daß es sich bei diesem Dokument in der vorliegenden Form um einen raffiniert getarnten Betrug handelt, daß es juristisch wertlos und damit auch historisch mehr als fragwürdig ist.

Darüberhinaus konnte der Autor ermitteln, daß die Hoßbach-Niederschrift für den Widerstand gegen Hitler von besonderer Wichtigkeit war, ja daß beide sogar aufs engste miteinander verbunden sind.

So entstand ein erregender Bericht, der auf Jahre hinaus als eine der hervorragendsten Einzelstudien zur Ursachengeschichte des Zweiten Weltkrieges angesehen werden muß, der in seiner Beweiskraft überzeugt und in seiner Gründlichkeit fasziniert.

DRUFFEL VERLAG

DRUFFEL-BÜCHER

Eine Auswahl aus unserer Verlagsproduktion:

ICH, ADOLF EICHMANN

Ein historischer Zeugenbericht

Herausgegeben und kommentiert von Dr. jur. R. Aschenauer
560 Seiten – Bilder und Dokumente
Gln. mit Schutzumschlag DM 36,–
ISBN 3 8061 1004 2

Dieser zeitgeschichtlich brisante Bericht eines der „Hauptverantwortlichen für die Lösung der Judenfrage" in der Zeit des Dritten Reiches schlägt Wellen und löst Diskussionen aus. Der 1960 von den Israelis in Argentinien gefaßte und schließlich hingerichtete Eichmann, scheut keine Tabus; das Buch ist voll Dramatik und leuchtet neue Hintergründe eines Problemes aus, das die Deutschen noch und immer wieder bewegt und belastet.

G. Griesmayr / O. Würschinger

IDEE UND GESTALT DER HITLERJUGEND

328 Seiten – 16 Bildseiten
Gln. mit Schutzumschlag DM 29,80
ISBN 3 8061 0970 2

Die Geschichte der Hitler-Jugend, von manchen zu schreiben versucht, von vielen seit Jahren erwartet, liegt endlich vor.
Die Welle der Neuerscheinungen über das Dritte Reich rollt weiter. Um so wichtiger ist es, daß jetzt die Geschichte der HJ erscheint, die von den Verfassern selbst miterlebt und mitgestaltet wurde. Die Autoren schöpfen nach der Ranke'schen Forderung „aus gesicherten Quellen". Sie berichten die Geschehnisse objektiv und werten diese subjektiv. So ist Idee und Gestaltung der Hitler-Jugend ein Buch, das durch seine Dokumentation zeitgeschichtliches Wissen vermittelt, durch seine Wertung besticht und das durch seinen Mut zur intellektuellen Redlichkeit fasziniert.

Georg Franz-Willing

DER ZWEITE WELTKRIEG

Ursachen und Anlaß

320 Seiten – 6 Bilder
Gln. mit Schutzumschlag DM 29,50
ISBN 3 8061 0960 5

Noch immer beherrscht das von den Siegern gezeichnete Geschichtsbild über Ursachen und Ausbruch des letzten Krieges die Deutschen. Erstmals schildert jetzt ein anerkannter Historiker aus deutscher Sicht den Weg zum Zweiten Weltkrieg. Der Autor, durch zahlreiche Arbeiten ausgewiesen, betrachtet beide Weltkriege, die zur deutschen und europäischen Katastrophe führten, als Einheit und bemüht sich um eine sachliche, überparteiliche Erforschung und Darstellung der Ursachen und des Anlasses des Krieges wie der nach wie vor drängenden Schuldfrage. Ein revisionistisches Geschichtswerk von herausragender Bedeutung.

DAS GEHEIMNIS DER ROTEN KAPELLE

Das US-Dokument 0/7708 –
Verrat und Verräter gegen Deutschland
Herausgegeben von Gert Sudholt
360 Seiten – Gln. DM 29,80
ISBN 3 8061 0900 1

Anhand eines bislang unveröffentlichten Geheimberichtes des amerikanischen Außenministeriums kann nicht nur die Bedeutung der geheimnisumwitterten Roten Kapelle und ihrer Tätigkeit während des Zweiten Weltkrieges nachgewiesen werden. Darüber hinaus gewinnt der Leser erstmals aus der Sicht der einstigen Gegner Deutschlands einen profunden Einblick in die engen Beziehungen zwischen gewissen Kreisen des deutschen Widerstandes und den sowjetischen Agenten, die für den Sieg Stalins kämpften. Ein umfangreiches Dossier zeichnet dramatisch die Querverbindungen auf. – Eine sensationelle Dokumentation von aktueller Bedeutung.

Bitte fordern Sie das Gesamtverzeichnis der lieferbaren Druffel-Bücher und die interessanten DRUFFEL-MITTEILUNGEN kostenlos an.

Druckfehlerberichtigungen

1. Auf Seite 36, Zeile 22 muß es heißen:
   „daß das Dokument inhaltlich verändert bzw. gefälscht worden ist."
2. Auf Seite 69, Zeile 6 muß es heißen:
   „Die Niederschrift Hoßbachs enthält demzufolge . . ."
3. Auf Seite 146 heißt es in Zeile 3 statt überzeugend:
   „nicht überzeugend"
4. In den Anlagen I und III sind aus drucktechnischen Gründen die verschiedentlich vorgenommenen Unterstreichungen nicht berücksichtigt worden.

DANKWART KLUGE

DAS HOSSBACH-‚PROTOKOLL'

Die Zerstörung einer Legende

für
Harry Elmer Barnes

DANKWART KLUGE

Das Hoßbach-‚Protokoll'

Die Zerstörung einer Legende

DRUFFEL-VERLAG
LEONI AM STARNBERGER SEE

Umschlagentwurf: H. O. Pollähne
Bilder: Deutsche Presseagentur

Internationale Standard-Buchnummer:
ISBN 3 8061 1003 4

1980
Alle Rechte vorbehalten © by Druffel-Verlag
Satz, Druck und Bindearbeiten:
Druckhaus Mühlberger, Augsburg

Inhaltsverzeichnis

Vorwort
Seite 7

Einleitung
Seite 9

Überlieferung des Dokumentes
Seite 17

Fälschung der Urkunde (Zeugen I)
Seite 33

Die Aufzeichnungen des Generalobersten Beck
Seite 49

Die militärischen Planungen vom 7. und 21. 12. 1937
Seite 55

Entstehung, Form und Ausgestaltung der Niederschrift
Seite 63

Anlaß, Ablauf und Hintergrund der Besprechung
Seite 71

Die Persönlichkeit Hoßbachs, Tendenzen seiner Darstellungen
Seite 81

Die Aussagen der Besprechungsteilnehmer (Zeugen II)
Seite 91

Hoßbach-Niederschrift und Widerstand
Seite 105

Ergebnis und Würdigung
Seite 113

Dokumentenanhang
Seite 123

Quellen und Literaturverzeichnis
Seite 149

Personenregister
Seite 163

Vorwort

Die vorliegende Studie ist ein Beitrag zur Erforschung der Ursachen des 2. Weltkrieges. Darin vertrete ich die Auffassung, daß das sogenannte Hoßbach-Protokoll kein geeignetes Dokument zur Klärung der Kriegsschuldfrage darstellt. Da ich insofern von den bisherigen Forschungsergebnissen vielfach abweiche, war mir eine gründliche und sorgfältige Quellenbehandlung ein besonderes Anliegen.

Ich danke dem zeitgeschichtlichen Institut in München und dem militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg für die freundliche zur Verfügungstellung einiger unveröffentlichter Materialien. Ich danke den Herren Dr. Meinck und Henrikson für die Überlassung eigenen Schriftwechsels zu diesem Thema. Ich danke ferner Herrn Konteradmiral a. D. v. Puttkamer und Herrn Oberst a. D. v. Below für die liebenswürdige Mitteilung ihrer eigenen Erinnerungen. Schließlich schulde ich Herrn Victor v. Martin und Herrn General a. D. Hoßbach Dank für die schriftliche Beantwortung einiger Fragen.

Dankwart Kluge

Einleitung

Am 5. November 1937 fand in der Reichskanzlei eine von Hitler einberufene Konferenz statt, an der außer ihm selbst und dem Reichsaußenminister v. Neurath, Reichskriegsminister v. Blomberg, die Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtsteile, v. Fritsch, Raeder und Göring sowie Oberst Hoßbach teilnahmen. Hoßbach verfaßte über den Verlauf der Sitzung eine Niederschrift, die im Nürnberger Prozeß trotz erheblicher Einwände der Verteidigung[1] von Anklage und Gericht als eines der vier sogenannten „Schlüsseldokumente"[2] zum Beweis für eine Verschwörung der deutschen Staatsführung gegen den Frieden angesehen wurde.[3] Demnach soll Hitler erstmals im November 1937 seinen „Vertrauten" seine Eroberungsabsichten offen dargelegt haben. Der amerikanische Anklagevertreter Alderman bezeichnete den Hoßbach-Bericht als Schriftstück von „ungeheuerer Bedeutung", das „jeden nur möglichen Zweifel über die wohlüberlegten Pläne der Nazis bezüglich ihrer Verbrechen gegen den Frieden" zerstöre.[4]

1) IMT, Bd. XII, S. 78 ff.; S. 174; Bd. XVII, S. 424; Bd. XVIII, S. 193/194, 426 (432); Bd. XIX, S. 264/65; Bd. XXI, S. 24.
2) Bei den übrigen handelt es sich um die Ansprachen Hitlers vom 23. 5. 1939, 22. 8. 1939 und 23. 11. 1939.
3) IMT, Bd. I, S. 216, 378; Bd. II, S. 158, S. 209 ff., S. 296, S. 385, S. 440 ff., S. 475; Bd. III, S. 47, S. 369; Bd. IV, S. 462, S. 465; Bd. V, S. 299/300; Bd. VI, S. 125; Bd. XXII, S. 486, S. 488, S. 632, S. 638, S. 661.
4) IMT, Bd. II, S. 296.

In den Urteilsgründen wird dazu ausgeführt, daß Deutschland seit 1937 bewußt auf einen Krieg hinsteuerte, planmäßig Österreich und die Tschechoslowakei überfiel und damit die Voraussetzungen für den Angriff auf Polen schuf, der dann schließlich in den 2. Weltkrieg einmündete.

„Nach Ansicht des Gerichtshofes ist das gemeinsame Planen zur Kriegsvorbereitung und zur Kriegsführung in bezug auf bestimmte Angeklagte durch die Beweisführung erwiesen."[1)]

Göring[2)], v. Neurath[3)] und Raeder[4)] wurden wegen Verbrechens gegen den Frieden verurteilt.

In den zwölf folgenden Nürnberger Gerichtsverfahren wurde die Hoßbach-Niederschrift u. a. im IG Farben-Prozeß[5)], im Krupp-Prozeß[6)], ferner im Wilhelmstraßen-Prozeß[7)] und im OKW-Prozeß[8)] als Beweis für die deutschen Angriffsabsichten herangezogen. Desgleichen im Hochverratsprozeß gegen den ehemaligen österreichischen Außenminister Dr. Guido Schmidt[9)] vor dem Wiener Volksgerichtshof.

Seither hat das Dokument Eingang in die Geschichtswissenschaft gefunden. Es gibt heute kaum noch einen Histo-

1) IMT, Bd. I, S. 209 und 252.
2) IMT, a. a. O., S. 315.
3) IMT, a. a. O., S. 378.
4) IMT, a. a. O., S. 356.
5) Fall VI, S. 195.
6) v. Wilmovsky: Warum wurde Krupp verurteilt, 3. Aufl., Düsseldorf/Wien 1962, S. 83 ff.
7) Wilhelmstraßenprozeß S. 9.
8) Fall XII, Pr 57, 831 a, 1857, 2400.
9) Schmidt-Prozeß S. 9.

riker, der bei der Behandlung der Ursachen des 2. Weltkrieges die Hoßbach-Niederschrift übergeht. Aber auch in der umfangreichen Memoirenliteratur wird immer wieder auf das Dokument verwiesen. Den einstigen Gegnern Deutschlands dient es als Rechtfertigung ihrer Politik[1]), den Männern des deutschen Widerstandes als Rechtfertigung ihrer Staatsstreichpläne[2]). Es ist daher kaum verwunderlich, wenn in den meisten Fällen die Würdigung der Nürnberger Richter übernommen wurde, zumal in den ersten Nachkriegsjahren eine eigenständige Forschung ohnehin nicht möglich war.[3])

Das Hoßbach-Dokument galt lange Zeit als das Paradestück für Deutschlands Schuld am Kriege. Es bildete die Grundlage für die Ansicht, „daß es über die Ursprünge des 2. Weltkrieges nichts mehr zu entdecken gäbe"[4]).

Quellenkritische Abhandlungen fanden sich nur selten und blieben weitgehend ohne Beachtung[5]). Die eigentliche

1) vergl. Churchill: Der zweite Weltkrieg, Hamburg 1948, Bd. I, S. 318 f; Eden: Memoiren: Angesichts der Diktatoren, Köln/Berlin 1962, S. 596; Strang: Home and Abroad, London 1956, S. 128; Lipski: Diplomat in Berlin, New York/London 1968, S. 310.
2) Siehe S. 103 ff.
3) vergl. etwa Hemmerle: Der Weg in die Katastrophe, München 1948, S. 372; Holldack: Was wirklich geschah, München 1949, S. 35; Laffan: The Crisis over Czsechoslavakia in: Survey of international Affairs 1938, Vol. II, London/ New York/Toronto 1951, S. 2.
4) Taylor: Die Ursprünge des 2. Weltkrieges, Gütersloh 1962, S. 178.
5) Seraphim: Nachkriegsprozesse und zeitgeschichtliche Forschung in: Festschrift für Herbert Kraus, Kitzingen/Main 1954, S. 436 ff; Meinck: Hitler und die deutsche Aufrüstung 1933–1937, Wiesbaden 1959, S. 177 ff und S. 236.

Kontroverse begann, als 1961 die beiden Historiker Hoggan und Taylor die bisherige Auslegung schlechthin ablehnten.

Taylor führt aus:

„Hitlers Darlegungen waren zum großen Teil ein Wachtraum ohne Beziehung zur Wirklichkeit. Selbst wenn sie ernstgemeint wären, stellten sie keinen Aufruf dar, in Aktion zu treten und auf gar keinen Fall in die Aktion eines großen Krieges."[1])

Hoggan geht noch weiter, wenn er schreibt:

„Hoßbach war ein unerbittlicher Gegner Hitlers und seines Systems. Ihm war jedes ungesetzliche und revolutionäre Mittel recht, um Hitler auszuschalten ... Hoßbach war infolgedessen ständig darauf bedacht, Beck mit allem möglichen Propagandamaterial zu versehen. Aus dieser Sachlage ergibt sich, daß das Hoßbach-Memorandum als historisches Dokument wertlos ist."[2])

Historiker der verschiedensten Lager rückten nunmehr von der bisherigen Bewertung der Niederschrift ab.[3]) Eini-

1) Taylor a. a. O., S. 175, vergl. dazu auch die sich anschließende Diskussion zwischen Taylor, Mason u. a. in Robertson: The Origins of the second World War, London/Basingstoke 1971, S. 100 ff und 105 ff. Der Beitrag von Taylor ist in der englischen 2. Aufl. seiner Origins of the second Worlds War, London 1963 als Vorwort wiedergegeben.

2) Hoggan: Der erzwungene Krieg, 1. Aufl. Tübingen 1961, S. 117 ff und zusätzlich in der 9. Aufl. Tübingen 1974, S. 860.

3) vergl. S. 11 Anm. 5 und Henrikson: Das Nürnberger Dokument 386-PS, in: Probleme deutscher Zeitgeschichte, Lund Studies in international History, Stockholm 1971, S. 151 ff; De Launay: Die großen Kontroversen des 20. Jahrhunderts 1914–1945, Lausanne

ge behaupten, das Dokument sei inhaltlich verfälscht worden[1]), andere halten es zumindest teilweise für „manipuliert" oder „verändert"[2]).

Mitunter wird dem Hoßbach-Bericht auch nur innenpolitische Bedeutung beigemessen. „Zahlreiche Kommentatoren scheinen also gänzlich zu Unrecht im Hoßbachprotokoll einen Beweis dafür gesehen zu haben, daß Hitler einen Krieg vom Zaum brechen wollte."[3]) So schreiben ausländische Historiker.

Seitdem wird die Hoßbach-Niederschrift etwas zurückhaltender beurteilt, wenngleich eine wesentliche Schwenkung nicht stattgefunden hat. Praktisch aufgegeben ist lediglich die Verschwörungstheorie. Nur in der kommunistischen Geschichtsschreibung findet man noch gelegentlich

1969, S. 265 ff; Ingrim: Hitlers glücklichster Tag, Stuttgart 1962, S. 188; Görner: Hitlers preußisches Engagement, Bellnhausen 1966, S. 55 ff; Koch: Hitler and the Origins of the second World War. Second thoughts on the Status of some of the Documents, in: The Historical Journal, XI, 1968, S. 125–143; v. Richthofen: Kriegsschuld 1939–1941, Vaterstetten 1975, S. 201/202; Rassinier: Les résponsables de la deuxième guerre mondiale, Paris 1967, S. 166 ff.

1) v. Ribbentrop: Verschwörung gegen den Frieden, Leoni 1962, S. 9 ff; Ulrich in: Nation Europa 1962, Heft 5, S. 5 ff; Walendy: Wahrheit für Deutschland, Vloto 1970, S. 443 ff; Härtle: Freispruch für Deutschland, Göttingen 1965, S. 323 ff; Brennecke: Die Nürnberger Geschichtsentstellung, Tübingen 1970, S. 144 ff; Rassinier: Was ist Wahrheit, 3. Aufl. Leoni 1978, S. 68 ff.

2) Henrikson a. a. O., S. 167; Meinck a. a. O., S. 237; Dülffer: Hitler, Weimar und die Marine, Düsseldorf 1973, S. 448.

3) De Launay a. a. O., S. 271 und auch Taylor a. a. O., S. 176/178 heben diesen Gesichtspunkt hervor.

Ansätze in dieser Richtung.[1]) Die Behauptung von der deutschen Kriegsschuld blieb demgegenüber fast unverändert aufrechterhalten. Nach wie vor wird von einem „Wendepunkt“[2]), einem „Markstein“ in „Hitlers Europapolitik“[3]) oder gar von einer „der geschichtlich bedeutendsten Beratungen des 20. Jahrhunderts“[4]) gesprochen.

Die heute wohl noch am häufigsten vertretene Meinung kann mit Prof. Hofer wie folgt zusammengefaßt werden:

1) so etwa Hajek: Signal auf Krieg, Berlin-Ost 1960, S. 58/59 oder Chwostow/Nekritsch: Wie der 2. Weltkrieg entstand, Berlin 1961, S. 65, ähnlich auch noch Poliakov: Le procès de Nuremberg, Paris 1971, S. 94. Im übrigen tun sich diese Historiker schwer mit dem Dokument. Es paßt nicht so recht in ihr Bild von einem „imperialistischen Komplott von München“. Die Besprechung wird daher häufig übergangen. So beispielsweise in den beiden Standardwerken von Jerusalimski: Der deutsche Imperialismus, Berlin Ost 1968 und Truchanowski: Geschichte der internationalen Beziehungen 1917–1939, 2 Bde., Berlin Ost 1963.

2) Robertson: Hitlers pre war Policy and military Plans, London 1963, S. 113; Thorne: The Approach of War 1938/39, New York 1967, S. 40; Eubank: The Road to World War II, New York 1973, S. 65; Shirer: Aufstieg und Fall des 3. Reiches, Bd. I, München/Zürich 1964, S. 341, und Hildebrandt: Vom Reich zum Weltreich, München 1969, S. 523 ff, letzterer sieht die Bedeutung der Konferenz u. a. auch darin, daß Hitler seine kolonialen Forderungen zurückstellte und seinen mitteleuropäischen Zielen den Vorrang einräumte.

3) Kaehler: Geschichtsbild und Europapolitik des Nationalsozialismus, in: Die Sammlung, 1954, S. 341; ähnl. Celovsky: Das Münchener Abkommen, Stuttgart 1958, S. 94, der von einem Meilenstein spricht.

4) Deutsch: Das Komplott oder die Entmachtung der Generale, o. O. 1974, S. 61.

„Natürlich hat das Hoßbach-Dokument nie etwas anderes bedeutet, als einen Beweis für Hitlers Absicht, den Weg der kriegerischen Expansion zu beschreiten, – nicht mehr aber auch nicht weniger. Das Dokument hat somit nicht Bedeutung für die Beantwortung der Frage, wie der Krieg 1939 entstanden ist, wohl aber für die Beantwortung der Frage, warum im Jahre 1939 ein großer Krieg begann. Weil Hitler grundsätzlich entschlossen war, zu Mitteln der militärischen Gewaltanwendung zu greifen, falls es zur Erreichung seiner außenpolitischen Ziele sich als notwendig erweisen sollte. Daß er überzeugt war, es werde notwendig sein, dafür ist die Besprechung vom 5. 11. 1937 ein Beweis.“[1])

Eine übereinstimmende Auffassung vermochte sich bisher nicht herauszubilden. Im Gegenteil, die Hoßbach-Niederschrift ist auch heute noch eines der umstrittensten Dokumente der Vorkriegsgeschichte.

1) Hofer: Die Entfesselung des 2. Weltkrieges, Frankfurt/Main 1964, S. 434, ihm folgend Hildebrandt: Deutsche Außenpolitik 1933–1945, Kalkül oder Dogma? Stuttgart 1971, S. 55 ff; Kuhn: Hitlers außenpolitisches Programm, Stuttgart 1970, S. 208 ff; Carr: Arms Autarky and Aggression, London and Southhampton 1972, S. 77 f; Salewski: Die bewaffnete Macht im 3. Reich 1933–39 in: Wehrmacht und Nationalsozialismus 1933–1939, München 1978 (= Handbuch der deutschen Militärgeschichte 1648–1939) S. 183 ff; Deist: Die Aufrüstung der deutschen Wehrmacht, in: Das Deutsche Reich und der 2. Weltkrieg, hrsg. vom militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. I, Stuttgart 1979, S. 523, und Taylor: Munich, the Price of Peace, New York 1979, S. 305. Eine ausführliche Untersuchung, die sich gegen alle Zweifel ausspricht, bei Bußmann „Zur Entstehung und Überliefeurng der Hoßbach-Niederschrift“ in VjfZ 1968, S. 373 ff.

Überlieferung des Dokumentes

Hoßbach hatte seinen Bericht über die Besprechung mit Hitler handschriftlich in einem Exemplar angefertigt.[1]) Noch im November 1937 übergab er das Schriftstück dem Generalfeldmarschall v. Blomberg, der es auf der ersten Seite „mit seinen Anfangsbuchstaben ‚Bl' abgezeichnet" und sodann endgültig in seinen Gewahrsam genommen haben soll. So jedenfalls Hoßbachs Darstellung im Nürnberger Prozeß und in seinen Erinnerungen.[2]) Nach einer Erklärung gegenüber dem Grafen Kirchbach will er die Niederschrift allerdings dem Generalobersten Frhr. v. Fritsch ausgehändigt haben.[3]) Wie dem auch sei, wo und von wem das Dokument in den folgenden Jahren aufbewahrt worden ist, läßt sich im einzelnen nicht mehr aufklären. Fest steht dagegen, daß der Originalbericht Ende 1943 vom Grafen Kirchbach beim Sichten der nach Liegnitz ausgelagerten Akten des OKW wiedergefunden wurde.[4]) Sämtliche Un-

1) Hoßbach: Wehrmacht, S. 218, 1. u. 2. Aufl. übereinstimmend. In Zukunft wird ledgl. noch die 1. Aufl. zitiert, da die 2. Aufl. für sämtl. hier in Frage kommenden Stellen keine Veränderungen enthält.

2) IMT, Bd. XLII, S. 228/229 und Hoßbach: Wehrmacht, S. 218. Eine Bestätigung Blombergs liegt nicht vor. Er ist zu diesem speziellen Gesichtspunkt allerdings auch nicht befragt worden. IMT, Bd. XL, S. 405/406.

3) Brief Kirchbachs an Henrikson vom 9. 2. 1965. In seinem Buch: Wehrmacht a. a. O., S. 218, schließt Hoßbach nicht aus, das Schriftstück Fritsch wenigstens vorgelegt zu haben.

4) Kirchbach war dazu vom Beauftragten des Führers für militäri-

terlagen stammten aus dem Panzerschrank des Generalfeldmarschalls v. Brauchitsch.[1])

Das Dokument befand sich in einem versiegelten Umschlag mit der Aufschrift „Niederschrift Oberst Hoßbach" zwischen wahllos zusammengeschnürten Akten „teils geheimsten, teils unwichtigsten Inhaltes, zwischen Akten des Fritsch-Prozesses, umgedruckten Feindnachrichten oder Auszügen der Feindpresse."[2]) Kirchbach ließ die Niederschrift von seiner Tochter, Frau M. Schinzel, deren Dienststelle sich zufällig in derselben Kaserne befand, heimlich in zwei Nächten abschreiben. Auf der mit Schreibmaschine geschriebenen Abschrift bescheinigte er die Übereinstimmung mit dem Original durch den Vermerk: Für die Richtigkeit: Kirchbach, Oberst d. G. Das Original legte er wieder in einen Umschlag, den er versiegelte und genauso beschriftete wie zuvor. In dieser Form wurde das Original dann im Archiv des OKW eingelagert.[3]) Die Abschrift übergab Kirchbach aus Sicherheitsgründen seinem damals ebenfalls in Schlesien wohnenden Schwager, Victor v. Martin, zur Aufbewahrung. Nach Kriegsende – Kirchbach war

sche Geschichtsschreibung Generalmajor Scherff angewiesen worden. Brief Kirchbachs an Meinck vom 22. 8. 1956.

1) Danach spricht einiges dafür, daß Hoßbach tatsächlich v. Fritsch die Niederschrift übergeben hat. Brauchitsch hat sie wahrscheinlich unbesehen mit anderen Unterlagen seines Vorgängers übernommen. Ihm selbst war die Niederschrift jedenfalls nicht bekannt. IMT, Bd. XX, S. 620.
2) Brief Kirchbachs an Meinck vom 28. 8. 1956.
3) ebenda und Brief Kirchbachs an die Schriftleitung der deutschen Opposition vom 3. 1. 1952, ferner Brief an Henrikson vom 9. 2. 1965.

in Gefangenschaft geraten – händigte v. Martin die Abschrift dem damaligen britischen Gouverneur Thomsen in Westerstede/Oldenburg aus. Eine Abschrift von der Abschrift für eigene Zwecke wurde ihm jedoch verweigert. Man zog ihn noch zur Übersetzung des Schriftstückes heran, erteilte ihm aber sogleich Aufenthaltsbeschränkungen und überprüfte seine Post.[1])

Anfang Juli 1945 beantragten dann die Engländer, die Urkunde der Anklagevertretung zugänglich zu machen. Demgegenüber verwiesen die Amerikaner darauf, daß die Ankläger schon von dem Bericht Kenntnis hätten.[2]) Bereits am 25. Mai 1945 hatte Robert Murphy, Sachbearbeiter der USA für Deutschlandfragen im Stabe Eisenhowers, einen von dem Dokument hergestellten Mikrofilm an das State Department übersandt. In dem Begleitschreiben war allerdings angeführt, daß das Schriftstück unter erbeuteten deutschen Akten gefunden worden sei und von der zuständigen Abteilung der alliierten Expeditionary Force – SHAEF – aufbewahrt würde.[3]) In Washington fertigte nun ein gewisser Dr. Neuner, ein Mitarbeiter des amerikanischen Anklagevertreters Jackson,[4]) eine Zusammenfas-

1) Briefe Martins an F. J. Strauß vom 3. 5. 1968 und an Verfasser vom August 1971.
2) Smith: Der Jahrhundertprozeß, Frankfurt a. M. 1977, S. 160 unter Bezugnahme auf unveröffentlichte Quellen.
3) Smith a. a. O., S. 159. Auf das Schreiben Murphys ist auch in der Anlage II Bezug genommen.
4) Nach Irving: Der Nürnberger Prozeß, München 1979, S. 38, soll Jackson von Oberst Amen unmittelbar mit dem Dokument bekanntgemacht worden sein. Ebenso Gerhardt: Americas Advocate Robert H. Jackson, New York 1958, S. 353.

sung des soeben erhaltenen Mikrofilmberichtes an. Allein dieser zusammengefaßte Text diente zunächst den Anklägern in Nürnberg als Arbeitsgrundlage. Anfang September 1945 – kurz vor Prozeßbeginn – erbat jedoch die Anklage eine vollständige Fassung des Dokumentes, „denn das Material vom State Department gleicht dem Original viel mehr als alles war wir hier haben."[1]) Washington stellte daraufhin zweimal kurzfristig hintereinander im September und Oktober 1945 je eine beglaubigte Ablichtung des von Murphy übersandten Mikrofilms zur Verfügung. Die erste Beglaubigung war vom stellvertretenden US-Außenminister Dean Acheson, die zweite vom US-Außenminister Byrnes selbst unterschrieben. In beiden Beglaubigungsvermerken heißt es übereinstimmend, daß es sich bei dem beigefügten Dokument um eine Fotokopie des Mikrofilms vom Originalbericht des deutschen Außenministeriums handelt.[2])

Das so überreichte Dokument erhielt im Prozeß die Bezeichnung 386-PS und wurde von der Anklage als Beweisstück US-25 vorgelegt.[3]) Es beinhaltet den im Anhang – Anlage I – wiedergegebenen Bericht und ist seither als Hoßbach-Niederschrift bekannt geworden. Es handelt sich also weder um das Original, noch um die Abschrift, noch um den Mikrofilm, sondern lediglich um eine Ablichtung der Mikrofilmkopie. Das Original und die Abschrift sind

1) Smith a. a. O., S. 159/160. Das Verlangen scheint ziemlich ungewöhnlich, da das Dokument doch bei SHAEF in Europa verblieben sein sollte. (laut Murphey).
2) vergl. den Originaltext in Anlage II.
3) IMT, Bd. II, S. 296.

verschollen.[1]) Der Verbleib des Mikrofilms ist ebenfalls unbekannt.[2])

Ob den Alliierten überhaupt jemals das Original zur Verfügung stand, konnte anhand der bisher zugänglichen Unterlagen nicht hinreichend geklärt werden. Trotz gegenteiliger Hinweise in den Beglaubigungsvermerken des US-Außenministeriums[3]) kann das Original jedenfalls nicht dem Mikrofilm zugrundegelegen haben, denn das Original war handgeschrieben und nur von Hoßbach unterzeichnet, während die Kopie des Mikrofilms und damit der Mikrofilm selbst Schreibmaschinenschrift und den von Kirchbach gefertigten Zusatz „Für die Richtigkeit . . . Oberst d. G." aufwiesen.[4])

Unrichtig ist ferner die Behauptung, der Mikrofilm stamme von einer Aufzeichnung des deutschen Auswärtigen Amtes.[5]) Ein solches Dokument hat niemals existiert.[6])

1) Allgemeine Meinung, vergl. statt aller Meinck a. a. O., S. 236.
2) Bisher mit Ausnahme von Henrikson a. a. O., S. 164–166 nirgendwo erwähnt. Eine Anfrage des Verfassers in Washington blieb ohne Antwort.
3) Anlage II „Original Record", „Original Document".
4) Anlage I, entspricht der Kopie in den National Archives Washington, ebenso IMT, Bd. XXV, S. 402 ff.
5) Anlage II „German foreign office record".
6) Henrikson a. a. O., S. 164, erwägt, ob statt der Abschrift oder des Originals nicht gar ein von den Deutschen selbst gefertigter Mikrofilm von den Alliierten aufgefunden worden ist. Immerhin hatte v. Ribbentrop 1943 Akten seines Ministeriums mikrofilmen lassen. Der Überlegung Henriksons kann jedoch angesichts des eindeutigen Wortlauts der Beglaubigungsvermerke sowie der Ausführungen in Murphys Schreiben vom 25. Mai 1945 nicht gefolgt werden.

Der Hoßbach-Bericht kann endlich nicht zwischen Akten des Außenministeriums gefunden worden sein.[1]) Weder das Original noch die Abschrift sind jemals dorthin verbracht worden. Hoßbachs und Kirchbachs Angaben sind insoweit völlig eindeutig. Angesichts dieser erheblichen Unstimmigkeiten scheint lediglich gesichert, daß Amerikaner und Engländer unabhängig voneinander auf das Dokument aufmerksam geworden sind. Ferner, daß die Engländer den Amerikanern irgendwann die Abschrift übergeben haben müssen, um den Mikrofilm anzufertigen.[2])

Ob und inwieweit nun das Dokument 386-PS mit dem ursprünglichen Bericht Hoßbachs übereinstimmt – und das ist die Kernfrage –, ergibt sich aus dem bisher Gesagten nicht. Die entscheidenden Urkunden stehen nicht mehr zur Verfügung, scheiden also als Vergleichsgrundlage aus. Die Gleichartigkeit der Dokumente wäre aber zu vermuten, wenn sich die Ablichtung wenigstens durch aufeinanderfolgende amtliche Beglaubigungsvermerke auf das Original zurückführen ließe. Dann nämlich wäre zumindest die formelle Identität nachgewiesen. Die dafür erforderlichen Voraussetzungen liegen jedoch nicht vor. Öffentlich beglaubigt ist allein die Übereinstimmung zwischen Ablichtung und Mikrofilm durch das US-Außenministerium. Demgegenüber ist die Übereinstimmung zwischen Abschrift und Original lediglich privatschriftlich bestätigt, und zwar durch Kirchbach. Zur Übereinstimmung von Mikrofilm und Abschrift haben wir überhaupt keine Angaben. Bleibt darauf hinzuweisen, daß der einzige amtliche Beglaubigungsvermerk, nämlich der von Byrnes und Acheson, wie bereits oben dargelegt, mehrere sachliche Fehler enthält. Vergegenwärtigen wir uns schließlich nochmals, daß die Hoßbach-Niederschrift eines der Hauptbeweismittel im Nürnberger Prozeß darstellte. Erscheint es da nicht geradezu merkwürdig, daß ausgerechnet die wichtigsten Belegstücke zurückgehalten wurden? Gewiß, der Gerichtshof war nicht verpflichtet, die Originaldokumente vorzulegen, denn er war an „Beweisregeln nicht gebunden".[1]) Damit sind aber die Bedenken keineswegs ausgeräumt. Im Gegenteil, der Hinweis verdeutlicht eigentlich nur, welch eigentümliche Bestimmungen damals das Prozeßverfahren beherrschten.

Wenn schon eine Ablichtung genügen mußte, warum wurde sie dann nicht vom Original oder der Abschrift angefertigt? Warum wurde zusätzlich ein Mikrofilm zwischengeschaltet? Warum überhaupt der Umweg über Washington und warum wurde 386-PS als einzige Urkunde von höchster Stelle der amerikanischen Regierung beglaubigt?[2]) Es verwundert eigentlich kaum, wenn wir auch noch

1) So aber die Anklage in IMT, Bd. II, S. 209 und Bd. XII, S. 487.

2) Für die Annahme, die Alliierten hätten das Original gefunden, spricht allerdings die Behauptung v. Martins, das Dokument frühestens im Oktober 1945 den Engländern ausgehändigt zu haben. Brief vom Januar 1954, IFZ, ZS 535. Das kann jedoch nicht zutreffen, da die erste begl. Ablichtung von Acheson, der ja die Abschrift zugrunde lag, bereits vom September 1945 datiert. Martins Angaben schwanken im übrigen. Voraussichtlich hat er das Dokument bereits im Mai/Juni übergeben, denn schon im Juli 1945 erwähnten es die Engländer den Amerikanern gegenüber.

1) Art. 19 des Statuts, IMT, Bd. I, S. 16.

2) vergl. dazu Henrikson a. a. O., S. 166.

feststellen müssen, daß der veröffentlichte Text des Dokuments mehrfach voneinander abweicht. Dazu die nachfolgenden Beispiele, denen in erster Linie die in den offiziellen Aktensammlungen abgedruckten Fassungen zugrunde liegen. Lediglich bei den Berichten in der Zeitschrift „Die Wandlung"[1]) und in dem Buch des Nürnberger Verteidigers Pannenbecker „Geheim"[2]) handelt es sich um nichtamtliche Veröffentlichungen. Beide Wiedergaben waren jedoch deshalb mit heranzuziehen, weil in beiden Fällen ein unmittelbarer Bezug zu dem ursprünglichen Beweisstück behauptet wird. Pannenbecker trägt vor, „daß der Abdruck mit dem Original-Dokument genau übereinstimmt"[3]), während Dr. Dolf Sternberger – Redakteur bei der „Wandlung" – mitteilt, „daß die Abschrift ... die der Veröffentlichung zugrunde liegt ... von einer Fotokopie des Dokuments genommen worden ist".[4])

Im einzelnen:

•Die verschiedenen Abdrucke sind nicht einheitlich unterzeichnet. Es heißt in

den Nürnberger Prozeßakten – blaue Serie –[5]) und bei Pannenbecker[6]) übereinstimmend

gez. Hoßbach

Für die Richtigkeit
Oberst d. G.

1) 1945/46, S. 354–362 (erste Veröffentlichung überhaupt).
2) Düsseldorf 1947, S. 15–25.
3) Pannenbecker a. a. O., S. 5.
4) Brief v. Martin vom 4. Juli 1952, IFZ, ZS 535.
5) IMT,Bd. XXV, S. 413; vergl. auch Anlage IF.
6) a. a. O., S. 25.

der „Wandlung"[1])

gez. Hossbach

Für die Richtigkeit
Kirchbach
Oberst d. G.

den Akten des Schmidt-Prozesses[2])

gez. Hossbach

Für die Richtigkeit
Kirchbar
Oberst d. G.

in den Akten der deutschen auswärtigen Politik[3])

Für die Richtigkeit[1] gez. Hossbach
Oberst d. G.
1 Unterschrift unleserlich

In den englischen Fassungen (Übersetzungen) lautet die Unterzeichnung wie folgt:

In den Prozeßakten – rote Serie –[4])

(Signed HOSSBACH)

1) a. a. O., S. 362.
2) a. a. O., S. 576, Das dortige Dokument ist eine Abschrift von der Abschrift Kirchbachs. Es ist ebenfalls beglaubigt und trägt den Zusatz:
Für die Richtigkeit der Abschrift:
Nürnberg, den 3. Juni 1946
gez. Dr. Lassmann
3) ADAP, Serie D, Bd. I, S. 32.
4) Nazi Acts, Bd. III, S. 305.

und in den Prozeßakten der – grünen Serie –[1])

Certified (Signed) HOSSBACH

KIRCHBACH

(Colonel G.S.C.)

Schließlich ist das Dokument in der mündlichen Verhandlung des Prozesses von der Anklagevertretung auch verlesen worden. Der Schlußteil wurde dabei lediglich mit „gez. Hoßbach" wiedergegeben.[2]) Bemerkenswert erscheint, daß der einzige zutreffende Beglaubigungsvermerk in deutscher Sprache in der nichtamtlichen Veröffentlichung der „Wandlung" aufgeführt ist, während andererseits die dementsprechende englische Übersetzung wenigstens in der amtlichen grünen Serie enthalten ist.

Weitere Unstimmigkeiten:

In der blauen Aktenserie[3]) finden sich verschiedentlich Unterstreichungen im Text, die sonst nirgendwo angeführt sind. In der roten Serie[4]) (engl. Übers.) ist zur Betonung

1) Trials of War Criminals, Bd. X, S. 515, insoweit inhaltlich gleichlautend mit der Wiedergabe in „Die Wandlung".

2) übereinstimmend IMT, Bd. II, dt. Ausgabe (308), engl. Ausgabe S. 273. Im dt. Text findet sich außerdem der Zusatz: „wir besitzen noch andere Aufzeichnungen", während im engl. Text angeführt ist „There are other notations". Der dt. Text erscheint in diesem Zusammenhang nicht recht verständlich. Unterstellen wir aber den engl. Text als wirklich gesprochen, so ergibt sich ein Hinweis auf die Unterzeichnung in den Akten der dt. auswärtigen Politik, wonach die Unterschrift „unleserlich" gewesen ist. Das wäre ein vernünftiger Grund, den Beglaubigungsvermerk nicht mit vorzulesen.

3) IMT, Bd. XXV, S. 403 ff, dt. und engl. Ausgabe übereinstimmend.

4) Nazi Acts, Bd. III, S. 295 ff.

des Inhalts mehrfach das Wort „NOT" in großen Buchstaben ausgedruckt, was wiederum in den anderen Abdrucken nicht angeführt ist. Dem Dokument der grünen Serie[1]) (ebenfalls engl. Übers.) fehlt als einzigem das Eingangsdatum. Die Orts- und Zeitangabe „Berlin, den 10. Nov. 1937" ist nicht vermerkt. Andererseits sind allein in dieser Wiedergabe die militärischen Ränge der Beteiligten Fritsch, Göring und Raeder falsch angegeben. Fritsch und Göring werden als Generale anstatt als Generaloberste bezeichnet; Raeder wird als Admiral genannt, während es richtig Generaladmiral Dr. h. c. heißen müßte. Diese Fehler setzten sich dann auch im laufenden Text fort. In der Fassung Pannenbecker hingegen ist das Wort Rüstungsfragen im letzten Satz des Dokumentes mit ?tungsfragen angegeben. In einer Fußnote heißt es dazu lediglich „das Wort ist in der Originalurkunde schlecht leserlich. Es heißt wahrscheinlich „Rüstungsfragen".[2])

Inhaltliche Abweichungen:

Der Abdruck in der „Wandlung" stimmt etwa in 20 bis 30 Worten mit den übrigen Veröffentlichungen nicht überein. Teilweise sind Worte ausgelassen, teilweise ist der Konjunktiv anstelle des Präsens gewählt usw.[3]) Auf der letzten Seite des Dokuments fehlt dort nach den Worten zu schließen, der Satz „wobei noch besonders der Vorsprung Frankreichs in der Mobilmachung in Rechnung zu stellen und zu berücksichtigen sei".[4]) In der im Schmidt-Prozeß

1) Trials of War Cirminals Bd. X, S. 565.

2) Pannenbecker a. a. O., S. 25.

3) vergl. die Texte im einzelnen.

4) „Die Wandlung", a. a. O., S. 362.

1946 in Wien verwandten Fassung fehlen ausweislich der Dokumentensammlung mehrere Seiten des Textes. Nach den Worten auf Seite 1 „der Führer führte sodann aus" geht es sogleich auf Seite 6 weiter mit den Worten „zur Lösung der Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben . . ."[1]) Dies, obwohl auch die Richtigkeit dieser Abschrift amtlich beglaubigt wurde.[2])

In der grünen Serie[3]) fehlt auf der letzten Seite des Dokuments im Gegensatz zur blauen[4]) und der roten Serie[5]) der Satz „gegenüber dem Einwand des Außenministers, daß ein italienisch-englisch-französischer Konflikt noch nicht in so greifbarer Nähe sei als es der Führer anzunehmen schien, stellte der Führer als den ihm hierfür möglich erscheinenden Zeitpunkt den Sommer 1938 hin". Auch beim Verlesen des Dokuments hatte Alderman diese Zeilen ausgelassen.[6]) Bezeichnenderweise handelt es sich dabei um die einzige Entgegnung Neuraths überhaupt.

1) Schmidt-Prozeß, S. 573.
2) a. a. O., S. 576, vergl. auch Anm. 4, S. 24.
3) Trials of War Criminals Bd. X, S. 514.
4) IMT, Bd. XXV, S. 413, dt. und engl. Ausgabe gleichlautend.
5) Nazi Acts, Bd. III, S. 305.
6) IMT, Bd. II, dt. Ausgabe S. 307, engl. Ausgabe S. 273, dort lediglich durch Punktierung angezeigt.

Zusätzliche Unterschiede im englischen Text:

Bereits der einleitende Satz ist ungleich wiedergegeben. In der roten Serie[1]) heißt es:

„. . . that its further detailed discussion would probably take place in Cabinet sessions."

gegenüber:

„. . . that its detailed discussion would certainly in other states take place before the Cabinet in full session."

in der grünen Serie[2])

Oder:

„If no political body exists in space, corresponding to the German racial body, then that is the consequence of several centuries of historical development, and . . ."[3])

gegen:

„If there have been no political consequences to meet the demands of this racial body for living space then that is the result of historical development spread over several centuries and . . ."[4])

Oder:

„. . . as a French offensive . . . would probably stagnate before the strong Italian fortifications, French lines of communication by the Italian fleet will to a great extent paralyze the transport of fighting personnel . . ."[5])

1) Nazi Acts, Bd. III, S. 295.
2) Trials of War Criminals, Bd. X, S. 506.
3) Nazi Acts, Bd. III, S. 296.
4) Trials of War Criminals, Bd. X, S. 506.
5) Nazi Acts, Bd. III, S. 303.

gegen:

„... as a French offensive ... would probably stagnate before the strong Italian fortifications, the main sphere of actions is North Africa. The threat to French lines of communication by the Italian fleet will ... extent paralyze the transport of fighting personnel ..."[1])
...[2])

Daß diese Belegstellen wiederum nicht in allem mit dem Abdruck in der blauen Serie übereinstimmen[3]), braucht angesichts des bisher Gesagten wohl kaum noch besonders betont zu werden. Dabei handelt es sich keineswegs um irgendwelche Übersetzungsfehler[4]), sondern um inhaltliche Abweichungen, mitunter sogar um regelrechte Auslassungen.

1) Trials of War Criminals, Bd. X, S. 513.
2) Zwei weitere Beispiele: Nazi Acts, Bd. III, S. 297 gegen Trials of War Criminals, Bd. X, S. 507, vergl. d. dortigen Text, ferner obige Darlegungen zum Einwand Neuraths.
3) vergl. z. B. Nazi Acts, Bd. III, S. 296, 300 und Trials of War Criminals, Bd. X, S. 510, 516, gegen IMT engl. Ausgabe Bd. II, S. 268, 263. Weitere Hinweise bei Henrikson a. a. O., S. 169 f, 176 f und 192.
4) Davon liegen eine ganze Reihe vor. Als Beispiele seien hier nur angeführt: Das Dokument ist in der roten und grünen Serie Nazi Acts, Bd. III, S. 295, Trials of War Criminals Bd. X, S. 505, mit „Notes" überschrieben, was im deutschen Notizen nicht aber Niederschrift heißt. Die franz. und die engl. Ausgabe der blauen Serie beide IMT, Bd. II, S. 268 und Bd. XXV, S. 402 sowie die rote Serie Nazi Acts Bd. III, S. 300 und die grüne Serie Trials of War Criminals, Bd. X, S. 510 geben den Satz „Zur Lösung der deutschen Frage *könne* es nur den Weg der Gewalt geben" rückübersetzt mit „... *kann* es nur den Weg der Gewalt geben", wieder.

Die hier angeführten Mängel sind wenigstens teilweise so erheblich, daß sie auch nicht mit bloßem Versehen oder gar nur mit Druckfehlern erklärt werden können. Dazu der folgende, zusätzliche Beweis: Die in Washington befindliche Kopie[1]), die dem in der Anlage I abgedruckten Dokument entspricht, weist zwar den Zusatzvermerk Kirchbachs, nicht aber seinen Namen aus. Das Dokument kann also weder mit der Abschrift noch mit dem Original völlig identisch sein. Die Existenz verschiedener Fassungen der Hoßbach-Niederschrift wird dadurch nochmals bestätigt[2]).

Gegenüber einem solchen Dokument aus vierter Hand – Ablichtung vom Mikrofilm, einer Abschrift vom Original ohne durchgehenden Beglaubigungsvermerk – dessen Text nicht einwandfrei feststeht, ist allergrößte Zurückhaltung geboten, will man die Grundregeln einer wissenschaftlichen Quellenkritik nicht überhaupt in Frage stellen. Einem solchen Dokument kann jedenfalls hervorragende Bedeutung nur dann beigemessen werden, wenn sein Inhalt durch andere Beweismittel bestätigt wird.

Auch die Anklage verwandte nicht immer zutreffende Übersetzungen, vergl. IMT, Bd. XIV, S. 192 und Wheeler-Bennett: Die Nemesis der Macht, Düsseldorf 1954, S. 383 sowie Rassinier: Was ist Wahrheit? Leoni 1978, S. 67 f.

1) Kopie der Kopie im Besitz des Verfassers.
2) Ebenso Henrikson a. a. O., S. 167; Meinck a. a. O., S. 236 vermutet in diesem Zusammenhang, daß die Alliierten von der Abschrift Kirchbachs eine weitere, neue Abschrift anfertigen ließen, die dann als Grundlage des Nürnberger Dokumentes gedient habe. Eine mögliche Erklärung, die sich aber nicht beweisen läßt.

Die Fälschung der Urkunde (Zeugen I)

Fast alle Personen, denen das Original oder die Abschrift der Hoßbach-Niederschrift bekannt gewesen ist, haben sich zur Frage der Echtheit des Dokuments 386-PS geäußert. Es sind dies der Verfasser der Urkunde selbst, General Hoßbach, der Luftwaffenadjutant des Führers, Oberst v. Below, der Marineadjutant des Führers, Korvettenkapitän v. Puttkamer und die Herren Kirchbach und v. Martin.

Hoßbach wurde bereits im März 1946 von den Amerikanern über das Dokument mehrfach vernommen. Grundlage der Befragung bildete ausschließlich die Fotokopie.[1]) Dennoch überreichte man ihm eine vorformulierte Erklärung, in der er die Übereinstimmung zwischen Original und Abschrift bestätigen sollte. Hoßbach lehnte jedoch ab und fügte die gesperrt gedruckten Worte handschriftlich in die nachfolgende Aussage ein.

Er erklärte:

„Ich kann nicht mehr mit Sicherheit sagen, ob das genannte Dokument eine absolut genaue wörtliche Wiedergabe meiner ursprünglichen Niederschrift darstellt. Nach bestem Wissen und Gewissen und in Anbetracht der Tatsachen, die in den Abschnitten 1–22 dieser Erklärung niedergelegt sind, sage ich jedoch, daß das oben erwähnte Dokument identifiziert gemäß Seite 3 Abschnitt 2 dieser Erklärung eine korrekte *Fotokopie der* Schreibmaschinenab-

1) IMT, Bd. XLII, S. 229.

schrift der handschriftlichen Niderschrift ist, die ich nach jener Sitzung verfaßt habe ...“[1])

Diese zunächst gegenüber der Anklage vorgetragene Auffassung bestätigte er in seiner eidesstattlichen Versicherung für die Verteidigung vom Juni 1946.[2]) In seinen 1948/49 erschienenen Erinnerungen schreibt er dazu ergänzend:

„Inwieweit der in Beilage II (386-PS d. V.) angeführte Wortlaut des sogenannten „Hoßbach-Protokolls« mit der am 10. 11. 1937 verfaßten Originalniederschrift übereinstimmt, kann ich aus der Erinnerung heute mit Sicherheit nicht mehr feststellen. Die Methoden des inneren und äußeren Aufbaus der Abhandlung, der Stil, einzelne Redewendungen und beträchtliche Teile des mir noch gegenwärtigen Inhalts lassen mich nach reiflicher Prüfung zu der Ansicht gelangen, daß in summa die Beilage II eine Wiedergabe des Originals darstellt.“[3])

Hoßbach hat also in keinem einzigen Fall die wörtliche Übereinstimmung von 386-PS mit seinem handschriftlich verfaßten Bericht bezeugt. Er scheint sogar eine Kürzung des Dokuments anzunehmen. Nach einer Auskunft des Bundesarchivs-Militärarchivs hat er sich dort wie folgt geäußert: „Er, Hoßbach, habe das in Nürnberg vorgelegte Exemplar zwar inhaltlich anerkannt, seiner Erinnerung

1) zitiert nach Seraphim a. a. O., S. 445. Von einem Mikrofilm war Hoßbach nichts bekannt. Daher wurde auch darauf nicht Bezug genommen. Vergl. auch Bußmann a. a. O., S. 379.
2) IMT, Bd. XLII, S. 228.
3) Hoßbach: Wehrmacht, S. 220, Ebenso Brief Hoßbachs an De Launay. De Launay a. a. O., S. 269.

nach aber sei das ursprüngliche Protokoll umfangreicher gewesen.“[1])

v. Below und v. Puttkamer erhielten einige Tage nach der Zusammenkunft ebenfalls Kenntnis von der Niederschrift. Hoßbach hatte seine beiden Kollegen in sein Dienstzimmer im Reichskriegsministerium gebeten und ihnen das Schriftstück zu lesen gegeben. Die Adjutanten informierten sich häufiger über Besprechungen mit Hitler oder über sonstige dienstliche Vorgänge. Über den Inhalt des Dokuments wurde nicht gesprochen. Erst der Nürnberger Prozeß brachte es v. Below und v. Puttkamer wieder in Erinnerung. Beide erklärten zur Sache:

Die Niederschrift würde heute völlig unangemessen bewertet. Der Vorgang habe damals überhaupt keine Rolle gespielt. In dem Bericht Hoßbachs habe nichts irgendwie Sensationelles gestanden. Keine grundsätzlichen Überlegungen Hitlers, die nicht ohnehin schon bekannt gewesen wären. Wohl seien verschiedene militärische Verwicklungen angeführt gewesen, keinesfalls aber in dem Sinne, daß Deutschland beabsichtigte, früher oder später von sich aus einen Krieg zu beginnen. Aus dem Dokument habe sich insbesondere nicht ergeben, daß Hitler zur Erweiterung deutschen Lebensraums zu einem „Eroberungskrieg“ entschlossen gewesen wäre, oder daß er die Aussiedlung von mehreren Millionen Menschen aus irgendwelchen zu besetzenden Gebieten in Erwägung gezogen hätte. Ausführungen wie „Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur

1) Brief des Bundesarchivs-Militärarchivs vom 23. 2. 1965 an Henrikson.

den Weg der Gewalt geben" oder „daß eine zwangsweise Emigration aus der Tschechei von zwei aus Österreich von einer Million Menschen zur Durchführung gelange" seien in der Niederschrift nicht enthalten gewesen. Derartige Gedankengänge Hitlers hätten eine nicht unerhebliche Abweichung von dem bisher verfolgten politischen Kurs bedeutet und wären von ihnen keineswegs nur „routinemäßig" zur Kenntnis genommen worden.

Nach v. Below ist die Niederschrift wesentlich kürzer gewesen als das heute bekannte Dokument 386-PS. Seiner Erinnerung zufolge umfaßte der Originalbericht etwa 7 bis 8 Seiten in der großbuchstabigen Handschrift Hoßbachs. In Schreibmaschinenschrift hätten sich darauf allenfalls 3 bis 4 Seiten, keinesfalls aber 11 Seiten, wie in Nürnberg, ergeben. Nach seiner Auffassung ist die in den Dokumentensammlungen abgedruckte Fassung „gefälscht". Eine ganze Reihe von angeblichen Ausführungen Hitlers seien erst nachträglich hinzugesetzt worden. Dies hält auch v. Puttkamer für naheliegend, obwohl er zur Länge des Dokumentes genaue Angaben nicht mehr machen kann.[1])

Auch v. Martin und Kirchbach haben wiederholt darauf hingewiesen, daß das Dokument gefälscht worden ist. v. Martin:

„Im Aprilheft 1946 der „Wandlung" erschien dann diese Niederschrift in gekürzter Form, die Ausführungen des Reichsaußenministers waren vollständig, die der beiden Generale v. Blomberg und Frhr. v. Fritsch teilweise fortgelassen."[2])

1) v. Below und v. Puttkamer in Gesprächen mit dem Verfasser am 12. 12. und 13. 12. 1978.

2) Erklärung 2, ZS 535, IFZ.

Oder:

„Die Veröffentlichung weicht in entscheidenden Punkten von dieser authentischen Abschrift ab!"[1])

Oder:

„Das vom Nürnberger Gericht verwendete Protokoll war derart zusammengestrichen, daß es einen völlig anderen Sinn ergab und man es nur als grobe Fälschung bezeichnen kann."[2])

Graf Kirchbach:

„. . . Der wesentlich längere Text des Originals und der Abschrift enthält die sehr eingehenden Entgegnungen des Frhr. v. Neurath und des Gen. Obersten Frhr. v. Fritsch, die Hitlers Gedanken und Absichten energisch widersprachen, seine politischen Voraussetzungen für falsch und seine Pläne für verhängnisvoll erklärten. Gerade diese energischen Einwände sind sowohl in der vom Nürnberger Gericht dem General Hoßbach vorgelegten Abschrift, wie auch im Abdruck der „Wandlung" derart gekürzt, daß sie bagatellisiert und entwertet wurden. Wer diese Kürzung vorgenommen hat, weiß ich nicht. Mir fielen sie aber sofort stark auf, als ich den Abdruck in der ‚Wandlung' zum ersten Mal las."[3])

Oder:

„. . . zu meinem größten Erstaunen, ja Entsetzen, . . . der Text war stark verkürzt; besonders die Entgegnungen von

1) Schreiben vom 9. 12. 1967 an die Deutsche Wochenzeitung.

2) Schreiben vom 3. 5. 1968 an Strauß, vergl. auch Schreiben vom 12. 9. 1956 an Dr. Meinck.

3) Brief an die Schriftleitung der „Deutschen Opposition" vom 3. Januar 1952.

Fritsch und Neurath waren fast ganz weggelassen."[1])

Für v. Martin und Kirchbach liegt demnach der Schwerpunkt der Fälschung vor allem in einer Veränderung der sich an Hitlers Ausführungen anschließenden Diskussion und weniger in einer Veränderung des Hauptteils. Dieser ist wenigstens „in den Grundzügen richtig wiedergegeben".[2]) v. Martin glaubt sich noch an einige, ihm wesentlich erscheinende Auslassungen erinnern zu können. Er führt insbesondere verstärkte Einwendungen Neuraths, Fritschs und Blombergs an, die ihre ablehnende Haltung über Hitlers Darlegungen bekräftigen. Danach soll v. Neurath u. a. die Überzeugung geäußert haben, daß keinesfalls mit einer Neutralität Englands gerechnet werden könne; daß England niemals ein deutsches Hegemoniestreben in Europa hinnehmen werde; und daß England einen eventuellen Krieg mit Italien lediglich als „Kolonialkrieg" betrachten würde. Danach sollen v. Fritsch und v. Blomberg die Auffassung vertreten haben, daß die Truppe für einen Krieg nicht hinreichend ausgebildet sei, daß die Heeresversorgung und die Heeresverwaltung erhebliche Mängel aufwiesen und daß das Heer noch eine lange Friedensperiode brauche usw.[3])

Wie sind nun die verschiedenen Aussagen zu bewerten? Die Angaben Hoßbachs sind schwankend. Die Kürzung des Dokuments hat er lediglich gegenüber dem Bundesarchiv-Militärarchiv vorgetragen. In seinen Erinnerungen ist darüber nichts enthalten. Auch nicht in der zweiten durch-

1) Brief an Henrikson vom 9. 2. 1965.
2) Brief Martins an Verfasser vom August 1971.
3) Erklärung 2. Entwurf, ZS 535, IFZ.

gesehenen Auflage. Im Gegenteil, die Frage ist darin ausdrücklich offengelassen. Ebenso in seinen Nürnberger Stellungnahmen. Welche Gründe Hoßbach zu diesen einander widersprechenden Erklärungen bewogen haben, ist ungewiß. Denkbar erscheint immerhin, daß es Hoßbach gegenüber den Amerikanern nicht wagte, völlig offen zu sprechen, oder von ihnen gar unter Druck gesetzt wurde. Die Nürnberger Anklagevertretung ist ja leider häufig in dieser Weise verfahren.[1]) Bemerkenswert ist jedenfalls, daß der Nachlaß Hoßbachs, der über seine Motive Aufschluß gegen könnte, bis auf weiteres für die wissenschaftliche Forschung gesperrt ist.[2]) Dennoch bleibt zu berücksichtigen, daß Hoßbach auch gegenüber dem Bundesarchiv die inhaltliche Richtigkeit des Dokumentes nicht in Zweifel ge-

1) Vergl. z. B. Aschenauer: Zur Frage einer Revision der Kriegsverbrecherprozesse. Nürnberg 1949, S. 16–20. Und die Behandlung des ehemaligen Reichsministers für Finanzen Schwerin v. Krosigk, dargestellt in seinen Erinnerungen: Staatsbankrott 1920–1945, Göttingen/Frankfurt a. M./Zürich 1974, S. 371; Bußmann a. a. O., S. 379 verweist demgegenüber auf eine angeblich „sachliche Atmosphäre" bei der Vernehmung Hoßbachs, denn schließl. hätten die Amerikaner verschiedene Beanstandungen von ihm berücksichtigt. Eine wenig überzeugende Argumentation. Änderungen des Vernehmungsberichtes schließen die Beeinflussung eines Zeugen doch keineswegs aus. Allein die Tatsache, daß man Hoßbach an drei aufeinander folgenden Tagen verhörte, hätte Bußmann zu denken geben müssen.
2) Erklärung Dr. Stahls vom militärgeschichtlichen Forschungsamt im Mai 1979 dem Verfasser gegenüber. Nach Teske: Wenn Gegenwart Geschichte wird, Neckargemünd 1974, S. 28 befindet sich bei den dortigen Unterlagen besonderer Schriftwechsel Hoßbachs zur Frage der Fälschung.

zogen hat. Damit hat er seine anfänglichen Erklärungen zumindest in ihrem wesentlichen Aussagegehalt aufrechterhalten. Gehen wir daher davon aus, daß Hoßbach nach bisheriger Quellenlage seinen Bericht in den großen Linien nach wie vor als zutreffend wiedergegeben erachtet.

Die Aussagen v. Belows und v. Puttkamers sind demgegenüber frei von Widerspruch und in wesentlichen Punkten deckungsgleich. Beide waren in ihrer Bewertung des Sachverhalts eher zurückhaltend als übereilt oder gar unüberlegt. Beide haben ihre Bedenken bereits in den ersten Nachkriegsjahren geäußert. v. Below hat sie darüber hinaus auch in seinen persönlichen Erinnerungen festgehalten.[1])

Die Erklärungen Martins und Kirchbachs sind in Detailfragen nicht immer einheitlich. Ihre zeitlichen Angaben weichen mitunter voneinander ab.[2]) In der Hauptsache haben sie jedoch wiederholt und immer wieder einander bestätigend „Streichungen", „Kürzungen", „Fälschung" und „Verfälschung" des Dokuments behauptet.[3])

1) Gespräche mit dem Verfasser am 12. und 13. 12. 1978.
2) vergl. S. 22 Anm. 2 (v. Martin), für Kirchbach: Schreiben an Henrikson, in dem er den Zeitpunkt der Abschrift auf die 2. Hälfte des Jahres 1944 legt.
3) Briefe Kirchbachs vom 3. 1. 1952 an die Schriftleitung der deutschen Opposition, an Hoßbach vom 28. 11. 1951 (Bußmann a. a. O., S. 380), an Meinck vom 28. 8. 1956; Briefe Martins vom 24. 3. 1952 an Verlag Lambert und Schneider, zitiert im Schreiben von Sternberg vom 12. 9. 1956 an Meinck, vom 3. 5. 1968 an Strauß, vom 9. 12. 1967 an Deutsche Wochenzeitung und vom August 1971 an den Verfasser.

Die insoweit gegen ihre Glaubwürdigkeit vorgetragenen Argumente Bußmanns überzeugen nicht.[1]) Dennoch soll auf seine Kritik hier näher eingegangen werden, da er als einziger ausführlich für die herrschende Meinung plädiert. Bußmann weist im wesentlichen in seinen Ausführungen auf zweierlei hin:

1. Kirchbach und v. Martin hätten ihre Bedenken nicht gleich bei Bekanntwerden des Dokuments, sondern erst erheblich später – 1951/52 – vorgetragen.

2. Die angeblich „entwerteten, bagatellisierten" Einwände Blombergs, Fritschs und Neuraths seien in 386-PS durchaus in Form „massiver" Gegenvorstellungen enthalten.[2])

Demgegenüber ist anzumerken:

Argument 1. setzt zunächst voraus, daß Kirchbach und v. Martin bereits frühzeitig ein vollständiger Abdruck des Schriftstückes zugänglich war. Das trifft lediglich für Kirchbach zu, der im August 1946 die Veröffentlichung in der „Wandlung" gelesen hatte.[3]) Anders bei v. Martin, ihm war eine vollständige Wiedergabe des Dokuments erst Anfang 1952 zur Kenntnis gelangt.[4]) Daraufhin hatte er sich noch im März desselben Jahres an den Herausgeber der Zeitschrift „Die Wandlung" gewandt und auf die Änderun-

1) Bußmann a. a. O., bes. S. 379–381, ihm folgend Salewski a. a. O., S. 185.
2) Bußmann a. a. O., S. 379/381.
3) Brief Kirchbachs an die Schriftleitung der deutschen Opposition vom 3. Januar 1952 und Brief Kirchbachs an Henrikson vom 9. 2. 1965.
4) Brief Martins an den Verfasser vom August 1971.

gen aufmerksam gemacht.[1]) v. Martins Verhalten ist demnach nicht zu beanstanden. Ebensowenig das Verhalten Kirchbachs. In diesem Fall steht nicht einmal fest, ob der von Bußmann mit 1951/52 angegebene Zeitpunkt überhaupt zutrifft. Bußmann hat den Zeugen dazu nicht befragt. Richtig ist allein, daß keinerlei vorhergehende Korrespondenzen Kirchbachs bekannt geworden sind, aus denen seine Kritik zu entnehmen gewesen wäre. Offen bleibt daher insbesondere, ob Kirchbach seine Einwendungen nicht alsbald mündlich vorgetragen hat.[2]) Dafür spricht immerhin, daß er sogleich, als ihm das Heft der „Wandlung" gezeigt wurde, mit „Erstaunen, ja Entsetzen" die Veränderungen des Dokuments feststellte.[3]) Im übrigen darf folgendes nicht übersehen werden:

Es war seinerzeit in den ersten Nachkriegsjahren keineswegs ungefährlich, die Fälschung eines für den „Jahrhundertprozeß" so wichtigen Dokumentes zu behaupten. Der Betroffene mußte damit rechnen, evtl. als Zeuge angefordert zu werden. Bei Aufrechterhaltung seiner Aussage, die in diesem Fall ausschließlich der Verteidigung zugute kommen mußte, konnte es durchaus passieren, daß er sich plötzlich in die Rolle des Angeklagten versetzt sah. Ein Beispiel statt vieler: Noch 1948 wurden im sogenannten Krupp-Prozeß, in dem auch die Hoßbach-Niederschrift dem Gericht als Beweisurkunde diente, an einem Tage

1) Bestätigungsschreiben Sternbergers an v. Martin vom 4. Juli 1952 (IFZ).
2) Eine entsprechende Anfrage des Verfassers beantwortete Kirchbach nicht.
3) Brief Kirchbachs an Henrikson vom 9. 2. 1965.

sechs Verteidiger im Gerichtssaal verhaftet, nur weil sie gegen die Art und Weise der Prozeßführung protestiert hatten.[1]) Um wieviel bedenklicher mußte sich die Situation für jemanden darstellen, der nicht einmal über die wenigstens scheinbare Unabhängigkeit eines Verteidigers verfügte. Bußmann läßt auch diesen Gesichtspunkt nicht gelten. Er verweist darauf, daß Kirchbach in zwei Erklärungen für Hoßbach aus den Jahren 1946/48 – beide mit „ganz privatem Charakter und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt" –, beide mit Bezug auf die Niederschrift – von irgendwelchen Veränderungen des Dokumentes ebenfalls nichts erwähnt.[2])

Bußmann verkennt, daß damals jede schriftliche Niederlegung solcher Behauptungen ein nicht unerhebliches Risiko darstellen mußte. Schließlich war Hoßbach, in dessen Verfügungsbefugnis sich die Dokumente befanden, noch 1947 und 1948 mehrfach verhört worden.[3]) Bei der damals herrschenden Rechtsunsicherheit – Hoßbach war ein bekannter General der Ostfront – lag auch ein gegen ihn selbst gerichtetes Verfahren durchaus im Bereich des Möglichen. Angesichts dieser Umstände erschiene es nicht einmal ungewöhnlich, wenn Kirchbach und v. Martin ihre Erinnerungen zunächst tatsächlich nur zum Teil oder gar nicht erklärten. Dementsprechend sind nach dem Kriege auch viele andere verfahren.

1) Wilmovsky a. a. O., S. 58.
2) Bußmann a. a. O., S. 380.
3) von Telford Taylor, dem amerikanischen Anklagevertreter und von Dr. Otto John, dem späteren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts. John Papiere ZS/A 33/S IFZ.

Soweit Bußmann bei Argument 2 auf die Einwendungen der Besprechungsteilnehmer abstellt, sind seine Überlegungen überhaupt kaum verständlich. Von „massivem" Widerspruch beispielsweise Neuraths kann nach dem Inhalt des vorliegenden Dokumentes nun wirklich nicht die Rede sein. Er hat nicht einmal mehr gesagt, als daß ein italienisch-englisch-französischer Konflikt nicht in so greifbarer Nähe sei, als der Führer annehme. Auch die Einwände Fritschs und Blombergs ließen sich in weit drastischerer Form vorstellen, als tatsächlich wiedergegeben.[1])

Bußmann hätte voraussichtlich seine These überhaupt nicht gewagt, hätte er gewußt, daß Hoßbach selbst eine Kürzung der Niederschrift annimmt oder doch wenigstens für möglich hält. Grundlage seiner Ausführungen ist nämlich die genau gegenteilige Annahme.[2])

Abgesehen davon wäre auch dann noch gar nicht einzusehen, warum die Aussagen Hoßbachs glaubwürdiger sein sollten als diejenigen Kirchbachs und v. Martins. Auch seine Erklärungen sind, wie dargelegt, nicht immer frei von Widerspruch.

Insgesamt gesehen darf nicht außer acht gelassen werden, daß sich alle Zeugen zu einem für sie jahrelang zurückliegenden Ereignis geäußert haben. Hoßbach hatte die Niederschrift 9 Jahre, Kirchbach 8 Jahre und v. Martin 7 Jahre nicht mehr gesehen. Auch v. Below und v. Puttkamer ist das Dokument erst wieder durch den Nürnberger Pro-

1) Krausnick: Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler in: Vollmacht des Gewissens, Bd. I, Frankfurt a. M./Berlin 1960, S. 264.

2) Bußmann a. a. O., S. 381/382.

zeß bekannt geworden.[1]) Letztere hatten die Niederschrift überhaupt nur für kurze Zeit gesehen und einmal gelesen. Kirchbach dürfte die Niederschrift wohl nur wenige Zeit länger gehabt haben. Anders v. Martin, ihm stand die Abschrift von 1943 bis 1945 also ca. 2 Jahre zur Verfügung. Hoßbach wiederum hatte als einziger an der Besprechung mit Hitler teilgenommen. Man mag nun die Akzente setzen wie man will, den Einzelzeugnissen kann nur ein verhältnismäßig geringer Beweiswert beigemessen werden. Der zurückliegende Zeitraum ist einfach zu groß, als daß sich auch bei noch so gewissenhafter Überlegung Irrtümer ohne weiteres ausschließen ließen. Die aufgezeigten Widersprüche – ob die Niederschrift nun länger oder kürzer gewesen ist, mag dahinstehen – bekräftigen diese Auffassung. Andererseits ist aber nicht zu verkennen, daß sämtliche Zeugen – Hoßbach mit Einschränkungen – in der entscheidenden Frage der Textveränderung einen im Ergebnis gleichlautenden Standpunkt einnehmen. v. Martin und v. Below sprechen sogar ausdrücklich von Fälschung. Das ist um so gewichtiger, als sie ihrer politischen Überzeugung nach aus geradezu entgegengesetzten Lagern kommen und damit von völlig verschiedener Interessenlage her argumentieren. Hoßbach und Kirchbach gehörten dem Widerstand an.[2]) v. Martin sympathisierte zumindest mit entsprechenden Gedanken.[3])

1) Gespräche mit dem Verfasser am 12. und 13. 12. 1978.

2) Siehe das Kapitel: Die Persönlichkeit Hoßbachs. Für Kirchbach, Schreiben Martins an das Institut für Zeitgeschichte vom Januar 1954.

3) Brief Martins an Strauß vom 3. 5. 1968.

v. Below und v. Puttkamer standen demgegenüber positiv zur nationalsozialistischen Staatsführung.[1]) Ohne leichtfertig zu urteilen, wird man in diesem Fall bei fast einhelliger Bekundung die jeweiligen Zeugenaussagen wenigstens im Kern für wahr und zutreffend annehmen müssen. Werfen wir jetzt noch einmal die Frage auf, warum das Dokument 386-PS nur eine Kopie des Mikrofilms darstellt und warum angeblich nur diese Fotokopie noch vorhanden ist, so kann die Antwort darauf eigentlich nur lauten: weil dadurch die Fälschung besser verschleiert werden konnte. Eine Veränderung des Originals oder der Abschrift wäre auf den Urkunden selbst leicht erkennbar gewesen. Auf einem Mikrofilm mußte das schon wesentlich schwieriger erscheinen. Auf einer zusätzlich gefertigten Fotokopie – Dok 386-PS – war es so gut wie ausgeschlossen. Daß nun dennoch die „Pannen" mit den verschiedenen Fassungen passieren konnten, war schließlich nicht vorauszusehen. Verantwortlich für die Fälschung des Dokumentes dürfte die amerikanische Anklagevertretung sein.[2]) Von ihr wurde der Hoßbach-Bericht vorgelegt. In ihrem Auftrag wurden der Mikrofilm und die Kopie hergestellt. Das Motiv für die Fälschung lag zweifellos darin, die Angeklagten im Nürnberger Prozeß zu belasten. Es fehlte anfangs an beweiskräftigen Dokumenten.[3])

1) Gespräche mit dem Verfasser.
2) ebenso Henrikson a. a. O., S. 167/169; v. Martin glaubt, wenn auch ohne nähere Begründung, Grund zu der Annahme zu haben, daß Robert Kempner mit der „Bearbeitung des Materials befaßt war". Brief Martins vom Januar 1954 an das IFZ, ZS 535.
3) Gerhardt a. a. O., S. 333 und Irving a. a. O., S. 38.

Welche Stellen im Text nun abgeändert, welche Sätze/Worte hinzugefügt oder welche gestrichen wurden, läßt sich naturgemäß nur unzureichend feststellen. Abgesehen von Anhaltspunkten in den verschiedenen überlieferten Fassungen werden wir uns auf allgemeinere Angaben beschränken müssen. Insoweit können wir allerdings Änderungen im Teil der Diskussion ohne weiteres annehmen.[1]) v. Martin und Kirchbach behaupten das ausdrücklich. Die Erklärungen v. Belows und v. Puttkamers widersprechen dem nicht. Damit ist auch Hoßbachs Aussage[2]) wenigstens in etwa noch in Einklang zu bringen, denn auch bei erheblich stärkeren Einwendungen Blombergs, Fritschs und Neuraths bliebe der Inhalt der Niederschrift in wesentlichen Grundlinien durchaus noch erhalten. Dieselben Überlegungen gelten im Hinblick auf Hitlers Ausführungen zur Aussiedlungsfrage;[3]) nur daß in diesem Fall die Behauptungen von v. Below und von v. Puttkamer vorgetragen werden. Im übrigen gehen die Meinungen erheblich auseinander. Im Gegensatz zu v. Below und v. Puttkamer haben sich nach v. Martin und Kirchbach Hitlers Kriegsabsichten aus dem Dokument klar ergeben. Kirchbach spricht vom „Beweis der Schuld Hitlers"[4]), v. Martin von „Hitlers

1) Ebenso: Meinck a. a. O., S. 236, Koch a. a. O., S. 133, Henrikson a. a. O., S. 167.
2) Gegenüber dem Verfasser antwortete er auf die Frage, ob er die Einwendungen der Besprechungsteilnehmer für wesentlich gekürzt halte, mit „Nein"; Brief vom 18. 7. 1971. Die Erklärung steht obiger Auffassung jedoch nicht entgegen.
3) vergl. dazu den zusätzlichen Beweis im nächsten Kapitel.
4) Brief an Hoßbach vom 11. 10. 1946, teilweise abgedruckt bei Bußmann a. a. O., S. 380.

Kriegswillen"[1]) usw. Sind v. Martin und Kirchbach aber glaubwürdiger als v. Puttkamer und v. Below oder vielleicht umgekehrt?[2]) Ein Abwägen der Zeugenaussagen brächte nicht mehr als vage Vermutungen, da keine überzeugende Überlegung allein für die eine oder andere Seite spricht. Vom Standpunkt der Anklagevertretung konnten schließlich Änderungen in verschiedenen Richtungen wünschenswert erscheinen. Um die Behauptung von der „Verschwörung gegen den Frieden" zu beweisen, mußten zunächst einmal Hitlers Expansionsabsichten dargelegt werden. Andererseits durfte aber der Widerspruch der Besprechungsteilnehmer nicht allzu deutlich zum Ausdruck kommen, da man sie sonst nicht wegen einer „Verschwörung" hätte verurteilen können.

Hoßbach selbst hat sich bisher nicht, zumindest nicht öffentlich dazu geäußert, in welchem Bereich die Zäsuren ggfl. anzunehmen sind. Die Tendenz von Hitlers Ausführungen beurteilt er jedoch ähnlich wie v. Martin und Graf Kirchbach. Diese Frage soll indes abschließend erst später erörtert werden, denn insoweit müssen vor allem die Aussagen der übrigen Besprechungsteilnehmer mit herangezogen werden. Versuchen wir daher zunächst, anhand anderer Urkunden Rückschlüsse auf den ursprünglichen Text zu ziehen.

1) Erklärung 2, Entwurf, ZS 535, IFZ.
2) Die gegenteiligen Auffassungen stimmen offenbar sehr mit der jeweiligen politischen Einstellung der Beteiligten überein.

Die Aufzeichnungen des Generalobersten Ludwig Beck[1])

Zum Beweis für die Echtheit des in Nürnberg vorgelegten Hoßbachberichtes wird immer wieder auf die Aufzeichnungen des Generalobersten Beck vom 12. November 1937 verwiesen. Beck, so wird argumentiert, wiederhole darin „kritisch kommentierend den Inhalt der überlieferten Niederschrift", so daß deren Authentität nicht mehr bezweifelt werden könne.[2]) Diese Auffassung ist unzutreffend.

Zunächst der Sachverhalt: Zwischen 10. und 12. November übergab Hoßbach dem Generalobersten die von ihm gefertigte Niederschrift.[3]) Die darin enthaltenen Ausführungen Hitlers machten auf Beck einen „niederschmetternden" Eindruck.[4]) Er verfaßte sogleich eine eigene Stellungnahme, die er mit den Worten „Randbemerkungen zu einem mir vorgelegenen Protokoll der Besprechung des Führers mit Blomberg, Fritsch, Raeder anfangs November 1937"[5]) überschrieb. Darin setzte er sich mit den Gedan-

1) Siehe Anlage III.
2) Bußmann a. a. O., S. 373 (378), Salewski a. a. O., S. 185, im Ergebnis ebenso Bucheit: Ludwig Beck, ein preußischer General, München 1964, S. 103.
3) Hoßbach: Wehrmacht, S. 218.
4) Hoßbach a. a. O., vergl. auch Anlage III. Das Wort „niederschmetternd" ist dort ausgestrichen und durch „nicht überzeugend" ersetzt.
5) Nachlaß Beck N28/4 BA/MA. Anlage III.

kengängen Hitlers, so wie sie Hoßbach formuliert hatte, im einzelnen auseinander.

Die Aufzeichnungen stimmen in weiten Bereichen mit dem Inhalt von Dok. 386-PS überein, aber durchaus nicht in allem. Bereits in der Überschrift sind zwei schwerwiegende Fehler enthalten. 1. Beck bezeichnet das ihm vorgelegte Dokument als „Protokoll", obwohl ein solches unstreitig nicht geführt wurde.[1]) 2. Die Anwesenheit des Reichsaußenministers v. Neurath und Hoßbachs ist nicht vermerkt. Dadurch wird aber die Niederschrift nicht nur nicht bestätigt, sondern im Gegenteil, es wird sogar der Anschein erweckt, als ob sich die Veranstaltung abweichend vom wirklichen Geschehen zugetragen hätte. Die Diskussion der Besprechungsteilnehmer ist im übrigen nicht einmal angedeutet. Entscheidende Äußerungen Hitlers werden mit keiner einzigen Silbe erwähnt. So fehlt z. B. jeglicher Hinweis auf die vermeintliche Absicht Hitlers, drei Millionen Menschen aus der Tschechoslowakei und Österreich aussiedeln zu wollen.[2]) Ungenannt bleibt ferner die angebliche Auffassung Hitlers, die deutsche Aufrüstung sei bereits abgeschlossen oder ein evtl. Vorgehen Frankreichs würde sich an den damals noch so gut wie gar nicht vorhandenen[3]) deutschen Westbefestigungen festlaufen.

1) vergl. dazu weiter unten. Zu Unrecht weist Bußmann a. a. O., S. 375 darauf hin, daß diese Bezeichnung zuerst von dem Nürnberger Verteidiger Laternser gebraucht worden ist.
2) Koch a. a. O., S. 134 hebt diesen Gesichtspunkt besonders hervor.
3) Müller-Hillebrandt: Das Heer 1933–1945, Darmstadt/Frankfurt a. M. 1954, Bd. I, S. 39, Bernhard: Die deutsche Aufrüstung 1934–1939, Frankfurt a. M. 1969, S. 93.

In all diesen Fällen[1]) hätte sich sowohl vom Standpunkt eines Militärs als auch vom Standpunkt eines Regimekritikers eine besonders überzeugende Kritik geradezu aufgedrängt.[2]) Es ist auch kein vernünftiger Grund dafür ersichtlich, warum Beck die im Verhältnis belanglosen historischen Parallelen Hitlers berücksichtigt, weit wichtigere Erklärungen, wie die oben genannten, aber unbeachtet läßt. Aller Voraussicht nach hat Hitler derartige Äußerungen gar nicht getan. Die Aussagen v. Belows und v. Puttkamers werden jedenfalls in dem sehr wesentlichen Punkt der Aussiedlung in fast klassischer Weise bestätigt. Insoweit erbringen die Randbemerkungen sogar den zusätzlichen Beweis, daß die in Nürnberg vorgelegte Hoßbach-Niederschrift gefälscht ist. Nehmen wir schließlich noch folgendes hinzu: Auch bei den Randbemerkungen handelt es sich um einen von dritter Seite nicht geprüften Bericht, so daß nicht einmal feststeht, ob und inwieweit der Generaloberst seinerseits die Niederschrift in allen Bereichen zutreffend interpretiert hat. Da Beck selbst bei der Besprechung nicht zugegen war, war er gezwungen, anhand des ihm vorgelegten Textes und evtl. gegebener Erläuterungen[3]) auf die Ausführungen Hitlers zu schließen, was erfahrungsgemäß

1) weitere Beispiele bei Brennecke a. a. O., S. 124 f.
2) eine mögliche Übereinstimmung zwischen Hitler und Beck scheidet angesichts der grundsätzlichen Haltung Becks von vornherein aus. Bestätigt durch Hoßbach in einem Brief an den Verfasser vom 18. 11. 1971.
3) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 218. Beck war bereits am 7. 11. durch v. Neurath und v. Fritsch über die am 5. 11. stattgefundene Besprechung informiert worden. IMT, Bd. XIII, S. 700 f. und Bd. XII, S. 60 (Aussage Neurath).

nur allzu leicht zu Fehldeutungen führen kann. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, daß Beck – schon damals Gegner des Regimes[1]) – den Erklärungen Hitlers eine weit schwerwiegendere Bedeutung beigemessen hat, als ihnen tatsächlich innewohnte. Beck neigte gerade hinsichtlich einer eventuellen Kriegsgefahr aus einer grundsätzlich pessimistischen Einstellung heraus verschiedentlich zu Übertreibungen, weil er seine Kollegen davon überzeugen wollte, daß man Hitler widerstehen müsse[2]). Als im Mai 1934 der Vorschlag vom Heeresamt gemacht wurde, bereits bis 1. Oktober ein 300 000-Mann-Heer aufzustellen, sah er darin schon „eine Mobilmachung".[3]) 1935 drohte er v. Fritsch mit seinem Rücktritt für den Fall, daß ein Angriffskrieg gegen die Tschechoslowakei vorbereitet würde,[4]) obwohl von derartigen Absichten Hitlers damals gar keine Rede sein konnte. Man hat Beck daher wohl mit Recht eine „Vorliebe für düstere Prophezeiungen" nachgesagt.[5]) Schließlich sind über Beck an die Engländer wiederholt Informationen u. a. über eine andere Ansprache Hitlers gelangt, deren Inhalt ganz offenbar unzutreffend wiedergegeben war.[6])

1) vergl. S. 82 Anm. 6. Bereits im Juni 1937 hatte er Hitler einen „Verbrecher" genannt. Krausnick: a. a. O., S. 269; Foerster a. a. O., S. 51 ff. Rothfels: Die deutsche Opposition gegen Hitler, Frankfurt a. M./Hamburg 1958, S. 71.
2) Prittie: Deutsche gegen Hitler, Tübingen 1965, S. 52.
3) Foerster a. a. O., S. 32.
4) Foerster a. a. O., S. 58.
5) Prittie a. a. O., S. 52.
6) Bericht über die Rede Hitlers vom 22. 8. 1939, in Nürnberg als Dok. L-3 bezeichnet, vom Gericht aber nicht angenommen. In dieser Urkunde heißt es gegen Schluß „Göring stieg auf den Tisch, blutrünstiger Dank und blutrünstiges Versprechen. Er tanzte wie ein Wilder herum. Die wenigen Bedenklichen schwiegen." ADAP, Serie D, Bd. VII, S. 172. Dieser Bericht ist nach ziemlich einhelliger Auffassung gefälscht. Vgl. zur Quellenkritik statt aller: Roennefarth in: Das Parlament, Nr. 38 vom 16. 9. 1959, S. 5 und Baumgart: Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. 8. 1939, in: VfZG, 1968, S. 120 ff. Dieses Dokument ist zwischen dem 22. 8. und 1. 9. 1939 von dem Widerstandskämpfer Hermann Maas im Auftrage Becks dem amerikanischen Korrespondenten Louis P. Lochner in Berlin übergeben worden. Eidesstattliche Versicherung Lochners vom 3. 8. 1949 im Manstein-Prozeß, MA 113/6, IFZ.

Angesichts dieser durchweg erheblichen Bedenken beweisen die Aufzeichnungen Becks trotz zahlreicher Übereinstimmungen die Echtheit des Dokumentes 386-PS nicht. In einem Teilbereich ergibt sich sogar das Gegenteil. In Einzelfragen ist keine Gewähr gegeben. Ebensowenig im Grad der Tendenz von Hitlers Ausführungen.

Die militärischen Planungen vom 7. und 21. 12. 1937

Beide Dokumente werden wegen ihres engen zeitlichen Zusammenhangs sowie erheblicher inhaltlicher Ähnlichkeiten mit den Ausführungen Hitlers im Dokument 386-PS ebenfalls als Beweis für die zutreffende Wiedergabe wenigstens des überwiegenden Teils der Hoßbach-Niederschrift gewertet.[1]) Auch diese Auffassung ist abzulehnen. In beiden Urkunden, die im wesentlichen die Neufassung des Falles Grün – Zweifrontenkrieg mit Schwerpunkt Südost – beinhalten, ist nicht ausdrücklich auf die Besprechung vom 5. 11. 1937 Bezug genommen. Die unmittelbare Verbindung wird der nachfolgenden Eintragung im Jodl-Tagebuch entnommen, mit der wir uns vorab näher beschäftigen wollen.

Jodl notierte am 13. 12. 1937: „Führer billigt Vortragsnotiz über die militärischen Ausführungen der von ihm am 5. 11. 1937 entwickelten Absichten und die Neufassung des Falles Grün."[2])

1) Kuhn a. a. O., S. 211, Dülffer a. a. O., S. 448, Salewski a. a. O., S. 185, Watt: Der Beginn einer revisionistischen Schule in: Kriegsbeginn 1939, hrsg. von Niedhardt, Darmstadt 1976, S. 319. Auch diejenigen, die eine „Korrektur" des Dokumentes 386-PS annehmen, sehen in obigen Weisungen meist im Zusammenhang mit Becks Randbemerkungen eine Bestätigung des Hauptinhalts der Niederschrift. Meinck a. a. O., S. 237 und Henrikson a. a. O., S. 170.

2) IMT, Bd. XXVIII, S. 356. Zum Quellenwert des Tagebuchs ist darauf hinzuweisen, daß die Eintragungen entgegen Jodls Erklä-

Bei der hier erwähnten „Vortragsnotiz" handelt es sich nicht etwa um die Niederschrift Hoßbachs. Diese Schlußfolgerung, wie sie etwa von Prof. Hofer[1]) vorgetragen wird, konnte wohl nur deshalb entstehen, weil Hoßbach später behauptete, während der Besprechung am 5. 11. 1937 Notizen gemacht zu haben[2]) und daher vordergründig eine gewisse Übereinstimmung gegeben scheint. Die Hoßbach-Niederschrift ist aber ein fast zwölfseitiger, ausführlicher Bericht und damit keine bloße „Vortragsnotiz". Beide Begriffe sind inhaltlich zu verschieden, um lediglich eine Falschbezeichnung anzunehmen.[3]) Da die „Vortragsnotiz" nach Jodl „militärische Ausführungen" beinhaltete, während Hoßbachs Bericht fast ausschließlich politische Zielsetzungen betraf, in dem die „materiellen Rüstungsfragen" – zweiter Teil der Besprechung – eben gerade nicht berücksichtigt wurden, muß Hitler am 13. 12. 1937 ein anderes Dokument, möglicherweise ein Vermerk von Jodl selbst, vorgelegen haben.[4]) Die Niederschrift Hoßbachs war jedenfalls am 13. 12. 1937 nicht Gegenstand der Besprechung und ist daher insbesondere nicht mit der Neufassung des Falles Grün von Hitler gebilligt worden. Die Neufassung wurde vielmehr schon am 7. 12. 1937 von Blomberg wie folgt angekündigt:

„Der Oberbefehlshaber der Wehrmacht WA 94/37 g.Kdos Chef-Sache L 1 a ...

3. die politischen Voraussetzungen für die Auslösung des Falles „Grün" haben sich nach den Weisungen des Führers und Reichskanzlers geändert, die Ziele eines derartigen Krieges erweitert. Der bisherige Abschnitt II des Teiles 2 der Weisung des Ob. d. W. ... vom 24. 6. 1937 ist daher zu streichen und durch beiliegende Neufassung zu ersetzen."[1]) Die Neufassung wurde dann von Keitel in Form einer Anlage am 21. 12. 1937 nachgereicht.[2]) Die hier interessierenden Sätze lauten u. a.:

„Hat Deutschland seine volle Kriegsbereitschaft auf allen Gebieten erreicht, so wird die militärische Voraussetzung geschaffen sein, einen Angriffskrieg gegen die Tschechoslowakei und damit die Lösung des deutschen Raumproblems auch dann zu einem siegreichen Ende zu führen, wenn die eine oder andere Großmacht gegen uns eingreift."

und:

„Neben vielem anderen gehört dazu in erster Linie die

rung (IMT, Bd. XV, S. 420) nicht immer am Tag des Geschehens erfolgten. Mitteilung Kranckes, der seinerzeit ständig mit Jodl zusammenarbeitete, vom 7. 11. 1960, zitiert nach Gemzell: Raeder, Hitler und Skandinavien, Lund 1965, S. 430. Nach Jodl selbst ist das Tagebuch aus Zeitmangel unvollständig eingetragen. IMT, Bd. XXVIII, S. 345.

1) Hofer a. a. O., S. 433.
2) vgl. weiter unten.
3) Die Bezeichnung „Vortragsnotiz" war bei anderen Berichten durchaus eigenständig und üblich. IMT, Bd. XXV, S. 457, 460, 490.
4) vgl. S. 69 f. Die angeblichen Notizen, die Hoßbach in sein Tagebuch geschrieben haben will, haben Hitler natürlich auch nicht vorgelegen. Keiner der Beteiligten hat entsprechendes bekundet. Auch dürften sie der Natur der Sache nach gar nicht dafür geeignet gewesen sein, soll es sich doch lediglich um „stichwortartige" Bemerkungen im Rohentwurf gehandelt haben.

1) IMT, Bd. XXXIV, S. 745 ff.
2) ADAP, Serie D, Bd. VII, S. 547.

Verteidigungsfähigkeit unserer Westbefestigungen, die es erlaubt, auch gegen eine vielfache Übermacht die Westgrenze des deutschen Reiches mit schwachen Kräften auf lange Zeit zu halten ...

Entwickelt sich die politische Lage nicht oder nur langsam zu unseren Gunsten, so wird damit auch die Auslösung des Falles Grün von unserer Seite her noch um Jahre hinausgeschoben werden müssen. Tritt aber eine Lage ein, die durch Englands Abneigung gegen einen allgemeinen europäischen Krieg, durch seine Uninteressiertheit an dem mitteleuropäischen Problem und durch einen zwischen Italien und Frankreich im Mittelmeer ausbrechenden Konflikt die Wahrscheinlichkeit schafft, daß Deutschland außer Rußland keinen weiteren Gegner an der Seite der Tschechoslowakei findet, so wird der Fall „Grün" auch vor der erreichten vollen Kriegsbereitschaft Deutschlands eintreten."[1])

Aus dem Schreiben Blombergs vom 7. 12. 1937 ergeben sich nur allgemeine Hinweise, die genauere Rückschlüsse auf Hitlers Ausführungen nicht zulassen. Insoweit sei lediglich vermerkt, daß eine militärische „Weisung" am 5. 11. 1937 nach Auffassung aller Beteiligten nicht erteilt worden ist.[2]) Aus der Neufassung hingegen, die ebenfalls allein von Blomberg veranlaßt wurde,[3]) ergeben sich sehr wohl eine

1) ADAP, Serie D, Bd. VII, S. 548.
2) Jodl weicht dieser Frage allerdings aus. Er war aber auch nicht anwesend. IMT, Bd. XV, S. 498. Beide Verfügungen gehen auf eine eigene Entschließung Blombergs zurück. Gackenholz a. a. O., S. 475, Kielmannsegg VfZG 1960, S. 269 (274).
3) ebenda und ähnlich Deist a. a. O., S. 523, ferner Messerschmidt a. a. O., S. 625. Die Neufassung „geschah ohne Hitlers Zutun".

ganze Reihe von Parallelen zu der überlieferten Hoßbach-Niederschrift. So ist z. B. Englands Abneigung gegen einen europäischen Krieg, ein möglicher Konflikt zwischen Frankreich und Italien im Mittelmeerraum, ein evtl. Vorgehen gegen die Tschechoslowakei und auch die Frage des Lebensraums erwähnt. Im Gegensatz zum Dokument 386-PS geht Blomberg allerdings in der Weisung davon aus, daß die deutsche Rüstung keineswegs abgeschlossen und auch der Westwall noch nicht fertiggestellt sei. Von den „Haßgegnern" England und Frankreich ist ebenfalls nicht die Rede. Die „zwangsweise Emigration" dreier Millionen Menschen findet auch keine Erwähnung. Die Absicht, spätestens 1943/45 handeln zu wollen, ist nicht genannt u. a. m. Vor allem aber – und darin liegt der Haupteinwand – ist keinerlei Zielsetzung im Sinne einer „testamentarischen Hinterlassenschaft" angeführt. Die Neufassung hatte, wie alle übrigen Aufmarschpläne, ohnehin nur zeitlich begrenzte Gültigkeit.[1]) Sie war von vornherein auf den 30. 9. 1938 abgestellt und sollte danach neu bearbeitet werden.[2]) Tatsächlich wurde aber schon im Mai 1938 nach der tschechischen Mobilmachung eine neue Direktive herausgegeben.[3]) Hitlers Ausführungen in der Besprechung am 5. 11. waren

1) Dazu Jodl in Nürnberg: „Solche Anweisungen gab es in Deutschland jedes Jahr, seit es überhaupt einen Generalstab und eine allgemeine Wehrpflicht gibt" (IMT, Bd. XV, S. 380).
2) IMT, Bd. XXXIV, S. 745.
3) ADAP, Serie D, Bd. 2, S. 281 ff. Zu den Weisungen im allg. siehe Burdick: Die deutschen militärischen Planungen gegenüber Frankreich 1933–1938 in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 1956, S. 678 ff. Dülffer: Weisungen an die Wehrmacht 1938/39

demgegenüber – immer nach dem überlieferten Bericht – von erheblich weittragenderer Bedeutung. Sie sollten „für den Fall seines Ablebens" als sein „politisches Testament"[1]) richtungweisend bleiben. Hoßbach-Dokument und Neufassung sind schon im Ansatz derart verschieden, daß unabhängig von sonstigen Abweichungen oder Übereinstimmungen von einer Bestätigung auch nur des wesentlichen Inhalts der Niederschrift nicht gesprochen werden kann.

Gegen die Heranziehung der Neufassung als Beweismittel bestehen im übrigen grundsätzliche Bedenken.[2]) Wir wissen nicht, ob das Dokument überhaupt jemals Gültigkeit erlangte oder ob es sich lediglich um einen Entwurf handelte. Das Schriftstück ist von niemandem unterschrieben und trägt nicht einmal den üblichen Vermerk „Für die Richtigkeit ... gez."[3]) Es ist durchgestrichen und mit dem handschriftlichen Vermerk versehen: „überholt durch neue Weisung im Sonderheft ‚Grün'."[4]) Keiner der führenden Militärs erwähnt die Neufassung.[5]) Eigenartigerweise fehlt

als Ausdruck ihrer Gleichschaltung. Ebenda 1968, S. 651–665 und S. 705–713. Ferner Brennecke a. a. O., S. 121 ff.

1) Hoßbach: Wehrmacht, S. 219, 188.
2) Der von Walendy in: Europa in Flammen 1939–1945, Vlotho 1967, S. 349 ff. (354) vertretenen Auffassung, wonach das Dokument sogar gefälscht sein soll, kann ich mich nicht anschließen. Walendys Argumentation beruht weitgehend auf allg. Erwägungen, die in dieser Form nicht überzeugen.
3) In dem Anschreiben heißt es lediglich „im Entwurf" – also nicht in dem überreichten Schriftstück – „von Herrn Generalfeldmarschall gezeichnet". ADAP, Serie D, Bd. VII, S. 547 (548).
4) ADAP, Bd. VII, S. 548, Fußnote 5.
5) Jodl, IMT, Bd. XV, S. 499, Keitel, IMT, Bd. X, S. 565 und Keitel:

auch jegliche Stellungnahme Becks, der damals gerade den im Urlaub befindlichen v. Fritsch vertrat. Beck pflegte solche Weisungen im allgemeinen mit besonderer Schärfe zu kritisieren.[1]) Hoßbach bestätigt: „Außer der von Fritsch vor dem 5. 11. 1937 angeordnet gewesenen Studie wurden keinerlei andere militärische Regelungen hinsichtlich der tschechischen Frage erwogen oder gar getroffen."[2])

Für den Gesamtrahmen bleibt jedenfalls zu berücksichtigen, daß die allgemeinen Richtlinien der bisherigen militärischen Planungen vom 24. 6. 1937 nach wie vor aufrechterhalten blieben. Sie lauteten unverändert:

„... Ebensowenig besteht von seiten Deutschlands die Absicht, einen europäischen Krieg zu entfesseln. Trotzdem erfordert die politisch labile und überraschende Zwischenfälle nicht ausschließende Weltlage eine stete Kriegsbereitschaft der deutschen Wehrmacht.

a) um Angriffen jederzeit entgegenzutreten und

b) um sich etwa ergebende politisch günstige Gelegenheiten militärisch ausnutzen zu können ..."[3]) Dementspre-

Verbrecher oder Offizier hrsg. von Görlitz Göttingen 1961, S. 101, 123, Halder OKW-Prozeß (Fall XII) Pr. 1857, 1860/61, ferner in Bor: Gespräche mit Halder, Wiesbaden 1950, S. 113, v. Manstein: Aus einem Soldatenleben, Bonn 1958, S. 226 f., Westphal: Erinnerungen, Mainz 1975, S. 73, Kesselring: Soldat bis zum letzten Tag, Bonn 1953, S. 46, v. Brauchitsch, IMT, Bd. XX, S. 620, v. Blomberg, IMT, Bd. XL, S. 402. Nach ihm ist das Wort „Angriffskrieg" in gar keinem Fall gebraucht worden.

1) vergl. dazu auch Müller: Das Heer und Hitler, Stuttgart 1969, S. 251/252, Fußnote 225, der dieselbe Überlegung anstellt.
2) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 193.
3) IMT, Bd. XXXIV, S. 734, IMT, Bd. XXXIV, S. 745 f.

chend bekundete Jodl über die Folgen der Besprechung vom 5. 11. 1937 in Nürnberg:

„Ich weiß nur das eine, daß es keinerlei Überraschung oder Sensation für mich war, sondern daß nur kleinere Korrekturen der bisher ausgegebenen Weisungen notwendig würden."[1]) Die militärischen Planungen beweisen damit die Echtheit der Hoßbach-Niederschrift nicht. Für eine „Tendenzwende" der deutschen Außenpolitik geben sie ebenfalls nichts her.[2])

Wenden wir uns nunmehr der Entstehung der Niederschrift zu.

1) IMT, Bd. XV, S. 499. Jodl will von Keitel über die Besprechung informiert worden sein. Keitel bestreitet jedoch, von der Besprechung überhaupt erfahren zu haben. IMT, Bd. X, S. 565. Jodl erwähnt zwar aktivere Vorbereitungen gegenüber der Tschechoslowakei, mißt dem aber keine besondere Bedeutung bei.

2) vergl. dazu Messerschmidt: Außenpolitik und Kriegsvorbereitung in: Das deutsche Reich und der zweite Weltkrieg. Stuttgart 1979, S. 624–626 und Laternser: Verteidigung deutscher Soldaten, Bonn 1950, S. 28.

Entstehung, Form und Ausgestaltung der Niederschrift

Hoßbach berichtet:

„Die Niederschrift über die Sitzung ist durch mich einige Tage nach dem 5. November 1937 im Gebäude des Reichskriegsministeriums vorgenommen und mit dem Datum 10. November 1937 versehen worden. Es ist mir nicht mehr erinnerlich, ob ihre Anfertigung an einem oder an mehreren Tagen erfolgte und ob sie daher am 10. November 1937 begonnen oder beendet worden ist. Mit Gewißheit ist die Niederschrift eine nachträgliche schriftliche Aufzeichnung des Inhalts der Besprechung, aber kein während dieser geführtes Protokoll gewesen. Mit Absicht habe ich seinerzeit von der Bezeichnung Protokoll als formal und sachlich unzutreffend abgesehen."[1])

Leider ist dieser so wichtigen Erklärung nur wenig Bedeutung geschenkt worden. Noch immer wird das Dokument weit häufiger als Hoßbach-Protokoll[2]), denn als Hoßbach-Niederschrift angeführt. Dabei ist der Unterschied zwischen beiden Begriffen für den Beweiswert der Urkunde von außerordentlicher Bedeutung. Bei einem Protokoll kann im allgemeinen angenommen werden, daß es den Verlauf der Veranstaltung zutreffend wiedergibt. Der Bericht ist von einer ausdrücklich dazu beauftragten Person in

1) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 217.

2) So zuletzt: Steinert: Les Origines de la Deuxième Guerre Mondiale, Paris 1974, S. 32 und Zentner: Der Kriegsausbruch 1. September 1939, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1979, S. 68.

seinem wesentlichen Inhalt bereits während der Sitzung aufgenommen und von den übrigen Teilnehmern, zumindest aber von dem Leiter der Veranstaltung überprüft und durch Gegenzeichnung für richtig befunden worden. Es liegen also wenigstens zwei gleichlautende Erklärungen vor. Anders bei einer Niederschrift. Bei ihr fehlt eine solche Kontrolle. Sie verbürgt daher lediglich den subjektiven Eindruck ihres Verfassers. Hoßbach hatte nun weder einen offiziellen Auftrag, noch ist die Niederschrift von einem der Sitzungsteilnehmer durch Unterschrift anerkannt gewesen. Sie wurde ferner mit Ausnahme von Blomberg keinem der Sitzungsteilnehmer zur Kenntnis gebracht.[1]) Ob sich Hoßbach während der Besprechung Notizen gemacht hat, muß offen bleiben. Seine eigenen Angaben sind insoweit widersprüchlich. Zur Vorlage im Nürnberger Prozeß versicherte er am 18. Juni 1945 an Eides Statt, die Niederschrift „aus dem Gedächtnis"[2]) gefertigt zu haben. In seinen Schriften „Von der militärischen Verantwortlichkeit..." (1948) und „Zwischen Wehrmacht und Hitler" (1.

1) Nach Bußmann a. a. O., S. 378 soll Blomberg durch Keitel der Meinung Ausdruck gegeben haben, daß die Niederschrift den Inhalt der Ausführung „ausgezeichnet" wiedergibt. Eine typische Übertreibung Bußmanns. Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 218 sagt dazu lediglich: „Aus einer mir gemachten Äußerung ... Keitels, des 1. Ratgebers Blombergs, glaubte ich entnehmen zu können, daß letzterer mit der inhaltlichen Abfassung einverstanden gewesen ist." In beiden Fällen wird nicht berücksichtigt, daß Keitel jegliche Kenntnis des Dokumentes bestreitet. IMT, Bd. X, S. 565.

2) IMT, Bd. XLII, S. 228; vergl. auch Laternser a. a. O., S. 27 und IMT, Bd. XXI, S. 422.

Auflage 1949) erklärt er demgegenüber: „Als Grundlage dienten mir meine während der Besprechung gemachten stichwortartigen Notizen und mein Gedächtnis."[1]) Noch später im Jahre 1963 erweiterte er seine bisherige Darstellung: „Er habe Notizen in sein Tagebuch geschrieben, die Monate Oktober und November 1937 herausgetrennt und dem Heeresarchiv in Potsdam übergeben, wo sie bei einem Bombenangriff vernichtet worden sein sollen."[2])

Görings Erklärungen zu dieser Frage sind nicht überzeugender. Vor Beginn des Nürnberger Prozesses äußerte er auf Befragen: „Ich habe nie darauf geachtet, ob Hoßbach während der vielen Besprechungen, denen ich beiwohnte und wo auch er zugegen war, sich Notizen gemacht hat oder nicht, wirklich nicht. Dennoch bin ich der Meinung, daß er Notizen gemacht haben könnte, ohne extra dazu beauftragt gewesen zu sein, weil er in enger Verbindung zu dem Generalstabschef des Heeres (Beck d. V.) stand, dem er dann hinterher Bericht erstattete."[3]) Während des Prozesses sagt er aus: „Hoßbach war Adjutant des Führers, Chefadjutant. Als solcher war er bei der Sitzung zugegen

1) S. 28 und S. 217.

2) Gemzell a. a. O., S. 78. Eine Aussage, die mit Zurückhaltung aufgenommen werden muß. Ich sehe keinerlei vernünftigen Grund, ausgerechnet diesen Zeitabschnitt herauszunehmen und anderweitig zu deponieren. Zumal die angebl. Notizen doch in der Niederschrift verarbeitet waren, so daß sie kaum noch Verwendung finden konnten. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß dadurch eines der wichtigsten Beweismittel verloren gegangen ist. Das übrige Tagebuch soll erhalten geblieben sein und sich im Nachlaß Hoßbachs BA/MA befinden (nicht zugänglich).

3) Nazi Acts, Supplement B, S. 1089.

und machte sich darüber Notizen. Fünf Tage später, wie ich festgestellt habe, hat er dann aufgrund der Notizen die Niederschrift gemacht."[1]) Schließlich erklärte er: „Wenn dann, wie im Falle Hoßbach, niemand wußte, daß er so etwas aufschrieb und seine Aufzeichnungen niemanden zur Genehmigung oder Kontrolle vorgelegt wurden, so kann man ihren Inhalt auch nicht ohne weiteres dem Redner zur Last legen."[2])

Görings Aussagen sind im Ergebnis wohl dahin zu werten, daß er sich tatsächlich nicht mehr genau erinnern konnte, was angesichts des beträchtlichen Zeitablaufs auch am wahrscheinlichsten sein dürfte. Alle anderen Beteiligten haben sich zu dieser Frage nicht geäußert.[3]) Kann demnach der Niederschrift auch nicht die Beweiskraft eines Protokolls zuerkannt werden, so ist sie deshalb für die historische Forschung nicht etwa wertlos. Nur ergibt sich aus ihr nicht unbedingt der wirkliche Ablauf der Besprechung.

Zu dem Inhalt der Niederschrift weist Hoßbach selbst auf folgendes hin:

„Da ich über keine stenographischen Fähigkeiten verfüge, war ich zu einer wortgetreuen und vollinhaltlichen Wiedergabe der Sitzung nicht in der Lage ... Es lag in der

1) IMT, Bd. IX, S. 344.
2) Bross: Gespräche mit Hermann Göring, Flensburg/Hamburg 1950, S. 113 f. Henrikson a. a. O., S. 173 wertet die Aussage Görings als Beweis dafür, daß Hoßbach Notizen tatsächlich gemacht hat. Er übersieht aber, daß Görings Angaben selbst widersprüchlich sind.
3) Raeder scheint allerdings der Auffassung zuzuneigen, daß keine Notizen gemacht worden sind. IMT, Bd. XIV, S. 43.

Natur der Sache, daß mit der Niederschrift in erster Linie die möglichst vollständige Erhaltung der Hitler'schen Ausführungen bezweckt war, während die Diskussion nur kürzere Erwähnung fand, und zwar nicht zuletzt deswegen, weil ich sie in ihrer zeitweisen Erregtheit und in der Folge von Rede und Gegenrede nicht so zuverlässig in Stichworten festzuhalten vermochte, daß ihre spätere Wiedergabe wahrheitsgetreu möglich gewesen wäre ... Sie (die Niederschrift d. V.) ist nach bestem Wissen und Gewissen sowie im vollen Bewußtsein der damit übernommenen Verantwortung aber auch in der Erwartung erfolgt, daß sie ggf. Abänderungen oder Ergänzungen durch Hitler selbst erfahren würde. Das wesentliche der Hitler'schen Ausführungen festgehalten zu haben, davon war ich überzeugt ... Es ist vor der Geschichte eine Unterlassungssünde meinerseits, daß die Stellungnahme Blombergs und Fritschs bei der Besprechung am 5. 11. 1937 nicht im vollständigen Umfange und nicht in der tatsächlich erfolgten dialektischen Schärfe in meiner Handschrift vom 10. 11. 1937 aufgeführt worden ist."[1])

Danach war nach Hoßbachs eigener Darstellung bereits sein ursprünglicher Bericht von vornherein unvollständig.[2]) Das gilt nicht nur für die Diskussion, sondern auch für den zweiten Teil der Besprechung, der sich mit materiellen Rüstungsfragen befaßte. Insoweit hat Hoßbach lediglich die Tatsache als solche vermerkt, ohne jedoch Näheres auszuführen. Wie standen aber Hauptteil, Diskussion und zwei-

1) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 218–220.
2) das schließt eine spätere Fälschung natürlich nicht aus.

ter Teil innerhalb der Veranstaltung tatsächlich zueinander?

Die Diskussion war „weit ausgedehnter"[1]) als angegeben. Sie dauerte etwa 2½ Stunden.[2]) Im Anschluß daran folgte „eine verhältnismäßig kurze Erörterung rüstungstechnischer Belange"[3]) (zweiter Teil, ohne genauere Zeitangaben). Der Gesamtablauf der Besprechung betrug demgegenüber 4¼ Stunden. Diskussion und zweiter Teil umfaßten also mehr als die Hälfte.[4])

Im überlieferten Dokument 386-PS mit einer Länge von etwas über 11 Seiten sind aber die Ausführungen Hitlers auf ca. 10 Seiten, die Diskussion auf etwa 1 Seite und der zweite Teil gar nur mit einem Satz angegeben. Der zeitliche Rahmen ist dadurch völlig verschoben.[5]) Aber auch inhaltlich ergibt sich ein verzerrtes Bild. Die Ausführungen Hitlers erscheinen überbetont. Der Besprechungscharakter der Veranstaltung kommt kaum noch zum Ausdruck. Die Verteilung von Rohstoffen – ein Schwerpunkt der Konferenz wie noch nachgewiesen werden wird – ist nicht einmal angedeutet. Die Besprechung erhält dadurch einen fast ausschließlich politischen Charakter, den sie in dieser Form nicht hatte. Wenn es auch nahegelegen hat, die Darlegun-

1) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 219.
2) Deutsch: a. a. O., S. 64. Deutsch hat Hoßbach persönlich interviewt.
3) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 219.
4) Die Sitzung wurde einmal, voraussichtlich nach Hitlers Ausführungen, unterbrochen. v. Neurath hielt sich während dieser Zeit im Vorzimmer auf. PG 33272 BA/MA.
5) Ähnliche Gedankengänge bei Heineman: Hitler's First Foreign Minister, Berkeley, Los Angeles, London 1979, S. 160.

gen Hitlers im besonderen Maße zu berücksichtigen, so war doch kein vernünftiger Grund ersichtlich, den Fortgang der Veranstaltung derart zu vernachlässigen, mitunter sogar völlig wegzulassen.[1]) Die zeitweise „Erregtheit" der Diskussion ist jedenfalls keine ausreichende Erklärung dafür. Die Niederschrift Hoßbachs demzufolge eine stark subjektive Prägung, so daß eine zuverlässige Berichterstattung nicht gesichert ist. Die ungenügende Wiedergabe der Diskussion und des zweiten Teils der Besprechung ist im übrigen deshalb besonders bedauerlich, weil daraus weiterer Aufschluß über die Ausführungen Hitlers zu erwarten gewesen wäre. Hoßbach selbst berichtet in diesem Zusammenhang:

„Immerhin hatte ich im Augenblick den Eindruck, daß angesichts des deutlichen Widerstandes Blombergs und Fritschs mit einer tatsächlichen Verwirklichung der aggressiven Ziele Hitlers nicht zu rechnen war."[2]) Raeder vertritt einen ähnlichen Standpunkt.[3]) v. Martin bestätigt, daß sich sogar Anhaltspunkte dafür in der Niederschrift befunden hätten. Er schreibt: „Hitler hat zwar erkennen lassen, daß er seine Beurteilung der Lage für zutreffend halte, aber man kann nicht ohne weiteres sagen, daß er auf Durchführung seiner kriegerischen Absichten bestanden habe."[4])

Hoßbach ging ferner davon aus, daß seine Niederschrift

1) Das gilt auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Diskussion ursprünglich um einiges ausführlicher wiedergegeben war und von den Alliierten gekürzt wurde.
2) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 182.
3) IMT, Bd. XIV, S. 47.
4) Erklärung 2, Entwurf, ZS 535, IFZ.

in diesem oder jenem Punkt von Hitler abgeändert oder ergänzt werden würde.[1]) Eine abschließende Ausgestaltung des Sitzungsberichtes sah also auch er noch nicht als gegeben an. Hoßbach schreibt nachfolgend:

„Hitler meldete ich das Vorhandensein der Niederschrift und habe ihn angesichts ihrer Bedeutung zweimal in einem Abstand von mehreren Tagen gebeten, sie durchzulesen, was er zu meiner Überraschung jedoch mit der Begründung ablehnte, er habe vorderhand keine Zeit. Das ablehnende Verhalten Hitlers fiel mir sofort auf, hatte er doch noch kurze Zeit vorher am 5. 11. 1937 seinen Ausführungen die bedeutsame Bezeichnung eines ‚politischen Testamentes' beigelegt und nun schien ihm die Abfassung und der Verbleib des ‚Testamentes' gleichgültig zu sein."[2])

Hitler brachte damit klar zum Ausdruck, daß er seinen Ausführungen in der Besprechung kein wesentliches Gewicht mehr beimaß. Bei gegenteiliger Auffassung hätte er gewiß eine Durchsicht so weittragender Eröffnungen nicht abgelehnt. Entstehungsgeschichte und Ausgestaltung des Dokuments lassen daher weder auf eine hervorragende Bedeutung der Besprechung vom 5. 11. 1937 noch gar auf eine Wende in der deutschen Außenpolitik schließen.

Befassen wir uns jetzt mit dem Anlaß und dem Hintergrund der Besprechung.

1) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 218.
2) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 219.

Anlaß, Ablauf und Hintergrund der Besprechung

Bereits Anfang 1937 erschien die Rüstungslage der deutschen Wehrmacht bedenklich. Rohstoffe standen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung. Im Februar mußten allein die Stahl- und Eisenkontingente an die Wehrmacht um 40 % gekürzt werden.[1]) Die vorgesehenen Aufbauprogramme konnten kaum erfüllt werden. Die Luftwaffe forderte eine Mehrzuweisung, um die Munitionslage zu bessern. Die Marine forderte eine Erhöhung des Stahlkontingentes zur Erweiterung des U-Boot-Programmes.[2]) Das Heer verlangte mehr Stahl für den Bau von Kasernen.[3]) Als Beauftragter des Vierjahresplanes hatte Göring natürlich entscheidenden Einfluß auf die Verteilung der Rohstoffe. Er versuchte, die Luftwaffe zu bevorzugen, was bei Heer und Marine erhebliches Mißtrauen hervorrief.[4]) Daraufhin wurde der Reichskriegsminister v. Blomberg eingeschaltet, der nun seinerseits in Gegensatz zu Göring geriet. Die Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Wehr-

1) Jodl-Tagebuch, Eintragung vom 4. 2., IMT, Bd. XXVII, S. 350 vergl. auch Blaich: Wirtschaft und Rüstung in Deutschland 1933–1939 in: Sommer 1939, hrsg. von Benz und Graml, Stuttgart 1979, S. 48/49.
2) Thomas: Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft 1918–1943/45, Boppard am Rhein 1966, S. 121.
3) Thomas in einem Vortrag beim Führer am 16. 4. 1937, Akten des Wehrwirtschaftsstabes WI 5/114 BA/MA.
4) Gackenholz a. a. O., S. 460/61, zum gesamt vor allem Meinck a. a. O., S. 174 f., 236.

machtsteilen verschärfte sich zusehends. Im August 1937 berichtete General Thomas, der Chef des Wehrwirtschaftsstabes:

„Der Kampf um den Stahl wird mit allen Mitteln, auch nicht erlaubten Mitteln, geführt. Hierdurch wird die Ordnung der Wirtschaft durchbrochen und die Staatsautorität gefährdet."[1])

Da eine Einigung zwischen den Beteiligten nicht herbeigeführt werden konnte, entschloß sich v. Blomberg, Hitler die Sache zur Entscheidung vorzulegen und regte deshalb die Zusammenkunft vom 5. 11. 1937 an.[2])

„Die Beratung militärpolitischer oder strategischer Fragen war seitens der militärischen Stellen nicht vorgesehen. Hitler hat aus eigenem Entschluß den Reichsaußenminister hinzugezogen und der Besprechung einen vorwiegend außenpolitischen Charakter gegeben."[3])

Die Gründe dafür hatte Hitler Göring, der schon früher erschienen war, so dargelegt: Er habe die Beteiligten zusammengerufen, „um vor allen Dingen dem Generalobersten v. Fritsch, wie er sich ausdrückte, Dampf zu machen, weil er mit der Aufrüstung des Heeres in keiner Weise zufrieden sei und es könne auch nichts schaden, wenn Herr v. Blomberg dabei auch einen gewissen Nachdruck auf Fritsch ausüben werde... Er (Hitler) wolle das nicht so rein militärisch, sondern er wolle den Oberbefehlshabern – bei mir nicht nötig – aber gerade v. Fritsch klar machen,

1) Akten des Wehrwirtschaftsstabes WI 5/114 BA/MA, vergl. dazu auch Taylor: Munich a. a. O., S. 294/295.
2) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 137.
3) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 138.

daß die außenpolitische Lage ein derart forciertes Tempo der Rüstung benötige und aus diesem Grunde hätte er den Außenminister hinzugezogen, der davon nichts wußte."[1])
Dementsprechend informierte er Raeder:

„Noch vor Beginn der Ansprache hatte mir Göring gesagt, daß diese (Aussprache) den Zweck haben solle, das Heer bei der Aufrüstung anzuspornen."[2]) Die Äußerungen Görings und Raeders sind durchaus zutreffend, denn Hitler war tatsächlich über die nach seiner Meinung nur schleppend vorangehende Aufrüstung verärgert. So bestätigt zum Beispiel Halder:

„Als ich im Herbst 1937 in das Reichswehrministerium als OQu kam, unterrichtete mich Beck darüber, daß zwischen Hitler und dem OKH starke Spannungen beständen und daß Hitler durchaus zu Recht den Generalstab als die ständig widerstrebende Kraft gegen das Tempo und gegen den Umfang seiner Aufrüstungspläne ansehe und ihn dementsprechend mit Haß verfolge."[3])

Fritsch selbst hatte sich wiederholt gegen eine überstürzte Rüstung ausgesprochen. „Der Führer forciert zuviel, er macht jede gesunde Entwicklung zunichte."[4]) Zwei Komponenten bilden also den Hintergrund der Besprechung. Erstens der Streit um die Rohstoffzuteilung, zweitens Hit-

1) IMT, Bd. IX, S. 344/345, vergl. auch IMT, Bd. XIV, S. 44 und Nazi Acts, Supplement B, S. 1090.
2) Raeder: Mein Leben, Bd. II, Tübingen 1957, S. 149, IMT, Bd. XIV, S. 44.
3) Schall-Riaucour a. a. O., S. 63.
4) zitiert nach Buchheit: Soldatentum und Rebellion, Rastatt 1961, S. 71.

lers Absicht, die Aufrüstung zu beschleunigen.[1]) Letztere war jedoch nur Göring und Raeder bekannt. Im Entwurf eines Einladungsschreibens, datiert vom 5. 11. 1937, heißt es: „Die Führerbesprechung findet heute Nachmittag 16.00 Uhr in der Reichskanzlei statt. Die Herren Oberbefehlshaber werden dazu gebeten. Außerdem hat der Herr Reichskriegsminister befohlen, daß sich je ein Offizier der drei Wehrmachtsteile, der über die Rüstungslage und den Rohstoffbedarf eingehend unterrichtet ist, ab 17.30 Uhr in der Reichskanzlei bereit hält, um ggf. nähere Auskunft über die Rohstofflage der betreffenden Wehrmachtsteile geben zu können."[2]) Göring und Raeder, voraussichtlich aber auch die anderen Militärs, hatten sich dementsprechend von ihren Mitarbeitern nochmals instruieren lassen.

Bereits am 30. 10. 1937 erhielt Göring von Milch, dem damaligen Staatssekretär der Luftwaffe, eine Aufstellung über den Gesamtbedarf der Luftwaffe an Eisen und Stahl für den voraussichtlichen Vortrag beim Führer.[3]) Raeder

1) Carr: Arms, Autarky and Aggression, London/Southampton 1972, S. 73; Gehl: Austria, Germany and the Anschluß 1931–1938, London/New York/Toronto 1963, S. 162, vergl. auch Bullozck: Hitler, eine Studie über Tyrannei, Düsseldorf 1977, S. 352.
2) Akten des Wehrwirtschaftsstabes Wi IF5/1196 BA/MA Die Tatsache, daß die gesamten Offiziere in der Vorhalle warteten, spricht dafür, daß das Schreiben an die Oberbefehlshaber tatsächlich abgesandt worden ist.
3) Als vorläufiges Datum war der 1. 11. genannt. Der Zusammenhang mit der Besprechung vom 5. 11. ist jedoch unverkennbar. Nachlaß Milch RL 3/51 BA/MA, vergl. auch Irving: Die Tragödie der deutschen Luftwaffe, Frankfurt a. M. Berlin/Wien 1970, S.

wurde am 4. 11. ein „Sprechzettel" für die Konferenz vorgelegt.[1]) Die Unterredung verlief dann „in der Reihenfolge, daß Hitler anhand von vorher durch ihn selbst niedergeschriebenen Notizen seine politischen Ansichten ruhig und leidenschaftslos entwickelte, daß daran eine Diskussion und zum Schluß eine verhältnismäßig kurze Erörterung rüstungstechnischer Belange sich anschloß (s. o. d. V.) Durch den am Anfang und im Vordergrund stehenden politischen Teil trat eine unerwartete Änderung und Ausdehnung der Sitzung ein, so daß die in der Reichskanzlei wartenden Sachverständigen auf dem Rüstungsgebiet gar nicht mehr zu der Besprechung – wie beabsichtigt – hinzugezogen und unverrichteter Dinge entlassen wurden."[2])

Nach dieser Darstellung Hoßbachs stand der tatsächliche Ablauf der Veranstaltung im umgekehrten Verhältnis zu dem nach außen mitgeteilten Zweck, die Verteilung der Rohstoffe zu regulieren. Die Rohstoffrage spielte aber während der Besprechung eine durchaus nicht unerhebliche Rolle. Dies ist zunächst angedeutet in der Diskussion, die zwischen Blomberg und Fritsch einerseits und Göring andererseits zeitweilig sehr scharfe Formen annahm.[3]) Wenn Hoßbach der Grund der Auseinandersetzung auch nicht mehr erinnerlich ist, so liegt es doch nahe, hier Meinungsverschiedenheiten in der Rüstungsfrage anzuneh-

412, danach erhält die Konferenz durch obiges Dokument erst die richtige Perspektive.
1) Akten der Gruppe Seekriegsleitung SKL M 1423/31259 mit Vermerk erl. 5. XI 37 BA/MA.
2) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 219.
3) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 219, 138.

men, die ja gerade geklärt werden sollten. Hätten sich die Bedenken im wesentlichen gegen Hitlers Darlegungen gerichtet, hätte sich Hitler mit Sicherheit nicht vorwiegend als aufmerksamer Zuhörer[1]) verhalten. Insoweit vermerkt Hoßbach lediglich, „daß die Schärfe des Gegensatzes (Göring, Blomberg, Fritsch) in der Sache und in der Form ihren Eindruck auf Hitler nicht verfehlt hatte, wie ich aus seinem Mienenspiel entnehmen konnte. Seiner ganzen Einstellung nach mußte das Verhalten Blombergs und Fritschs dem Führer deutlich gemacht haben, daß seine politischen Gedankengänge nur nüchterne, sachliche Gegenäußerungen anstatt Beifall und Zustimmung gefunden hätten... Die Haltung, die die beiden führenden Soldaten am 5. 11. 1937 einnahmen, bedeutete eine glatte Ablehnung der Pläne Hitlers".[2])

Als dann die Konferenz beendet war und die Teilnehmer herauskamen, rief Oberst Haneken, dem Raeder das Ergebnis mitgeteilt hatte: „Die Marine hat gesiegt." Ein anderer Offizier fügte hinzu: „Nur die Marine hat 20 000 t bekommen."[3]) Raeder teilte sodann Korvettenkapitän v. Puttkamer und Admiral Witzell mit, „daß unsere Forderungen erfüllt seien".[4]) Noch am selben Tage verfügte Raeder, „daß die 4 000 t aufgesparter U-Bootstonnage sofort verbraucht werden sollen".[5]) Am nächsten Tage unterrich-

1) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 219.
2) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 219, 193.
3) Case Akten 1165 PG 33272 BA/MA.
4) ebenda.
5) Akten der Gruppe Seekriegsleitung SKL M 1424/31263 (5. 11. 1937) BA/MA, vergl. auch Dülffer: a. a. O., S. 452.

tete Raeder die zuständigen Amtschefs und Abteilungsleiter vom Ausgang der Besprechung.[1])

Tatsächlich hatte Hitler für die Rohstoffzuteilung Weisungen erteilt. In einem Schreiben Raeders vom 2. 3. 1938 heißt es u. a.:

„Im einzelnen ergibt sich Mehrbedarf aus folgenden Maßnahmen...

a) Großer Ausbau Krupp (hierfür wurde die Stahlzuteilung in der Führerentscheidung vom 5. 11. 1937 bereits angeordnet)"[2])

und am 16. 3. 1938 schrieb Keitel an Göring:

„...

VIII fabrikatorische Vorbereitungen:

Außer dem großen Ausbau von Krupp, für den auf Befehl des Führers vom 5. 11. 1937 Stahlzuteilung erfolgt ist, ..."[3])

Hatte die Marine auch gewonnen, der Streit zwischen Blomberg und Göring ging weiter. So vermerkt Jodl in seinem Tagebuch am 5. 11. 1937:

„Führer entwickelt den Oberbefehlshabern d. Wehrmacht, Heer, Marine und Luftwaffe sowie Reichsaußenmi-

1) Case Akten 1165, PG 33272 BA/MA.
2) Case Akten 1504 BA/MA, vergl. auch Raeders eigene Aussage, worin der Begriff ‚Weisung' ebenfalls genannt ist. IMT, Bd. XIV, S. 44.
3) Akten des Wehrwirtschaftsstabes Wi IF5.1090 BA/MA, bestätigt durch Blombergs Hinweis an Raeder, daß Poncets Angaben zutreffen, vergl. S. 106 und Anlage IV. Auch danach soll Raeder ein bestimmtes Stahlkontingent zugeteilt worden sein, vergl. auch Watt a. a. O., S. 317/18.

nister seine Gedanken über die zukünftige Entwicklung, Absichten und Führung der Politik. Wiedergabe der Gedanken weicht zwischen dem Chef Wehrmachtsamt (Reichskriegsministerium) und Oberbefehlshaber der Luftwaffe (Weisung an Chef des Generalstabes der Luftwaffe) etwas voneinander ab. Protokoll wurde nicht geführt. Absicht Landesverteidigung Gedanken zu Papier zu bringen und Wehrmachtsteilen (Oberbefehlshaber der Luftwaffe) übermitteln, ferner in Aufmarschanweisung einarbeiten."[1]) Bezeichnenderweise stimmten Wehrmachtsführung und Luftwaffe, also in der Auslegung der Ansprache, nicht überein. Göring hatte offenbar schon eine eigene, allerdings nicht bekannt gewordene Weisung herausgegeben, worauf nunmehr auch die Landesverteidigung als Gegengewicht „Gedanken zu Papier bringen" wollte, um sie vor allem der Luftwaffe mitzuteilen.[2]) Nachdem Hitler am 13. 12. die Neufassung des Falles „Grün" gebilligt hatte, heißt es im Tagebuch Jodls weiter: „Generalfeldmarschall trägt nach der Zusammenstellung der Landesverteidigung den Stand des Kriegspotentials der Wehrmacht vor, dessen größter Engpaß in der schlechten

1) IMT, Bd. XXVIII, S. 355. Die Rang- und Amtsbezeichnungen dort lediglich in Abkürzung. Das Datum ist voraussichtlich falsch angegeben, denn Göring gab anschließend an die Sitzung einen Empfang zur Reichsjägerausstellung. Chef des Wehrmachtsamtes war damals Keitel. Diese Eintragung spricht dafür, daß Keitel entgegen seiner Einlassung in Nürnberg doch von der Besprechung Kenntnis erhalten hat.

2) Gackenholz a. a. O., S. 475. Taylor: Sword & Swastica, Chicago 1969, S. 145 nimmt neben der Weisung Görings noch einen eigenen Bericht Keitels an. vergl. auch Deist a. a. O., S. 523.

Munitionsbevorratung des Heeres 10/15 Kampftage – 6 Wochen Vorrat liegt . . ."[1]) Hier wird erneut der Zusammenhang zur Rohstofflage und der Aufrüstung deutlich. Bei der Bewertung der Konferenz vom 5. 11. 1937 dürfen obige Gesichtspunkte nicht außer acht gelassen werden. Sie tragen wesentlich zum wirklichen Verständnis des historischen Geschehens bei.

Beschäftigen wir uns jetzt mit der Person Hoßbachs selbst.

1) IMT, Bd. XXVIII, S. 356.

General der Infanterie a. D. Friedrich Hoßbach
Aufnahme aus dem Jahre 1950

Adolf Hitler

Generaloberst Ludwig Beck –
Ein führender Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944

Hermann Göring

Persönlichkeit Hoßbachs, Tendenzen seiner Darstellungen

Hoßbach[1]) kommt aus der Welt des Soldaten. Noch im kaiserlichen Heer erzogen – im 1. Weltkrieg Offizier –, wurde er nach Kriegsende in die Reichswehr übernommen. Im Juli 1933 avancierte er zum Chef der Zentralabteilung des Generalstabes des Heeres und war damit dem späteren Widerstandskämpfer Generaloberst Beck unmittelbar unterstellt. Seit August 1934 bekleidete er zugleich das Amt des Adjutanten der Wehrmacht beim Führer und Reichskanzler.

Während der Fritschkrise im Jahre 1938 kam es zum Bruch mit Hitler.

Hoßbach mißachtete die ihm von Hitler auferlegte Schweigepflicht und informierte v. Fritsch über den gegen ihn erhobenen Vorwurf der Homosexualität. Daraufhin wurde seine sofortige Entlassung wegen Ungehorsams verfügt.[2]) Im Kriege nahm Hoßbach vor allem am Rußlandfeldzug, unter anderem als Kommandeur der 31. Infante-

1) Kurze biographische Angaben bei O'Neill: The German Army the Nazi Party 1933/39, London 1968, S. 191/192 und v. Leeb: Tagebuchaufzeichnungen und Lagebeurteilungen aus zwei Weltkriegen, hrsg. v. G. Meyer, Stuttgart 1976, S. 181, ferner Bußmann: Der Mann der Hitler trotzte und Fritsch warnte in: Die Welt vom 20. November 1964.

2) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 124/126, 134/135, 145; Hoßbach: Der Streich gegen Fritsch in: Die Welt 1, 3, 5, 8, 10, 12. Februar 1949.

riedivision im Abschnitt der Heeresgruppe Mitte teil.[1]) Ende 1944 übernahm er als General der Infanterie den Oberbefehl über die 4. Armee. Erfolgreiche Abwehrschlacht in Ostpreußen. Nach eigenmächtigem Versuch, mit den inzwischen eingeschlossenen Resten seiner Truppen nach Westen durchzubrechen, wurde er von Hitler seines Kommandos enthoben.[2]) Kriegsende in Göttingen.[3]) Hoßbach ist Träger des Eichenlaubs zum Ritterkreuz. Sein hervorragender Einsatz wurde wiederholt im Wehrmachtsbericht anerkennend gewürdigt.[4])

Dem Nationalsozialismus stand Hoßbach zunächst durchaus nicht ablehnend gegenüber.

Er schreibt:

„Ich bekenne freimütig, daß ich zu den Deutschen gehörte, die nach der Zerrüttung der inneren, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse um die Wende der 30iger Jahre ihre Hoffnung auf eine Besserung und Festigung unserer Gesamtlage durch den am 30. Januar 1933 mit der

1) Hoßbach: Infanterie im Ostfeldzug 1941/1942, Osterode 1951 und Hoßbach: Streiflichter aus dem Operationen des Südflügels der Heeresgruppe Mitte in: Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift 1951, S. 255–269.

2) Hoßbach: Die Schlacht um Ostpreußen. Überlingen Bodensee 1951, S. 73.

3) Nach General Westphal: Erinnerungen, Mainz 1975, S. 84, soll ein SD-Kommando noch in den letzten Kriegstagen versucht haben, Hoßbach zu liquidieren. Angeblich soll Hoßbach die Täter vom Balkon seiner Wohnung mit der Maschinenpistole erschossen haben.

4) Deutschland im Kampf hrsg. v. Berndt und Wedel, Heft 97–100, 1943, S. 87.

Schirmherrschaft Hindenburgs vollzogenen Regierungswechsel setzten . . .“[1])

Als Soldat Seckt'scher-Schule betrachtete er die neue Staatsführung allerdings weniger vom politisch-ideologischen, als mehr vom soldatisch-militärischen Standpunkt aus. Die Wiedererstarkung des Reiches, darauf kam es ihm im wesentlichen an. Dabei war er stets darauf bedacht, die Eigenständigkeit der Wehrmacht zu erhalten. „Hoßbach galt als steifer, preußischer Typ mit einem Anstrich des üblichen Generalstäbler-Snobismus und einer tiefen Ehrfurcht vor den Traditionen des Offiziercorps.“[2]) Unter dem Einfluß seiner Freunde und Bekannten wandte er sich mehr und mehr dem Widerstand zu. Wenn auch zu seiner näheren Umgebung Anhänger und Gegner des Nationalsozialismus gehörten[3]), so kam allein letzteren entscheidende Bedeutung zu. Drei Personen ragten heraus: Der Oberbefehlshaber des Heeres, v. Fritsch, der Chef des Generalstabes des Heeres, Beck, und der Chef der Abwehr, Canaris. In Fritsch sah Hoßbach den Garanten, „im Sinne der Vernunft und Mäßigung“[4]) auf Hitler einzuwirken. Seine „lautere Persönlichkeit verehrte“[5]) er. Für Canaris empfand er

1) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 9.

2) Deutsch a. a. O., S. 132, bestätigt durch Wiedemann: Der Mann der Feldherr werden wollte. Dortmund 1964, S. 98.

3) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 9.

4) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 104 und Hoßbach: Zum Gedächtnis des 70. Geburtstages der Generalobersten Werner Freiherr v. Fritsch und Ludwig Beck in: Flensburger Tageblatt, 11. Juli 1950.

5) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 126 und Wiedemann a. a. O., S. 117.

„eine Hochachtung, die an Verehrung grenzte."[1]) Sein Wort war ihm „heilig".[2]) Für Beck, dessen besonderes Vertrauen er genoß, hegte er große Bewunderung.[3]) „Die Jahre unter diesem seltenen Mann gehörten zu meinen schönsten, wertvollsten und inhaltreichsten. Es gab kaum eine Sache von einiger Bedeutung, die er nicht mit mir besprach."[4])

Während v. Fritsch zum Nationalsozialismus in kritischer Distanz verharrte[5]), waren Beck und Canaris schon frühzeitig, etwa seit 1935, überzeugte Gegner der neuen Staatsführung und ihrer Ideologie.[6]) Aus dem engeren Personenkreis um Hoßbach seien hier noch seine beiden Mitarbeiter im Generalstab Generalleutnant v. Ziehlberg[7]), der im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 erschossen wurde, und der bereits wiederholt genannte Graf Kirchbach[8]), ein Bekannter Stauffenbergs, angeführt. Inwieweit Hoßbach allerdings im November 1937 in das Lager des Widerstandes abgeschwenkt war, ließ sich anhand der zugänglichen Unterlagen nicht ermitteln. Für diesen Zeitraum können wir aber annehmen, daß Hoßbach mit den Vorstellungen des Widerstandes zumindest stark sympathisierte.[1]) Als es anläßlich der Fritschkrise nicht gelang, Hitler von der Unrichtigkeit seiner Vorwürfe gegenüber dem Oberbefehlshaber des Heeres zu überzeugen, versuchte Hoßbach v. Fritsch zum „gewaltsamen Widerstand gegen die Staatsführung zu bewegen". v. Fritsch lehnte jedoch ab, „weil er den Bürgerkrieg als unvermeidliche Folge sah und sein persönliches Schicksal nicht zum Anlaß von Blutvergießen machen wollte".[2]) Mit dem Sturz von Fritsch, der mit seiner eigenen Entlassung zusammenfällt, geht Hoßbach daher endgültig in das Lager der Widersacher Hitlers über.

Er schreibt: „Der skrupellose Willkürakt gegen die Spitze des Heeres löste naturgemäß im engsten und zuverlässigsten Kreise die Überlegung der Gegenwehr aus. Legale Mittel zur Wiederherstellung des Rechtstandpunktes gab es nicht."[3])

Zusammen mit Beck und Canaris befürwortete er jetzt einen Staatsstreich gegen Hitler. Im Sommer 1938 be-

1) Deutsch a. a. O., S. 57. 2) ebenda.
3) v. Manstein a. a. O., S. 224, Brief Hoßbachs an De Launay a. a. O., S. 269.
4) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 157.
5) vergl. Krausnick a. a. O., Bd. I, S. 245.
6) Krausnick a. a. O., Bd. I, S. 274 (Canaris) S. 265 (Beck, schon für den Zeitraum 1933/34) Brown: Die geheime Front, München 1976, S. 153. Abshagen: Canaris, Stuttgart 1955, S. 171/177. Canaris und Beck hatten schon 1934 anläßlich des „Röhmputsches" Kontakt miteinander aufgenommen. Brown a. a. O., S. 152 und Cookridge: The Spy of the Century, New York 1972, S. 34/35. Seit Oktober 1937 bestanden besonders enge Beziehungen zwischen Beck und Canaris über Oster. Aussage Halder bei Schall-Riaucour: Aufstand und Gehorsam, Leben und Wirken von Generaloberst Franz Halder, Wiesbaden 1972, S. 237/238.
7) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 15/134.
8) Erklärung v. Puttkamers gegenüber dem Verfasser.

1) Die von Hoggan a. a. O., S. 117/118 angestellten Überlegungen halte ich für viel zu weitgehend.
2) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 141.
3) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 156/157. Inwieweit Hoßbachs demütigende Entlassung diesen Schritt mit beeinflußt hat, sei dahingestellt. Hoßbach fühlte sich, „wie ein Hund vor die Tür gejagt" und war stark verbittert, a. a. O., S. 134/135, 142.

sprach er Abend für Abend die Lage mit Beck[1]), hielt Kontakt zu Grosscurth[2]), zu Canaris, zu Halder[2a]), zu Witzleben usw. Hoßbach schildert die Entwicklung wie folgt:

„Von der Mitverantwortung an dem Ausbruch eines durch unsere Politik veranlaßten Krieges waren nach seiner, Becks, Ansicht die höchsten Stellen aber nicht freizusprechen, wenn sie nicht das Äußerste zu seiner Vermeidung getan hätten. Die Vorbereitungen dafür waren durch den Generalstab des Heeres und den kommandierenden General des 3. Armeecorps, General der Infanterie v. Witzleben, getroffen."[3]) Nach Ausbruch des Krieges lokkerten sich seine Verbindungen zum Widerstand. Er widmete sich vornehmlich seiner Soldatenpflicht. Mit Beck kam er nur noch gelegentlich zusammen.[4]) Von irgendwel-

1) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 156.
2) Grosscurth: Tagebücher eines Abwehroffiziers hrsg. von H. Krausnick und H. Kotze, Stuttgart 1970, S. 108/110/115.
2a) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 157.
3) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 156. Aus der Rückschau betrachtet hält Hoßbach allerdings den Versuch einer gewaltsamen Beseitigung Hitlers für falsch. Er schreibt: „Damals schien mir die Anwendung von Gewalt richtig zu sein, heute glaube ich, nach den vielfältigen Einblicken, die ich inzwischen in die Verfassung der Armee und des Volkes getan habe, daß der Versuch, das in sich völlig unfertige Heer zum Sturze des Systems anzusetzen, gescheitert wäre. Mit der Waffe ließ sich 1938 leider der politisch und seelische Zustand unseres Volkes, der durch die Schwäche und die Fehler der Außen- u. Innenpolitik der Weimarer Zeit und der Eigenart der nationalsozialistischen Herrschaft verursacht bzw. herbeigeführt war, nicht mehr rückgängig machen." Brief Hoßbachs an Dr. Krausnick vom 18. 3. 1955, ZS 74 I/II, IFZ.
4) Hoßbach: Wehrmacht 157/158.

chen Umsturzplänen, insbesondere im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 hatte er nach eigenen Angaben keine Kenntnis.[1]) Ein Attentat gegen Hitler lehnte er ab.

„Wenn Unglück und Leid der Menschheit und der vorausgesehene Niederbruch Deutschland erspart werden sollten, dann mußte die Entscheidung gegen Hitler vor Kriegsausbruch fallen. Mit dem Ausbruch des Krieges änderte sich die Lage grundlegend. Der Krieg, obwohl durch Hitler herbeigeführt, blieb keine Angelegenheit des Diktators, sondern wurde die des ganzen deutschen Volkes. Für jeden deutschempfindenden Menschen trat das in Gefahr befindliche Vaterland bestimmend in den Vordergrund; und für den Soldaten konnte es keine andere Haltung geben, als seine ganze Kraft für den Sieg der deutschen Waffen einzusetzen."[2])

Für die Persönlichkeit Hoßbachs war demnach zweierlei bestimmend. Seine soldatische Grundeinstellung und seine Beteiligung am Widerstand. Sein differenziertes Urteil zur Frage eines gewaltsamen Vorgehens gegen Hitler ist hervorzuheben. Dem Zeitgeschehen und seinen Zeitgenossen stand Hoßbach aber keineswegs neutral, sondern im hohen Maße parteigebunden gegenüber. Dem entsprechen auch seine Erinnerungen. Ausgehend von der politischen Atmosphäre der ersten Nachkriegsjahre geht es Hoßbach vor allem darum, das Verhalten der obersten Heeresoffiziere Beck und Fritsch, die ja zeitweise mit Hitler zusammengearbeitet hatten, zu rechtfertigen. „Schuld und Verantwor-

1) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 158.
2) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 159.

tung“ an der 1945 über Deutschland hereingebrochenen Katastrophe sollte sie nicht treffen.[1]) Als Befürworter des für November 1938 geplanten Staatsstreiches nimmt er immer wieder Partei für den ihm besonders nahe stehenden Generalobersten Beck. Dadurch erhält seine Darstellung von vornherein eine stark subjektive Prägung. So, wenn er beispielsweise Brauchitsch und Halder vorwirft, daß sie Hitler „wider besseres Wissen die Hand zur Einleitung des Krieges gereicht haben“.[2])

Mit welch unterschiedlichen Maßstäben Hoßbach mißt, zeigt sich besonders an folgendem Vergleich. Die sogenannte Röhmrevolte kommentiert er lapidar „mit Hilfe der SS hatte Hitler die SA am 30. 6. 1934 gedemütigt“.[3]) Demgegenüber die Bewertung der Fritschkrise im Februar 1938: „Der Feldherrenstab, der Hitler zur letzten Befriedigung seines Machthungers noch fehlte, ihn hielt er nunmehr in der Hand . . ., gestützt auf die diktatorische Vollmacht als Staatsoberhaupt hat Hitler sich auf den Feldherrenstuhl gesetzt und Deutschlands größte Niederlage aller Zeiten herbeigeführt . . . Das Schwert hemmungslos in der Hand eines militärischen Dilletanten . . .“[4]) usw. Dort, wo

1) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 7, 162 u. 193, vergl. auch Hoßbach: Verantwortlichkeit der Generalstabsoffiziere in der deutschen Armee in: Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift, 1952, Nr. 3; ferner: „Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, in: Lüneburger Landeszeitung 19. 8. 1949. Ebenso Henrikson a. a. O., S. 159.
2) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 201.
3) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 56.
4) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 143/144.

Hitler für die Wehrmacht eintritt, wird sein Verhalten zumindest stillschweigend hingenommen, wenn nicht sogar gebilligt. Dort, wo er gegen die Wehrmacht handelt, erfährt sein Verhalten schärfste Kritik, und zwar auch dann, wenn die unmittelbaren Folgen nicht annähernd vergleichbar sind. Immerhin wurden während des „Röhmputsches“ ca. 130 Personen ohne jegliches Verfahren erschossen, während der Fritschkrise aber kein einziger. Nehmen wir schließlich noch die nachfolgenden Einzelbeurteilungen Hoßbachs hinzu, wie etwa: „Auch Rippentrop lockte das Soldatenspiel“[1]) oder „das Wirken des hitlerhörigen Blombergs“[2]) oder „Göring ein unersättliches großes, aber gefährliches Kind.“[3]) u. a. m.

Danach erscheint Hoßbach keineswegs als der aus der Distanz nüchtern abwägende Beobachter, sondern eher als der engagierte Wortführer des Widerstandes. Seine Darstellung enthält einseitige tendenziöse Wertungen und Beurteilungen, die zumindest teilweise auf einer gewissen Voreingenommenheit beruhen. Seine Angaben sind darüber hinaus nicht frei von Widersprüchen[4]), die gerade für die Frage der Echtheit der Urkunde von außerordentlicher Bedeutung sind. Insgesamt gesehen bietet Hoßbach für die objektive Wiedergabe des Geschehens daher keine Gewähr.

1) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 31/32.
2) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 124.
3) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 29.
4) jeweils im Zusammenhang erörtert.

Die Aussagen der Besprechungsteilnehmer (Zeugen II)

Mit Ausnahme von Fritsch haben sich sämtliche Konferenzteilnehmer zum Inhalt der Hoßbach-Besprechung geäußert. Göring, Raeder und Neurath als Angeklagte im Nürnberger Prozeß, Blomberg und Hoßbach als Zeugen.[1]) Ihre Aussagen sind ebenso zu werten, wie diejenigen Kirchbachs, v. Belows usw. Göring beispielsweise war überzeugter Nationalsozialist. Er gab in Nürnberg die Parole aus, „kein Wort gegen Hitler".[2]) Blomberg sympathisierte zumindest mit den Ideen des Nationalsozialismus. v. Neurath war zwar formal Mitglied der NSDAP, aber doch niemals wirklicher Anhänger der neuen Ideologie. Raeder schließlich war parteiungebunden. Neurath, Göring und Raeder waren als Angeklagte andererseits bemüht, sich so wenig wie möglich zu belasten. Bei Blomberg – obwohl Zeuge – kommt dieselbe Tendenz zum Ausdruck usw. Für alle Beteiligten lag der Vorgang im übrigen über 7 Jahre zurück, so daß ihren Aussagen im einzelnen ohnehin mit Vorbehalt zu begegnen ist. Einzelzeugnissen kann daher, ähnlich wie bei der Frage der Echtheit des Dokuments, nur geringes Gewicht beigemessen werden. Dort, wo die Zeugen aber übereinstimmen, wird ihnen allerdings im wesentlichen zu folgen sein.

1) Äußerungen anderer prominenter Politiker wie v. Ribbentrop, Franz u. a. bei Gilbert: Nürnberger Tagebuch, Frankfurt a. M., 1962, S. 49.

2) v. Papen: Der Wahrheit eine Gasse, Innsbruck 1952, S. 635.

Göring:

„Es ist eine ganze Reihe von Punkten drin ... die absolut mit dem übereinstimmen, was der Führer wiederholt geäußert hat. Es sind andere Punkte drin, von denen ich sagen könnte, oder Formulierungen, daß sie dem Führer so gar nicht gelegen haben ... Soweit das Wort Testament gebraucht ist, widerspricht dieses völlig der Auffassung des Führers ... Ich hatte Gelegenheit, mit dem Führer oft über ein sogenanntes politisches Testament zu sprechen. Er lehnte dies mit der Begründung ab, daß man niemals einen Nachfolger durch ein politisches Testament festlegen könnte, denn die Entwicklung und politischen Ereignisse mußte ihm zu jeder Stunde und zu jeder Zeit völlige Handlungsfreiheit geben ... Die Ausführungen waren dann so gehalten, wie sie der Führer in solchen Fällen gerne bevorzugte. Er holte weit aus, stellte die Dinge im großen politischen Rahmen hin und sprach von der gesamten Weltlage, von allen Ecken und Enden, und für jeden Eingeweihten, der ihn so genau kannte wie ich, war der Zweck sehr bald immer abzusehen. Der lief hier ganz eindeutig und ganz klar darauf hinaus, daß er große Absichten habe, daß die Lage politisch so und so sei und das ganze endete zum Schluß in der Richtung einer starken Rüstung. Ich möchte behaupten, daß, wenn der Führer zwei Stunden oder eine Stunde später in einem anderen Kreis gesprochen hätte, zum Beispiel zu Diplomaten des Auswärtigen Amtes oder vielleicht zu Funktionären der Partei, er die Dinge vielleicht anders ganz anders dargestellt hätte. Trotzdem enthält natürlich ein Teil der ganzen Ausführungen grundsätzliche Einstellungen des Führers, aber von dem Ausmaß und Bedeutung, wie heute dieses Dokument betrachtet wird, dieses Ausmaß an Bedeutung kann ich diesem Dokument mit bestem Willen nicht geben."[1])

Raeder:

„Ich darf einleitend sagen, daß die Behauptung im Trialbrief, daß eine einflußreiche Gruppe von Nazis zusammentrat um die Lage zu prüfen, durchaus die Situation nicht richtig kennzeichnet. Hitler hat die in dem Dokument genannten Personen zusammengerufen, um ihnen die politischen Entwicklungsmöglichkeiten und etwaige Weisungen, die er hatte, bekanntzugeben ... Der Zweck der Rede am 5. 11. 1937 war, wie mir der Reichsmarschall Göring zu Beginn sagte ... der Führer wolle das Heer anspornen, etwas schneller in seiner Rüstung zu verfahren ... Es ginge dem Führer zu langsam ... Für mich waren die entscheidenden Sätze seiner Rede: Erstens ‚England und Frankreich', glaube ich, ‚haben die CSSR schon abgeschrieben' und zweitens: ‚Ich bin davon überzeugt, daß Frankreich und England nicht eingreifen würden', drittens, aber die Tatsache, daß ja wenige Monate vorher im Juli 1937 das zweite Flottenabkommen gerade abgeschlossen war. Diese drei Tatsachen schienen mir dafür zu sprechen, und zwar mit Sicherheit dafür, daß Hitler eine kriegerische Lösung dieser Fragen Österreich und der CSSR – es handelte sich damals nur um das Sudetenland – unter gar keinen Umständen erstreben würde, sondern daß er die friedliche Lösung anstreben würde, und deshalb hat mir auch die Rede

1) IMT, Bd. IX, S. 344 ff., vergl. auch Görings Aussagen in Nazi Acts, a. a. O., S. 1087–1102 und Bross: Gespräche mit Göring, Flensburg/Hamburg 1950, S. 113 f.

durchaus nicht den Eindruck gemacht, daß Hitler schon damals eine Schwenkung in seiner Politik machen wolle, daß er von der Friedenspolitik zu einer Kriegspolitik übergehen würde. Ich kann mir vorstellen, daß Herr v. Neurath, der den Zweck dieser Rede nicht kannte, zu einer anderen Auffassung gekommen ist ... Für mich war die Folgerung aus dieser Rede nichts anderes als die, der Aufbau der Flotte ist im Verhältnis 1 zu 3 zu England weiterzuführen und ein freundliches Verhältnis zu England weiterhin zu erstreben. ... Als wir Militärs herausgingen aus dem Zimmer (sagte d. V.) Blomberg, der ja am häufigsten mit dem Führer zusammenkam ..., das sei wieder einmal nicht so ernst gemeint und wäre nicht so ernst einzuschätzen. Er glaube, daß der Führer auch diese Fälle in friedlicher Weise regeln werde ... Es war typisch, daß Hitler in dem Moment, wo der Chef der Heeresleitung, Generaloberst v. Fritsch, erklärte, nach diesen Ausführungen könne er im Winter 1937/38 seinen geplanten Urlaub für seine Gesundheit nach Ägypten nicht antreten, sofort zurückging und sagte, so eilig wäre die Angelegenheit nicht, er könne ruhig in Urlaub gehen, was dann auch geschah. Dies zeigt, daß es sich wieder einmal darum handelte, einen Druck auszuüben. Das war die Rede vom 5. November 1937. Er hat dann ja weder Österreich noch die CSSR niedergeschlagen, sondern die Frage wurde 1938 auf friedlichem Wege ohne Blutvergießen sogar mit Übereinstimmung der anderen Mächte geregelt."[1])

1) IMT, Bd. XIV, S. 43 ff., vergl. Bd. XIV, S. 193 und Raeder: Mein Leben, Tübingen 1956, Bd. 2, S. 149 ff.

v. Blomberg:[1])

„Fritsch und ich wollten durch unseren Einwand hinsichtlich der Gegnerschaft Englands und Frankreichs unseren Zweifel an der Ausführbarkeit der Hitlerschen Planung ausdrücken. Wir wollten Wasser in seinen Wein gießen. Ich entsinne mich, daß die Teilnehmer an der Besprechung nach dem Verlassen des Raumes sich darüber einig waren, daß die Ausführungen Hitlers nicht *ernstzunehmen wären.* Seine phantasievolle und weitschweifige Vorstellungskraft hatte uns *schon öfter zu denken gegeben.* Wenn sie auch bisher nicht auf die uns soeben dargelegte kriegerische Aggression gezielt hatte. Wir sagten uns: ‚Kommt Zeit, kommt Rat.' Daß wir uns in der Ernsthaftigkeit der Hitler-Planungen getäuscht haben, sollte dann allerdings die Folge erweisen."[2])

Reichsaußenminister v. Neurath:

„Aus dieser Besprechung war nur allgemein zu ersehen, daß Hitler sich mit Kriegsplänen trug. Es war keineswegs von einem bestimmten Angriffsplan gegen die Tschechoslowakei die Rede, sondern nur davon, daß, falls es überhaupt zu einem Krieg kommen sollte, die Tschechoslowakei und Österreich zunächst besetzt werden müßten, um die rechte Flanke freizuhalten. In welcher Form also dieser Angriff oder ein Angriff auf die Tschechoslowakei über-

1) Blomberg hat sich nur zu einigen Kernsätzen des Dokuments, zu denen er befragt wurde, geäußert. Das Gesamtdokument lag ihm nicht vor. IMT, Bd. XL, S. 405.

2) IMT, a. a. O., S. 406. Kursiv gesetzte Worte im Original unterstrichen. Ferner Keitel: Verbrecher oder Offizier, Göttingen/Berlin/Frankfurt a. M. 1961, S. 101.

haupt erfolgen sollte und ob es jemals zu einer kriegerischen Auseinandersetzung im Osten käme, das war durchaus zweifelhaft und offen. Tatsächlich ist ja dann auch das Sudetenland, das strategisch die Schlüsselposition der tschechischen Verteidigung bildete, aufgrund seines Abkommens mit den Westmächten auf friedliche Weise abgetreten worden."[1]) ... „Wenn diese von Hitler in dieser langen Rede vorgetragenen Pläne auch keinen konkreten Inhalt hatten und verschiedene Möglichkeiten zuließen, war doch für mich zu erkennen, daß die Gesamttendenz seiner Pläne aggressiver Natur waren. Diese Ansprache Hitlers hat mich aufs Äußerste erschüttert, da damit der bisher von mir konsequent verfolgte und mit nur friedlichen Mitteln betriebene Kurs unserer Außenpolitik die Basis verloren hatte. Es war selbstverständlich, daß ich eine solche Politik nicht tragen konnte ... Etwa zwei Tage nach dieser Ansprache ging ich zum Generaloberst v. Fritsch, der bei der Ansprache ja zugegen gewesen war, und zusammen mit ihm und dem Generalstabschef, General Beck, besprach ich mit ihnen, was wir etwa unternehmen könnten, um Hitler umzustimmen. Wir kamen überein, daß zunächst der Generaloberst v. Fritsch, der in den Tagen darauf ohnehin einen Vortrag bei Hitler hatte, ihm alle militärischen Gründe darlegen sollte. Leider konnte ich aber Hitler, der bald darauf nach dem Obersalzberg abreiste und mich vor seiner Abreise nicht mehr empfangen konnte oder wollte, erst am 14. oder 15. Januar sprechen. Hierbei versuchte ich ihm klarzumachen, daß seine Politik zum Weltkrieg führen

1) IMT, Bd. XVI, S. 705 ff.

müßte, und daß ich das nicht mitmache. Viele seiner Pläne könne man auf friedlichem Wege, allerdings etwas langsamer lösen. Er erklärte mir darauf, er habe keine Zeit mehr. Ich machte ihn auf das Risiko des Krieges und auf die ernsten Mahnungen der Generäle aufmerksam ... Als er trotzdem bei seiner Auffassung blieb, erklärte ich, dann müsse er sich einen anderen Außenminister suchen. Ich mache mich nicht zum Mitschuldigen einer solchen Politik. Hitler lehnte zunächst mein Abschiedsgesuch ab, ich blieb aber dabei und am 4. Februar erteilte er mir den Abschied ohne weitere Kommentare."[1])

Nach einer eidesstattlichen Versicherung der Baronesse v. Ritter soll v. Neurath die Besprechung derart erschüttert haben, „daß er mehrere schwere Herzattacken erlitt".[2])

Hoßbach:

„Spätestens in den Jahren 1943/45, bei entsprechenden außenpolitischen Voraussetzungen aber schon früher, wollte er (Hitler d. V.) das Problem des Raumes durch Gewaltanwendung gegenüber der Tschechei und Österreich, die er in das Deutsche Reich einzugliedern beabsichtigte, einer Lösung zuführen. Hitler stellte den Willen zum Krieg, und zwar zum Eroberungskrieg, als seinen unabänderlichen Entschluß spätestens für die Jahre 1943/45 in Aussicht ..."[3])

1) IMT, Bd. XVI, S. 699 f., vergl. auch seine Aussagen vom 13. 10. und 10. 11. 1945, MA 1300/2, IFZ; weitere Angaben bei Heineman a. a. O., S. 163/165.
2) IMT, Bd. XVII, S. 113.
3) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 188. Hoßbach: Von der Verantwortlichkeit a. a. O., S. 8/9, vergl. ferner Hoßbach: Die Entwick-

„Als wahrscheinliche Nachwirkung dieser Sitzung dürfte seitens Hitler der Entschluß gefaßt sein, zumindest Fritsch zu beseitigen und einen Kurswechsel in der Wehrmacht zu vollziehen ... Dieser mit verbrecherischen Methoden seitens Hitlers, Görings und Himmlers herbeigeführte Sturz Fritschs, die erzwungene Verabschiedung einer Anzahl von Generalen und mein eigener Abgang hatten deutlich und öffentlich zum Ausdruck gebracht, daß es eine ‚Gemeinschaft verbrecherischen Charakters' zwischen den Führern des Heeres und den Politikern nicht gab, wobei ich den späteren Feldmarschall Keitel nicht zum Heere rechne."[1])

Und:

„Gerade die Tatsache, daß Hitler den Teilnehmerkreis der Sitzung am 5. 11. 1937 auf den Reichsaußenminister und die vier höchsten Soldaten beschränkte, zeigt, daß Beschlüsse akuter und konkreter Art hinsichtlich der Vorbereitung eines Angriffskrieges nicht gefaßt werden konnten. Zum Kriegführen in modernen Zeiten gehören Wirtschaft, Verkehr, Finanzen und Propaganda mindestens ebenso notwendig wie die Streitmacht, und die Vertreter dieser für die Kriegsvorbereitung unentbehrlichen Faktoren fehlten am 5. 11. 1937. An diesem Tage ist kein ‚Kriegsplan' als Grundlage gemeinsamen Denkens und Handelns für die durch die politischen, militärischen, wirtschaftlichen usw. Stellen zu treffenden Vorbereitungsmaßnahmen aufgestellt worden. Außer der erwähnten bereits durch Fritsch vor dem 5. 11. 1937 angeordnet gewesenen Studie wurden keinerlei andere militärische Regelungen hinsichtlich der tschechischen Frage erwogen oder gar getroffen. Aber auch auf keinem anderen, einem Kriege der Zukunft dienenden Gebiet, insbesondere nicht auf dem der Außenpolitik, gab Hitler Anregungen oder Anordnungen, die zur planmäßigen Vorbereitung seiner Ideen beitragen konnten."[1])

Ferner:

„Ob der schwer durchschaubare und keineswegs immer konsequente, damals fremdem Rat noch nicht völlig unzugängliche Hitler am 5. 11. 1937 wirklich entschlossen war, das Risiko eines Krieges einzugehen, um seine phantastischen Gedanken, die mit den realen politischen und militärischen Gegebenheiten und Möglichkeiten unvereinbar waren, zu verwirklichen. Die Antwort auf diese Frage wird wohl noch einige Zeit Geschichtsforscher und Psychologen beschäftigen."[2])

Alle Zeugen wenden sich, wenn auch mit verschiedener Begründung, gegen die Behauptung der Anklage, am 5. 11. 1937 sei von den Beteiligten ein Anschlag gegen den Frieden geplant worden. Im übrigen sind die Auffassungen unterschiedlich. Für Göring, Blomberg und Raeder scheinen die Ausführungen Hitlers nichts Außergewöhnliches ergeben zu haben, jedenfalls versuchten sie es im Sinne ihrer Verteidigung so darzustellen. v. Neurath und Hoßbach gaben der Ansprache demgegenüber einen wesentlich aggressiveren Inhalt. Für beide bedeuteten Hitlers Ausführungen

lung des Oberbefehls a. a. O., S. 117 und Hoßbach: Zum Gedächtnis des 70. Geburtstages der Generalobersten, a. a. O., S. 2.

1) IMT, Bd. XLII, S. 228 f.

1) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 192/193.

2) Brief Hoßbachs abgedruckt bei De Launay a. a. O., S. 268.

ein Abschwenken der deutschen Außenpolitik zu einer höchst gefahrvollen Diplomatie. Mögen Göring, Raeder und Blomberg die Bedeutung der Besprechung heruntergespielt haben, v. Neurath und Hoßbach haben ihre Bedeutung übertrieben.

v. Neurath zielte seinerseits, allerdings durch besondere Hervorhebung seiner Bedenken, darauf ab, seine Chancen im Prozeßverfahren zu verbessern. Die angeblichen „Herzattacken" waren daher eher für die Verteidigung bestimmt als objektiv zutreffend. In den damaligen Zeitungsberichten finden sich keine entsprechenden Hinweise.[1]) Es trifft auch nicht zu, daß v. Neurath Hitler erst wieder am 14./15. Januar 1938 gesprochen hätte. Schon am 19. November 1937 war er mit Hitler anläßlich des Halifax-Besuches auf dem Obersalzberg zusammen.[2]) Beide haben sich erneut im November anläßlich der Jahresfeier des Abschlusses des Antikomminternpaktes und sogleich nochmals am 25. November 1937 anläßlich des Empfanges des ungarischen Ministerpräsidenten getroffen.[3]) Ferner ist bezeugt, daß v. Neuraths Entlassung völlig überraschend kam.[4]) Gegenüber Dritten soll er sein Rücktrittsgesuch ausdrücklich als

1) vergl. auch Taylor: a. a. O., dt. Ausgabe, S. 171.
2) ADAP, Serie D, Bd. I, S. 46/47, bestätigt von Neurath selbst im Telegramm vom 22. 11. 1937 an die deutschen Botschafter, ADAP, a. a. O., S. 56/57; Heineman a. a. O., S. 302 nennt sogar eine noch früher liegende Zusammenkunft vom 9. November.
3) ADAP, Serie D, Bd. 5, S. 169 und Bd. 1, S. 639/640.
4) Kordt: Nicht aus den Akten, Stuttgart 1950, S. 178; v. Weizsäcker: Erinnerungen, München 1950, S. 143; Roennefarth: Die Sudetenkrise in der internationalen Politik, Wiesbaden 1961, Bd. 2, S. 32 und die dortigen Hinweise.

„Lüge" bezeichnet haben.[1]) Die Gründe für Neuraths Ausscheiden als Außenminister dürften daher kaum auf Bedenken gegen Hitlers Ausführungen vom 5. 11. 1937 zurückgehen.[2]) Da ihm der Zweck der Ansprache nicht bekannt war, ist allerdings anzunehmen, daß er von der Konferenz einen anderen Eindruck mitnahm als etwa Raeder, der auf diesen Gesichtspunkt ausdrücklich hinweist. Nur ist seine Reaktion von ihm entstellt vorgetragen worden.

Daß die Aussage Hoßbachs ebenfalls starker Tendenz unterliegt, ist bereits ausführlich dargelegt worden, wird aber an dieser Stelle durch seine abfällige und in dieser Form sicherlich ungerechte Bemerkung über Keitel erneut unterstrichen. Es ist im übrigen unrichtig, den Sturz Fritschs auf seine Haltung am 5. 11. 1937 zurückzuführen. Fritsch selbst hat einen solchen Zusammenhang niemals angenommen. Er hat die Besprechung späterhin überhaupt nicht mehr erwähnt, weder bei seiner Entlassung noch anläßlich seines Prozesses.[3]) Seine Einwände waren auch gar nicht grundsätzlicher Art. Sie gingen im wesentlichen dahin, dafür Sorge zu tragen, daß England und Frankreich nicht gegen Deutschland marschieren dürften, was Hitler zusagte. Hitler zog sogar, wenn auch nur kurzfristig in Er-

1) Schwarz: This man Ribbentrop, New York 1943, S. 221.
2) Im Ergebnis ebenso; Irving: Hitlers Weg zum Krieg, München/Berlin 1979, S. 494; Seabury: The Wilhelmstr. 1930–1945, Frankfurt a. M. 1956, S. 73; Craig und Gilbert The Diplomats, New York 1965, Bd. 2, S. 433 und Roennefarth a. a. O.
3) vergl. Irving a. a. O., S. 492. Im Nachlaß Fritsch N 33 BA/MA findet sich keinerlei Hinweis darauf.

wägung, v. Fritsch zum Nachfolger von Blomberg zu ernennen.[1]) Das wäre wohl kaum der Fall gewesen, wenn er Fritsch hätte loswerden wollen. Schließlich war Hitler auch nicht der Urheber der Fritsch-Affäre.[2]) Für ihn kamen die Ereignisse völlig überraschend. Der Auffassung Hoßbachs kann daher nicht gefolgt werden.[3]) Sie führt aber dazu, die Bedeutung der Besprechung unangemessen hervorzuheben. Dennoch mögen Hoßbach die Ausführungen Hitlers bedrohlicher erschienen sein als anderen Teilnehmern, da er, gleich v. Neurath, über die von Hitler mit der Rede verfolgten Absichten nur unzureichend informiert war. Es ergibt sich folgende Gesamtbewertung:

Keiner der Zeugen ist im eigentlichen Sinne objektiv. Alle Zeugen, auch v. Blomberg, haben den Sachverhalt, ob bewußt oder unbewußt mag dahinstehen, zu sehr vom eigenen Standpunkt und von Zweckmäßigkeitserwägungen aus beurteilt. Die unterschiedlichen Auffassungen werden dadurch betont, daß nicht allen Beteiligten Hitlers taktische Zielrichtung bei der Besprechung bekannt gewesen ist. Das zeigt sich besonders deutlich im Verhältnis der Aussagen

1) Aussage Gisevius IMT Bd. XII, S. 220, Görlitz: Kleine Geschichte des deutschen Generalstabes, Berlin 1967, S. 322.
2) heute fast allgemeine Meinung; vergl. statt aller Reynolds: Beck, Gehorsam und Widerstand, Wiesbaden 1977, S. 111.
3) wie hier: Müller a. a. O., S. 258, Krausnick a. a. O., Bd. 1, S. 282; Gackenholz a. a. O., S. 359; Deutsch a. a. O., S. 67 ff.; Reitlinger: Die SS, Tragödie einer deutschen Epoche, Wien/München/Basel 1956, S. 102, dagegen Kielmannsegg: Die militär-politische Tragweite der Hoßbachbesprechung in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Stuttgart 1960, S. 311 ff., vermittelnd: Salewski a. a. O., S. 193.

Göring, Raeder einerseits zu v. Neurath und Hoßbach andererseits. Keiner der Zeugen stellt jedoch in Abrede, daß die einleitende Ansprache Hitlers nicht wenigstens nach außen hin als bedrohlich erscheinen konnte. Eine aggressive Zielrichtung in den Ausführungen Hitlers ist daher ohne weiteres anzunehmen. Allerdings nicht in dem Sinne eines „unabänderlichen Entschlusses", früher oder später einen „Eroberungskrieg" zu führen. Diese vorübergehend nur von Hoßbach vertretene Auffassung hat er selbst, wie oben dargelegt, eingeschränkt. Gegenüber dem Verfasser hat er nochmals ausdrücklich bestätigt, daß auch nach seiner Einschätzung Hitlers damals noch nicht endgültig zum Kriege entschlossen gewesen sei.[1]) Im übrigen teilt auch kein anderer Besprechungsteilnehmer diese Ansicht. Auch v. Neurath nicht, obwohl gerade er Hitlers Absichten scharf kritisierte. v. Neurath wendet sich lediglich gegen die „Gesamttendenz" der Ausführungen, weist aber darauf hin, daß die Frage, ob es überhaupt jemals zu einem Kriege kommen würde, „durchaus zweifelhaft und offen war". Blombergs Aussage ist zu allgemein gehalten, bestätigt einen endgültigen Entschluß also auch nicht. Görings und Raeders Erklärungen lassen eine solche Auffassung ohnehin nicht erkennen. Danach wird man sagen können, daß Hitler wohl eine ganze Reihe möglicher militärischer Verwicklungen – mit der Tschechoslowakei, Österreich u. a. – erörtert hat, daß er zu erkennen gab, unter Umständen selbst die Initiative ergreifen zu wollen, daß er sich aber auf eine grundsätzliche Entscheidung nicht festlegte.

1) Brief vom 18. 7. 1971.

Hoßbach-Niederschrift und Widerstand

Mitte/Ende 1937 begannen sich die einzelnen Widerstandsgruppen um Beck, Canaris und Goerdeler zu formieren und allmählich miteinander zusammenzuschließen. „Der erste Versuch gemeinsamen Handelns ... wurde eingeleitet durch die Besprechung vom 5. 11. 1937."[1])

Waren die Kontakte auch noch locker, so bestanden doch Verbindungen zwischen Canaris und Beck über Oster[2]), zwischen Beck und Goerdeler[3]), zwischen Canaris und Schacht[4]), zwischen Schacht und Beck[5]) usw. Ihr Ausgangspunkt war der folgende:

„Um den Bann zu brechen, in dem Hitler große Teile der Bevölkerung hielt, die keineswegs alle nationalsozialistisch gesonnen waren, mußte die Verlogenheit seiner Friedensbeteuerungen endgültig bloßgestellt werden. Das deutsche Volk dessen überwältigende Mehrheit keinen Krieg wünschte, mußte überzeugt werden, daß es durch Hitler an den Rand des Krieges geführt sei und daß der Umsturz den unmittel-

1) Rothfels a. a. O., S. 71, vergl. auch Brissaud: Canaris, Frankfurt a. M. 1970, S. 109 f.
2) Schall-Riaucour a. a. O., S. 237, Abshagen a. a. O., S. 179, Graml: Der Fall Oster in: VfZG 1966, S. 33.
3) Ritter: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954, S. 141, 154; Prittie a. a. O., S. 57.
4) Deutsch a. a. O., S. 55.
5) Rothfels a. a. O., S. 71.

baren Zweck verfolgt, diesen Krieg zu verhindern."[1])

Oder ähnlich:

„Wenn die Politik des Regimes sich als unzweifelhaft kriegshetzerisch erwies, dann würde es leicht sein, die Regierung zu stürzen. Die verschiedenen Gruppen von Verschwörern, die sich seit 1937 einander genähert hatten, waren in diesen Folgerungen einig. Sie beschlossen, nicht nur alles zu tun, um einen europäischen Krieg zu verhindern. Darüber hinaus sahen sie in der Bedrohung des Friedens eine willkommene Gelegenheit, sich eine breite Front für eine Revolte gegen Hitler zu sichern."[2]) Zur Durchführung dieser Absichten benötigte man Beweisunterlagen. Deshalb wurde schon seit 1936 „umfassendes propagandistisches Material vorbereitet, um der Bevölkerung vom ersten Augenblick an klare Rechenschaft über die Gründe und Ziele des Unternehmens zu geben."[3])

Oder:

„Unter Becks Einfluß fuhren die Verschwörer fort, ihre Dokumentensammlung zu vervollständigen, die jedes Stückchen Beweismaterial gegen das Regime und jeden Beschluß in jeder Phase des Planes für seinen Sturz festhielt."[4]) Angesichts dieser grundsätzlichen Einstellung des Widerstandes und des besonderen Vertrauensverhältnisses zu Beck erscheint es wenig glaubhaft, wenn Hoßbach an-

1) Abshagen a. a. O., S. 173/174.
2) Rothfels a. a. O., S. 72/73.
3) Abshagen a. a. O., S. 175.
4) Fraenkel/Manvell: Canaris, München 1978, S. 95/96; vergl. dazu auch Weisenborn: Der lautlose Aufstand, Hamburg 1962, S. 114/115; Brown a. a. O., S. 159/160, 164.

gibt, die Niederschrift aus eigener Entschließung vorgenommen zu haben.[1]) Naheliegend ist vielmehr, daß sein Bericht auf eine Anregung Becks zurückgeht. Für v. Below und v. Puttkamer gab es daran seinerzeit keinerlei Zweifel. Hoßbach war in der zurückliegenden Zeit schon öfter so verfahren.[2]) Er hat dann auch Beck sogleich das Dokument zur Verfügung gestellt, um eigene kritische Gedanken niederzuschreiben (Randbemerkungen). Das Verhalten Hoßbachs erklärt im übrigen, warum er die Niederschrift nicht unmittelbar nach der Sitzung, sondern erst einige Tage später angefertigt hat. Ferner wird klar, warum der Bericht die Diskussion und den zweiten Teil der Besprechung nur völlig unzureichend wiedergibt u. a. m.

Bereits am 6. November 1937 berichtete der damalige französische Botschafter in Berlin, François Ponçet, seinem Außenminister über die Sitzung vom Tage zuvor.[3]) Von wem Ponçet unterrichtet wurde, ist nicht bekannt. Wahrscheinlich ist, daß ihm noch am Abend des 5. 11. bei einem Empfang Görings anläßlich der internationalen Jagdaus-

1) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 218.
2) Gespräche zwischen dem Verfasser und v. Below und v. Puttkamer 12/13. 12. 1978. Beide erklärten übereinstimmend: Es war ein offenes Geheimnis, daß Hoßbach häufig Berichte für Beck schrieb. Vergl. auch Deutsch a. a. O., S. 311 ein anderes Dokument betreffend. Im Ergebnis wie hier: Gackenholz a. a. O., S. 476; Henrikson a. a. O., S. 174; v. Ribbentrop a. a. O., S. 46/47.
3) Siehe Anlage IV, vergl. auch Robertson: Hitlers pre-war Policy and military Plans 1938–1939, London 1963, S. 108; Watt a. a. O., S. 318; Irving: Hitlers Weg zum Krieg, München/Berlin 1979, S. 492 und Taylor: Munich a. a. O., S. 306.

stellung Angaben über die Besprechung zugetragen worden sind. Bei dieser Veranstaltung waren verschiedene Offiziere zugegen, die sich vorher im Raucherzimmer der Reichskanzlei aufgehalten hatten und über die von Hitler erfolgte Verteilung der Rohstoffe Bescheid wußten.[1]) Ponçet konnte daher in seinem Telegramm lediglich über die Zuweisung von Eisen und Stahl sowie über die angesprochene Autarkiefrage berichten, den politischen Inhalt der Gespräche aber nur ganz allgemein vermuten. Von diesem Bericht Ponçets hatte die deutsche Staatsführung voraussichtlich über Görings Abhördienst Kenntnis erlangt. Am 18. November teilte Blomberg den Oberbefehlshabern der Wehrmachtsteile folgendes mit:

„Aus zuverlässiger Quelle wird mir berichtet, daß zutreffende Mitteilungen über die Besprechung beim Führer und Reichskanzler am 5. 11. 1937 bereits am 6. 11. dem französischen Botschafter, Herrn François Ponçet, bekanntgewesen sind. Dieser hat am 6. 11. seiner Regierung nach Paris übermittelt. Diese Tatsache erscheint mir, schon um Wiederholungen für die Zukunft zu verhindern, so wichtig, daß ich eine Unterrichtung der infrage kommenden Personenkreise und möglichst eine Klärung des Vorkommnisses für geboten halte."[2])

1) Vermutung Raeders, Case Akten 1165 PG 33272 BA/MA und Wangenheims ebenda. Vergl. auch die sehr offene Aussprache zwischen Göring und Bullitt, dem amerikanischen Botschafter in Paris. Bullitt: For the President, personel & secret, Boston 1972, S. 240. Denkbar ist ferner, daß Ponçet über Canaris informiert wurde; dazu nachstehend.
2) Case Akten 1165 (PG 33272).

Die angestellten Ermittlungen blieben jedoch ohne Erfolg.[1]) Auch die Engländer scheinen über die Sitzung in der Reichskanzlei unterrichtet gewesen zu sein. Prof. Brown schreibt dazu unter Bezugnahme auf unveröffentlichte Quellen:

„Da (nach der Besprechung mit Fritsch und Neurath) fällte Beck die Entscheidung, daß die Westmächte von Hitlers Absichten informiert werden sollten. Er besprach sich mit Canaris, der meinte, daß das keine Schwierigkeiten bereiten werde ... Nun erfahren die Briten durch Foley von den Auseinandersetzungen zwischen Hitler und dem Generalstab, von deren Ausgang der Frieden in Europa und auch der Welt abhängen könnte."[2])

1) ebenda.
2) Brown a. a. O., S. 159/160. Die Quellenangaben sind dort nicht im einzelnen aufgeschlüsselt. Obiger Bericht konnte daher nicht auf seine Richtigkeit überprüft werden. Daß Canaris schon am 6. 11. von der Besprechung erfahren haben soll, berichtet ebenfalls ohne Angaben von Quellen Brissaud a. a. O., S. 109. Zu den Kontakten Beck und Canaris im Zusammenhang mit der Konferenz Brissaud a. a. O., S. 173, dort ausdrücklich als Fiktion bezeichnet. Nach Prof. Middlemas: The Strategy of Appeasement, Chicago 1972, S. 173, soll Goerdeler Vansittart im März 1938 Einzelheiten der Besprechung mitgeteilt haben (Quelle: Vansittart Papers). Vergl. zum Gesamt auch den Bericht von Dr. Fabricius aus Bukarest vom 8. 2. 1938. Nachdem Antonescu eine Nachricht aus Paris erhalten habe, der zufolge die Änderung in der Führung der deutschen Streitkräfte eine Verstärkung der Schlagkraft des deutschen Heeres aber zugleich auch eine stärkere Aktivierung der Politik bedeute, die auf den Anschluß und auf eine Besetzung der Tschechoslowakei hinausliefe. ADAP, Serie D, Bd. 5, S. 198.

Im Dezember 1937 war der Hoßbach-Bericht auch den deutschen Widerstandskämpfern in der Schweiz um den ehemaligen Reichskanzler Dr. Wirth und den ehemaligen preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun bekannt. In einer Chronik des Abbegg-Archivs für 1937 Juli/Dezember heißt es dazu:

„Dag 1[1]) erhält von Dag 11 über Dag 33 eingehende Informationen über Hitlers Geheimsitzung vom 5. 11. 1937."[2]) In einem Bericht vom März 1938 über ein Gespräch Dr. Braun-Abbegg ist ausgeführt:

„Überdies besteht noch eine weitere Gefahr. Sie erwähnen, daß wir Kenntnis erhalten haben vom Hoßbach-Protokoll vom 5. 11. 1937. Dieses Protokoll ist streng vertraulich und es war nur etwa 7 von Hitlers Vertrauensleuten bekannt. Diese Vertrauensleute sind gefährdet, wenn sie dieses Protokoll erwähnen."[3])

Auch in den späteren Jahren haben die Schweizer Hitlergegner immer wieder auf das Hoßbach-Protokoll Bezug genommen.[4]) Innerhalb Deutschlands scheint das Dokument zunächst keine gewichtige Rolle gespielt zu haben.

1) Tarnbezeichnung für ‚aktive Hitlergegner'.
2) Abbegg-Dossier F 86, IFZ. Informant soll von Hammerstein-Equord, der ehemalige Generalstabschef gewesen sein; ferner Alardus: Krieg in Sicht? Zürich o. J., S. 75.
3) Sozialarchiv Zürich. Ich habe das Dokument selbst nicht eingesehen. Mir ist aber seine Existenz eidesstattlich versichert worden. Da obiger Bericht auch durch andere Dokumente im Abbegg-Archiv bestätigt wird, sah ich keine Veranlassung, dieses Dokument nicht mit heranzuziehen.
4) Abbegg-Dossier F 86, IFZ.

Jedenfalls ist darüber nichts bekannt geworden. Der Widerstand wurde erst wieder 1943 durch Kirchbach auf das Dokument aufmerksam. Er hatte das Dokument abschreiben lassen, um „das deutsche Volk von den geradezu verbrecherischen Plänen Hitlers zu überzeugen, letzteres war von vornherein meine Absicht, denn die Schar der blinden, unbelehrbaren Anhänger war noch immer groß".[1])

v. Martin bestätigt:

„Er (Kirchbach) übergab es mir zur Aufbewahrung, damit es nach der geplanten Beseitigung Hitlers propagandistisch verwendet werden könne. Mein Schwager war mit Graf Stauffenberg bekannt."[2])

Die Absicht konnte infolge des fehlgeschlagenen Attentats nicht verwirklicht werden. v. Martin verwahrte daher das Dokument, bis er es dann den Alliierten übergab.

Hoßbach-Niederschrift und Widerstand sind somit auf das engste miteinander verbunden.

1) Brief Kirchbachs an Meinck vom 28. 8. 1956. Hoßbach wußte von der Abschrift nichts. Kirchbach hatte ihm im November 1943 lediglich mitgeteilt, „wichtige von Hoßbach stammende Unterlagen" abgeschrieben zu haben. Schreiben des Bundesarchivs an Henrikson vom 23. 2. 1965. Ferner Brief Kirchbachs an die Schriftleitung der deutschen Opposition vom 3. 1. 1952, an Henrikson 23. 2. 1965 und Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 218.
2) v. Martins Brief an das Institut für Zeitgeschichte vom Januar 1954, ZS 535 IFZ, vergl. auch Martins Brief an Strauß vom 3. 5. 1968.

Ergebnis und Würdigung

Die Hoßbach-Niederschrift liegt weder im Original noch in Abschrift vor. Der von der Abschrift gefertigte Mikrofilm ist nicht auffindbar. Vorhanden ist lediglich eine Fotokopie des Mikrofilms. Von dieser Urkunde sind verschiedene Fassungen veröffentlicht, die mitunter nicht unwesentlich voneinander abweichen. Das im Nürnberger Prozeß vorgelegte Dokument 386-PS ist gefälscht, und zwar sowohl im Bereich der Diskussion als auch bei den Ausführungen Hitlers. Für den Juristen ist ein solches Dokument ohne Wert. Für den Historiker sehe ich keine andere Beurteilungsmöglichkeit. Denn wenn wir aus der Geschichte lernen wollen – und das ist doch das eigentliche Anliegen –, dann muß zunächst einmal das Fundament stimmen. Gerade das ist hier aber nicht der Fall. Daran ändert nichts, daß nun einige Beteiligte das Dokument „in summa", in diesen oder jenem Bereich in den „Gründzügen" oder in den großen Linien für richtig halten. Ohne den genauen Wortlaut ist der Fehlerquelle Tür und Tor geöffnet, zumal dann, wenn die Zeugenaussagen in grundlegenden Fragen auch noch voneinander abweichen. Für die historische Bewertung der Besprechung vom 5. 11. 1937 müssen wir uns wohl oder übel mit anderen Quellen begnügen.

Unterstellen wir aber dennoch einmal, das Dokument sei wirklich echt. In diesem Fall ist keineswegs bewiesen, daß Inhalt und Ablauf der Sitzung richtig wiedergegeben sind. Handelt es sich doch um kein Protokoll, sondern nur um eine Niederschrift, die von keinem der Sitzungsteilneh-

mer durch Unterschrift anerkannt ist. Hoßbach hat den Bericht auch erst fünf Tage später anhand von Notizen oder nur aus dem Gedächtnis geschrieben.[1]) Fehler in der Darstellung sind dabei nicht nur nicht auszuschließen, sondern geradezu üblich. Hoßbach selbst nahm daher an, daß Hitler eigene Korrekturen anbringen würde.

Hoßbach – schon damals in engster Verbindung mit erklärten Gegnern Hitlers – hat schließlich die Niederschrift auf Veranlassung Becks für den Widerstand geschrieben. Er hat den Sitzungsbericht hinsichtlich der Diskussion und des zweiten Teils unvollständig abgefaßt. Dadurch erhält die Niederschrift von vornherein eine gewisse Tendenz. Der Schwerpunkt der Konferenz wird einseitig auf die Ausführungen Hitlers verlegt. Anlaß und Hintergrund kommen überhaupt nicht mehr zum Ausdruck.

Schließlich sind auch die Besprechungsteilnehmer verschiedener Auffassung über Inhalt und Tendenz der Ausführungen Hitlers. Sämtliche Erklärungen sind jedoch stark subjektiv geprägt, mithin wenig geeignet, den wirklichen Verlauf der Veranstaltung zu ermitteln. Danach kann lediglich angenommen werden, daß Hitler am 5. 11. 1937 mögliche militärische Auseinandersetzungen erwogen und dabei in Aussicht gestellt hat, bei günstiger außenpolitischer Lage gegen Österreich oder die Tschechoslowakei vorzugehen. Für diesen Fall sollte Deutschland militärisch vorbereitet sein. Von einem endgültigen Entschluß Hitlers, das deutsche Raumproblem gewaltsam zu lösen, kann jedoch nicht gesprochen werden. Eine solche Absicht Hitlers läßt sich nicht beweisen.

1) zumindest angefangen.

Unterstellen wir aber einmal, die Niederschrift gäbe Hitlers Ausführungen wortgetreu wieder. Können wir dann ohne weiteres annehmen, daß Hitler seine wirklichen Absichten geäußert hat?

Dazu Prof. Taylor:

„... Nur Göring war ein Nazi. Die anderen waren Konservative alten Schlages, die im Amt geblieben waren, um Hitler unter Kontrolle zu halten; sie alle, Raeder ausgenommen, sollten innerhalb der nächsten drei Monate ihres Postens enthoben werden. Hitler wußte, daß alle, Göring ausgenommen, ihm feindlich gegenüberstanden und er traute nicht einmal Göring. Warum sollte er seine geheimsten Gedanken Männern offenbaren, denen er mißtraute und die er gleich darauf entlassen wollte? Auf die Frage gibt es eine einfache Antwort: Er offenbarte seine geheimsten Gedanken gar nicht. Denn keine außenpolitische Krise machte eine umfassende Diskussion oder weitreichende Entscheidungen erforderlich.“[1])

Diese Ausführungen werden unterstrichen durch die Art und Weise, wie Hitler solche Besprechungen zu handhaben pflegte. Er verfolgte dabei stets eine bestimmte Absicht. Ihr ordnete er seine Argumente unter. Verschiedentlich benutzte er Übertreibungen, manchmal Untertreibungen, je nachdem, welche Darlegungen wirkungsvoller erschienen;[2]) sogar gelegentliche Widersprüche nahm er in Kauf. Alles stellte er auf den Gesprächspartner, den er zu beein-

1) Taylor: Die Ursprünge a. a. O., S. 176.
2) z. B. führte er in der Reichstagsrede vom 1. 9. 1939 aus, 90 Milliarden für die Rüstung ausgegeben zu haben, was ganz offensichtlich dazu dienen sollte, den Gegner zu beeindrucken.

flussen suchte, ab. Dabei vermied er es tunlichst, sich selbst irgendwie festzulegen.[1])

Admiral Schulte-Mönting dazu in Nürnberg:

„Hitler machte sich selber frei von seinem Konzept. Er dachte laut und wollte die Zuhörer mit sich reißen, aber nicht beim Wort genommen werden. Ich habe mit Raeder öfter darüber gesprochen. Wir wußten immer, was man von uns wollte. Wir wußten aber nie, was Hitler selbst dachte oder wollte.“[2])

Diejenigen, die sich ständig in seiner unmittelbaren Umgebung aufhielten, stimmen etwa in folgender Beurteilung überein:

Hitler ... „holte sehr weit aus ... Er verfolgte vor allem mit jeder Rede einen besonderen Zweck, je nach dem Zuhörerkreis, den er hatte. Er war ebenso, wie er ein Meister der Dialektik war, ein Meister des Bluffs. Er brauchte starke Ausdrücke, je nach dem Zweck, den er verfolgte. Er ließ seiner Phantasie außerordentlich starkes Spiel, er widersprach sich auch häufig in aufeinanderfolgenden Reden. Man wußte nie, welches seine letzten Ziele und Absichten waren. Das war am Ende einer solchen Rede außerordentlich schwer festzustellen.“[3])
Das gilt auch für die Niederschrift Hoßbachs.

1) vergl. dazu vor allem Domarus: Hitler, Reden und Proklamationen 1932–1945, München 1964, Bd. I, Teil 2, S. 744.
2) IMT, Bd. XIV, S. 349.
3) Raeder IMT, Bd. XIV, S. 341; Göring IMT, Bd. IX, S. 345, Halder Fall XII, S. 1863 und 2068, General Fromm in Vogelsang: Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr VJfZ 1954, S. 436 und General Liebmann ebenda „Stets war die Rede kecker als der

Hitlers Ausführungen waren in entscheidenden Punkten widersprüchlich. Weist er zunächst darauf hin, „die deutsche Politik habe mit den beiden Haßgegnern England und Frankreich zu rechnen, denen ein starker deutscher Koloß inmitten Europas ein Dorn im Auge sei“, so erklärte er späterhin, „daß mit hoher Wahrscheinlichkeit England voraussichtlich aber auch Frankreich die Tschechei im stillen abgeschrieben und sich damit abgefunden hätten“. Was sollten die Beteiligten davon halten, daß eine evtl. französische Offensive „an unseren Westbefestigungen sich festlaufen“ würde, stand doch von dem Westwall damals so gut wie nichts. Oder wie war die Bemerkung einzustufen, „die Aufrüstung der Armee, Kriegsmarine, Luftwaffe sowie die Bildung des Offizierscorps seien annähernd beendet“, obwohl dies nicht im mindesten der Fall war. Welchen Wert hatte schließlich die Mitteilung, eine kriegerische Auseinandersetzung könne schon 1938 eintreten, wenn Hitler andererseits das Angebot Fritschs, seinen Auslandsurlaub nicht anzutreten, ablehnte, weil „die Möglichkeit des Konfliktes noch nicht als so nahe bevorstehend anzusehen sei“ usw. usw.[1])

Abgesehen von diesen Unstimmigkeiten fällt insbesondere auf, daß Hitler im Zusammenhang mit der Gewinnung von Lebensraum nur von der Tschechoslowakei und Öster-

Sinn“; Generalfeldmarschall Milch in Irving: Die Tragödie ... a. a. O., S. 133 und 140, Oberst v. Below in Irving: Hitlers Weg zum Krieg a. a. O., S. 25, Guderian: Erinnerungen eines Soldaten, Neckargemünd 1976, S. 392, Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 43.
1) Nach Messerschmidt a. a. O., S. 626 waren nahezu sämtliche Voraussetzungen Hitlers nicht „stimmig“.

reich, mit keinem Wort aber von Rußland, der Ukraine, gesprochen hat.[1]) Hatte er seine ursprüngliche Auffassung aufgegeben und die Zielrichtung seiner Politik von Ost- nach Südosteuropa verlagert? Eine solche Schlußfolgerung lag zwar nahe, dürfte aber kaum mit seinen wirklichen Absichten übereingestimmt haben. War seine „testamentarische Hinterlassenschaft" so unklar, so widersprüchlich? Ein weiteres überzeugendes Argument dafür, daß Hitler seine letzten Ziele und Vorstellungen gerade nicht äußerte, liegt vor allem darin, daß er es ablehnte, die Niederschrift Hoßbachs auch nur durchzulesen. Damit gab er unmißverständlich zu erkennen, daß ihm die Besprechung keinesfalls so wichtig erschien, wie am 5. 11. von ihm selbst dargelegt. Hätte er tatsächlich seine grundlegenden Gedanken für den Fall seines Ablebens vorgetragen, er hätte deren Formulierung mit Sicherheit nicht einem Adjutanten, dessen zurückhaltende Einstellung gegenüber der Staatsführung ihm bekannt war, überlassen. Bezeichnenderweise hat Hitler dann auch seine Testamente selbst geschrieben oder doch wenigstens unterschrieben. Jede andere Verfahrensweise erschiene im übrigen völlig lebensfremd.[2])

Hitler hat am 5. 11. 1937 weder irgendwelche Direktiven auf dem Gebiete der Politik erteilt noch erteilen wollen. Er

1) ähnliche Bedenken bei Koch a. a. O., S. 132.

2) Maser: Adolf Hitler, München und Esslingen 1971, S. 331, verweist in diesem Zusammenhang auf Hitlers Krankheit und auf seine Befürchtung, nicht mehr lange zu leben. Er meint daher, daß Hitler tatsächlich sein politisches Testament formuliert hätte. Maser übersieht jedoch die oben dargelegten Einwände. Ähnliche Überlegungen bei Domarus a. a. O., S. 745 und Schausberger:

hat, wie so häufig, seine Ausführungen an der von ihm verfolgten Absicht, die Generalität zur Aufrüstung anzuspornen, orientiert. Dabei mußten auch weniger überzeugende Argumente herhalten, wenn sie nur in sein Konzept paßten. Seinem Außenminister sagte er später einmal: „daß man mit einem Militär immer so sprechen müsse, als ob morgen da oder dort der Krieg ausbrechen würde".[1]) Ähnlich, wenn auch nicht ganz so krass, war auch hier seine Devise. Mit Recht weist Raeder darauf hin, „daß diese ganze Rede mit einem bestimmten Zweck geredet wurde, und daß er deswegen sehr stark übertrieb und die Übertreibung sofort zurücknahm, als ein Hinweis auf die Kriegsgefahr mit England und Frankreich von ihm gegeben wurde".[2]) Hoßbach bestätigt:

„Da Blomberg und Fritsch immer wieder betonten, daß die Wehrmacht zu ihrem Aufbau viele Jahre des Friedens brauchte, äußerte Hitler eines Tages: ‚Ich verstehe vollkommen den Wunsch der Soldaten, daß ihr jugendliches Werk nicht vorzeitig einer Belastung ausgesetzt werden soll.'"[3])

Von einem unwiderruflichen Entschluß, einen Krieg zu beginnen, kann also gar keine Rede sein. Der englische

Der Griff nach Österreich, Wien/München 1978, S. 421; Benoist-Méchin: Wollte Adolf Hitler den Krieg 1939, Preußisch Oldendorf 1971, S. 121 verweist in diesem Zusammenhang auf eine in vielen Punkten ähnliche Rede Mussolinis vom 4. 2. 1939.

1) Ribbentropp: IMT, Bd. X, S. 407.

2) IMT, Bd. XIV, S. 193, vergl. auch Martin, Entwurf an General ZS, 535, IFZ; ebenso Göring in: Nazi Acts a. a. O., S. 1091.

3) Hoßbach: Wehrmacht a. a. O., S. 182.

Historiker Bullock urteilt im wesentlichen zutreffend, wenn er schreibt: „Hitler war ein viel zu geschickter Politiker, als daß er eine endgültige Entscheidung auf Grund einer Reihe von hypothetischen Voraussetzungen getroffen hätte. Hitler war Opportunist und daher weit davon entfernt, nach einem bestimmten Plan zu handeln. Er war bereit, aus allem, was kommen könnte, seinen Nutzen zu ziehen, die Fehler der anderen abzuwarten. Während des größten Teils der beiden Jahre nach dem November 1937 setzte Hitler seine ganze Geschicklichkeit ein, um aus einer Diplomatie, die mit Gewalt drohte, ohne jedoch tatsächlich Zuflucht in einen Krieg zu nehmen, den größtmöglichsten Vorteil zu ziehen."[1]) Die Bedeutung der Besprechung vom 5. 11. 1937 und damit der Hoßbach-Niederschrift liegt daher nicht so sehr auf außenpolitischem, sondern mehr auf innenpolitischem, militärpolitischem Gebiet. Rohstoffverteilung und Rüstung, das waren die entscheidenden Fragen. Eine Wende der deutschen Außenpolitik hingegen wurde weder beschlossen noch angekündigt.[2]) Ebensowenig die Absicht, einen Angriffskrieg zu führen. Am 5. November wurden lediglich Möglichkeiten verschiedener militärischer Verwicklungen erörtert, von denen später keine einzige eingetreten ist. Aus der Hoßbach-Niederschrift ergibt sich mithin nicht, „warum 1939 ein großer Krieg begann". Sie ist insbesondere kein Schlüsseldokument im Sinne der Anklage. Die Hoßbach-Niederschrift – 386-PS – ist

1) Bullock a. a. O., S. 352.
2) jetzt auch ebenso Rich: Hitlers War Aimes, Bd. I, New York 1973, S. 287 und ein großer Teil der zuvor angeführten Literatur.

ein gefälschtes Dokument eines tendenziösen Berichts über eine Besprechung mit Hitler, in der er „dick aufgetragen und schwadroniert"[1]), keineswegs aber seine endgültigen Zukunftsabsichten geäußert hat.

1) v. Weizsäcker, zitiert nach Roennefarth a. a. O., Bd. II, S. 32.

Dokumentenanhang

Anlage I

Dokument 386-PS S. 1

Berlin, den 10. November 1937

Niederschrift

über die Besprechung in der Reichskanzlei
am 5. 11. 1937 von 16.15 Uhr bis 20.30 Uhr.

Anwesend: der Führer und Reichskanzler,
der Reichskriegsminister Generalfeldmarschall v. Blomberg,
der Oberbefehlshaber des Heeres Generaloberst Freiherr von Fritsch,
der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Generaladmiral Dr. h. c. Raeder,
der Oberbefehlshaber der Luftwaffe Generaloberst Göring,
der Reichsminister des Auswärtigen Freiherr von Neurath,
Oberst Hoßbach.

Der Führer stellte einleitend fest, daß der Gegenstand der heutigen Besprechung von derartiger Bedeutung sei, daß dessen Erörterung in anderen Staaten wohl vor das Forum des Regierungskabinetts gehörte, er – der Führer – sähe aber gerade im Hinblick auf die Bedeutung der Materie davon ab, diese in dem großen Kreise des Reichskabinetts zum Gegenstand der Besprechung zu machen. Seine

nachfolgenden Ausführungen seien das Ergebnis eingehender Überlegungen und der Erfahrungen seiner $4^1/_2$jährigen Regierungszeit; er wolle den anwesenden Herren seine grundlegenden Gedanken über die Entwicklungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten unserer außenpolitischen Lage auseinandersetzen, wobei er im Interesse einer auf weite Sicht eingestellten deutschen Politik seine Ausführungen als seine testamentarische Hinterlassenschaft für den Fall seines Ablebens anzusehen bitte.

Der Führer führte sodann aus:

Das Ziel der deutschen Politik sei die Sicherung und die Erhaltung der Volksmasse und deren Vermehrung. Somit handele es sich um das Problem des Raumes.

Die deutsche Volksmasse verfüge über 85 Millionen Menschen, die nach der Anzahl der Menschen und der Geschlossenheit des Siedlungsraumes in Europa einen in sich so fest geschlossenen Rassekern darstelle, wie er in keinem anderen Land wieder anzutreffen sei, wie er ande-
S. 2 rerseits das Anrecht auf größeren Lebensraum mehr als bei anderen Völkern in sich schlösse. Wenn kein dem deutschen Rassekern entsprechendes politisches Ergebnis auf dem Gebiete des Raumes vorläge, so sei das eine Folge mehrhundertjähriger historischer Entwicklung und bei Fortdauer dieses politischen Zustandes die größte Gefahr für die Erhaltung des deutschen Volkstums auf seiner jetzigen Höhe. Ein Aufhalten des Rückganges des Deutschtums in Österreich und in der Tschechoslowakei sei ebensowenig möglich als die Erhaltung des augenblicklichen Standes in Deutschland selbst. Statt Wachstum setze Sterilisation ein, in deren Folge Spannungen sozialer Art

nach einer Reihe von Jahren einsetzen müßten, weil politische und weltanschauliche Ideen nur solange von Bestand seien, als sie die Grundlage zur Verwirklichung der realen Lebensansprüche eines Volkes abzugeben vermöchten. Die deutsche Zukunft sei daher ausschließlich durch die Lösung der Raumnot bedingt, eine solche Lösung könne naturgemäß nur für eine absehbare, etwa 1–3 Generationen umfassende Zeit gesucht werden.

Bevor er sich der Frage der Behebung der Raumnot zuwende, sei die Überlegung anzustellen, ob im Wege der Autarkie oder einer gesteigerten Beteiligung an der Weltwirtschaft eine zukunftsreiche Lösung der deutschen Lage zu erreichen sei.

Autarkie: Durchführung nur möglich bei straffer nationalsozialistischer Staatsführung, welche die Voraussetzung sei, als Resultat der Verwirklichungsmöglichkeit sei festzustellen:

A. Auf dem Gebiet der Rohstoffe nur bedingte, nicht aber totale Autarkie.
  1.) Soweit Kohle zur Gewinnung von Rohprodukten in Betracht komme, sei Autarkie durchführbar.
  2.) Schon auf dem Gebiet der Erze Lage viel schwieriger. Eisenbedarf = Selbstdeckung möglich und Leichtmetall, bei anderen Rohstoffen – Kupfer, Zinn dagegen nicht.
  3.) Faserstoffe – Selbstdeckung, soweit Holzvorkommen reicht. Eine Dauerlösung nicht möglich.
  4.) Ernährungsfette möglich

B. Auf dem Gebiet der Lebensmittel sei die Frage der Autarkie mit einem glatten »nein« zu beantworten.

S. 3 Mit der allgemeinen Steigerung des Lebensstandardes sei gegenüber den Zeiten vor 30–40 Jahren eine Steigerung des Bedarfs und ein gesteigerter Eigenkonsum auch der Produzenten, der Bauern, Hand in Hand gegangen. Die Erlöse der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung seien in die Deckung der Bedarfssteigerung übergegangen, stellten daher keine absolute Erzeugungssteigerung dar. Eine weitere Steigerung der Produktion unter Anspannung des Bodens, der infolge der Kunstdüngung bereits Ermüdungserscheinungen aufweise, sei kaum noch möglich und daher sicher, daß selbst bei höchster Produktionssteigerung eine Beteiligung am Weltmarkt nicht zu umgehen sei. Der schon bei guten Ernten nicht unerhebliche Ansatz von Devisen zur Sicherstellung der Ernährung durch Einfuhr steigere sich bei Mißernten zu katastrophalem Ausmaß. Die Möglichkeit der Katastrophe wachse in dem Maße der Bevölkerungszunahme, wobei der Geburtenüberschuß von jährlich 560 000 auch insofern einen erhöhten Brotkonsum im Gefolge habe, da das Kind ein stärkerer Brotesser als der Erwachsene sei.

Den Ernährungsschwierigkeiten durch Senkung des Lebensstandardes und durch Rationalisierung auf die Dauer zu begegnen, sei in einem Erdteil annähernd gleicher Lebenshaltung unmöglich. Seitdem mit Lösung des Arbeitslosenproblems die volle Konsumkraft in Wirkung getreten sei, wären wohl noch kleine Korrekturen unserer landwirtschaftlichen Eigenproduktion, nicht aber eine tatsächliche Änderung der Ernährungsgrundlage möglich. Damit sei die Autarkie sowohl auf

dem Ernährungsgebiet als auch in der Totalität hinfällig.

Beteiligung an der Weltwirtschaft: Ihr seien Grenzen gezogen, die wir nicht zu beheben vermöchten. Einer sicheren Fundierung der deutschen Lage ständen die Konjunkturschwankungen entgegen, die Handelsverträge böten keine Gewähr für die praktische Durchführung. Insbesondere sei grundsätzlich zu bedenken, daß seit dem Weltkriege eine Industrialisierung gerade früherer Ernährungsausfuhrländer stattgefunden habe. Wir lebten im Zeitalter wirtschaftlicher Imperien, in welchem der Trieb zur Kolonisierung sich wieder dem Urzustand nähere; bei Japan und Italien lägen dem Ausdehnungsdrang wirtschaftliche Motive zu Grunde, ebenso wie auch für Deutschland die wirtschaftliche Not den Antrieb bilden würde. Für Länder außerhalb der großen Wirtschaftsbereiche sei die Möglichkeit wirtschaftlicher Expansion besonders erschwert.

Der durch die Rüstungskonjunkturen verursachte Auftrieb in der Weltwirtschaft könne niemals die S. 4
Grundlage zu einer wirtschaftlichen Regelung für einen längeren Zeitraum bilden, welch letzterer vor allem auch die vom Bolschewismus ausgehenden Wirtschaftszerstörungen im Wege stünden. Es sei eine ausgesprochene militärische Schwäche derjenigen Staaten, die ihre Existenz auf dem Außenhandel aufbauten. Da unser Außenhandel über die durch England beherrschten Seegebiete führe, sei es mehr eine Frage der Sicherheit des Transportes als eine solche der Devisen, woraus die große Schwäche unserer Ernährungssituation im Krie-

ge erhelle. Die einzige, uns vielleicht traumhaft erscheinende Abhilfe läge in der Gewinnung eines größeren Lebensraumes, ein Streben, das zu allen Zeiten die Ursache der Staatenbildungen und Völkerbewegungen gewesen sei. Daß dieses Streben in Genf und bei den gesättigten Staaten keinem Interesse begegne, sei erklärlich. Wenn die Sicherheit unserer Ernährungslage im Vordergrunde stände, so könne der hierfür notwendige Raum nur in Europa gesucht werden, nicht aber ausgehend von liberalistisch-kapitalistischen Auffassungen in der Ausbeutung von Kolonien. Es handele sich nicht um die Gewinnung von Menschen, sondern von landwirtschaftlich nutzbarem Raum. Auch die Rohstoffgebiete seien zweckmäßiger im unmittelbaren Anschluß an das Reich in Europa und nicht in Übersee zu suchen, wobei die Lösung sich für ein bis zwei Generationen auswirken müsse. Was darüber hinaus in späteren Zeiten notwendig werden sollte, müsse nachfolgenden Geschlechtern überlassen bleiben. Die Entwicklung großer Weltgebilde gehe nun einmal langsam vor sich, das deutsche Volk mit seinem starken Rassekern finde hierfür die günstigsten Voraussetzungen inmitten des europäischen Kontinents. Daß jede Raumerweiterung nur durch Brechen von Widerstand und unter Risiko vor sich gehen könne, habe die Geschichte aller Zeiten – Römisches Weltreich, Englisches Empire – bewiesen. Auch Rückschläge seien unvermeidbar. Weder früher noch heute habe es herrenlosen Raum gegeben, der Angreifer stoße stets auf den Besitzer.

Für Deutschland laute die Frage, wo größter Gewinn

unter geringstem Einsatz zu erreichen sei.

Die Deutsche Politik habe mit den beiden Haßgegnern England und Frankreich zu rechnen, denen ein starker deutscher Koloß inmitten Europas ein Dorn im Auge sei, wobei beide Staaten eine weitere deutsche Erstarkung sowohl in Europa als auch in Übersee ablehnten und sich in dieser Ablehnung auf die Zustimmung aller Parteien stützen könnten. In der Errichtung deutscher militärischer Stützpunkte in Übersee sähen
S. 5 beide Länder eine Bedrohung ihrer Überseeverbindungen, eine Sicherung des deutschen Handels und rückwirkend eine Stärkung der deutschen Position in Europa.

England könne aus seinem Kolonialbesitz infolge des Widerstandes der Dominien keine Abtretungen an uns vornehmen. Nach dem durch Übergang Abessiniens in italienischen Besitz eingetretenen Prestigeverlust Englands sei mit einer Rückgabe Ostafrikas nicht zu rechnen. Das Entgegenkommen Englands werde sich bestenfalls in dem Anheimstellen äußern, unsere kolonialen Wünsche durch Wegnahme solcher Kolonien zu befriedigen, die sich z. Zt. in nichtenglischem Besitz befänden – z. B. Angola –. In der gleichen Linie werde sich das französische Entgegenkommen bewegen.

Eine ernsthafte Diskussion wegen der Rückgabe von Kolonien an uns käme nur zu einem Zeitpunkt in Betracht, in dem England sich in einer Notlage befände und das Deutsche Reich stark und gerüstet sei. Die Auffassung, daß das Empire unerschütterlich sei, teile der Führer nicht. Die Widerstände gegen das Empire

lägen weniger in den eroberten Ländern als bei den Konkurrenten. Das Empire und das Römische Weltreich seien hinsichtlich der Dauerhaftigkeit nicht vergleichbar; dem letzteren habe seit den Punischen Kriegen kein machtpolitischer Gegner ernsthafteren Charakters gegenüber gestanden. Erst die vom Christentum ausgehende auflösende Wirkung und die sich bei jedem Staat einstellenden Alterserscheinungen hätten das alte Rom dem Ansturm der Germanen erliegen lassen.

Neben dem englischen Empire ständen schon heute eine Anzahl ihm überlegener Staaten. Das englische Mutterland sei nur im Bunde mit anderen Staaten, nicht aus eigener Kraft in der Lage, seinen Kolonialbesitz zu verteidigen. Wie solle England allein z. B. Kanada gegen einen Angriff Amerikas, seine ostasiatischen Interessen gegen einen solchen Japans verteidigen!

Das Herausstellen der englischen Krone als Träger des Zusammenhaltes des Empire sei bereits das Eingeständnis, daß das Weltreich machtpolitisch auf die Dauer nicht zu halten sei. Bedeutungsvolle Hinweise in dieser Richtung seien:

a) Das Streben Irlands nach Selbständigkeit.
b) Die Verfassungskämpfe in Indien, wo England durch seine halben Maßnahmen den Indern die Möglichkeit eröffnet habe, späterhin die Nichterfüllung der verfassungsrechtlichen Versprechungen als Kampfmittel gegen England zu benutzen.
S. 6 c) Die Schwächung der englischen Position in Ostasien durch Japan.

d) Der Gegensatz im Mittelmeer zu Italien, welches – unter Berufung auf seine Geschichte, getrieben aus Not und geführt durch ein Genie – seine Machtstellung ausbaue und sich hierdurch in zunehmendem Maße gegen englische Interessen wenden müsse. Der Ausgang des abessinischen Krieges sei ein Prestigeverlust Englands, den Italien durch Schüren in der mohammedanischen Welt zu vergrößern bestrebt sei.

In summa sei festzustellen, daß trotz aller ideeller Festigkeit das Empire machtpolitisch auf die Dauer nicht mit 45 Millionen Engländern zu halten sei. Das Verhältnis der Bevölkerungszahl des Empires zu der des Mutterlandes von 9:1 sei eine Warnung für uns, bei Raumerweiterungen nicht die in der eigenen Volkszahl liegende Plattform zu gering werden zu lassen.

Die Stellung Frankreichs sei günstiger als die Englands. Das französische Reich sei territorial besser gelagert, die Einwohner seines Kolonialbesitzes stellten einen militärischen Mitzuwachs dar. Aber Frankreich gehe innenpolitischen Schwierigkeiten entgegen. Im Leben der Völker nehmen die parlamentarische Regierungsform etwa 10 %, die autoritäre etwa 90 % derzeit ein. Immerhin seien heute in unsere politischen Besprechungen als Machtfaktoren einzusetzen: England, Frankreich, Rußland und die angrenzenden kleineren Staaten.

Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben, dieser niemals risikolos sein. Die Kämpfe Friedrichs d. Gr. um Schlesien und die Kriege Bismarcks gegen Österreich und Frankreich seien von unerhörtem Risiko gewesen, und die Schnelligkeit des preußischen Han-

delns 1870 habe Österreich vom Eintritt in den Krieg ferngehalten. Stelle man an die Spitze der nachfolgenden Ausführungen den Entschluß zur Anwendung von Gewalt unter Risiko, dann bleibt noch die Beantwortung der Fragen »wann« und »wie«.

Hierbei seien drei Fälle zu entscheiden:

Fall 1: Zeitpunkt 1943–1945

Nach dieser Zeit sei nur noch eine Veränderung zu unseren Ungunsten zu erwarten.

Die Aufrüstung der Armee, Kriegsmarine, Luftwaffe sowie die Bildung des Offizierkorps seien annähernd beendet. Die materielle Ausstattung und Bewaffnung seien modern, bei weiterem Zuwarten läge die Gefahr ihrer Veralterung vor. Besonders der Geheimhaltungsschutz der »Sonderwaffen« ließe sich nicht immer aufrecht erhalten. Die
S. 7 Gewinnung von Reserven beschränke sich auf die laufenden Rekrutenjahrgänge, ein Zusatz aus älteren unausgebildeten Jahrgängen sei nicht mehr verfügbar.

Im Verhältnis zu der bis dahin durchgeführten Aufrüstung der Umwelt nähmen wir an relativer Stärke ab. Wenn wir bis 1943/45 nicht handelten, könne infolge des Fehlens von Reserven jedes Jahr die Ernährungskrise bringen, zu deren Behebung ausreichende Devisen nicht verfügbar seien. Hierin sei ein »Schwächungsmoment des Regimes« zu erblicken. Zudem erwarte die Welt unseren Schlag und treffe ihre Gegenmaßnahmen von Jahr zu Jahr mehr. Während die Umwelt sich abriegele, seien wir zur Offensive gezwungen.

Wie die Lage in den Jahren 1943/45 tatsächlich sein

würde, wisse heute niemand. Sicher sei nur, daß wir nicht länger warten können.

Auf der einen Seite die große Wehrmacht mit der Notwendigkeit der Sicherstellung ihrer Unterhaltung das Älterwerden der Bewegung und ihrer Führer, auf der anderen Seite die Aussicht auf Senkung des Lebensstandardes und auf Geburteneinschränkung ließen keine andere Wahl als zu handeln. Sollte der Führer noch am Leben sein, so sei es sein unabänderlicher Entschluß, spätestens 1943/45 die deutsche Raumfrage zu lösen. Die Notwendigkeit zum Handeln vor 1943/45 käme im Fall 2 und 3 in Betracht.

Fall 2:

Wenn die sozialen Spannungen in Frankreich sich zu einer derartigen innenpolitischen Krise auswachsen sollten, daß durch letztere die französische Armee absorbiert und für eine Kriegsverwendung gegen Deutschland ausgeschaltet würde, sei der Zeitpunkt zum Handeln gegen die Tschechei gekommen.

Fall 3:

Wenn Frankreich durch einen Krieg mit einem anderen Staat so gefesselt ist, daß es gegen Deutschland nicht »vorgehen« kann. Zur Verbesserung unserer militär-politischen Lage müsse in jedem Fall einer kriegerischen Verwicklung unser 1. Ziel sein, die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen, um die Flankenbedrohung eines etwaigen Vorgehens nach Westen auszuschalten. Bei einem Konflikt mit Frankreich sei wohl nicht damit zu rechnen, daß die Tschechei am gleichen Tage wie Frankreich uns den Krieg

erklären würde. In dem Maße unserer Schwächung würde jedoch der Wille zur Beteiligung am Kriege in der Tschechei zunehmen, wobei ihr Eingreifen sich durch einen An-
S. 8 griff nach Schlesien nach Norden oder nach Westen bemerkbar machen könne.

Sei die Tschechei niedergeworfen, eine gemeinsame Grenze Deutschland-Ungarn gewonnen, so könne eher mit einem neutralen Verhalten Polens in einem deutsch-französischen Konflikt gerechnet werden. Unsere Abmachungen mit Polen behielten nur solange Geltung, als Deutschlands Stärke unerschüttert sei, bei deutschen Rückschlägen müsse ein Vorgehen Polens gegen Ostpreußen, vielleicht auch gegen Pommern und Schlesien in Rechnung gestellt werden.

Bei Annahme einer Entwicklung der Situation, die zu einem planmäßigen Vorgehen unsererseits in den Jahren 1943/45 führe, sei das Verhalten Frankreichs, Englands, Italiens, Polens, Rußlands voraussichtlich folgendermaßen zu beurteilen:

An sich glaube der Führer, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit England, voraussichtlich aber auch Frankreich die Tschechei bereits im stillen abgeschrieben und sich damit abgefunden hätten, daß diese Frage eines Tages durch Deutschland bereinigt würde. Die Schwierigkeiten des Empire und die Aussicht in einen langwährenden europäischen Krieg erneut verwickelt zu werden, seien bestimmend für eine Nichtbeteiligung Englands an einem Kriege gegen Deutschland. Die englische Haltung werde gewiß nicht ohne Einfluß auf die Frankreichs sein. Ein Vorgehen Frankreichs ohne die englische Unterstützung und in der

Voraussicht, daß seine Offensive an unseren Westbefestigungen sich festlaufe, sei wenig wahrscheinlich. Ohne die Hilfe Englands sei auch nicht mit einem Durchmarsch Frankreichs durch Belgien und Holland zu rechnen, der auch bei einem Konflikt mit Frankreich für uns außer Betracht bleiben müsse, da es in jedem Fall die Feindschaft Englands zur Folge haben müßte. Naturgemäß sei eine Abriegelung im Westen in jedem Fall während der Durchführung unseres Angriffs gegen die Tschechei und Österreich notwendig. Hierbei sei zu berücksichtigen, daß die Verteidigungsmaßnahmen der Tschechei von Jahr zu Jahr an Stärke zunehmen und daß auch eine Konsolidierung der inneren Werte der österreichischen Armee im Laufe der Jahre stattfände. Wenn auch die Besiedlung insbesondere der Tschechei keine dünne sei, so könne die Einverleibung der Tschechei und Österreichs den Gewinn von Nahrungsmitteln für 5–6 Millionen Menschen bedeuten unter Zugrundelegung, daß eine zwangsweise Emigration aus der Teschechei von zwei, aus Österreich von einer Million Menschen zur Durchführung gelange. Die Angliederung der beiden Staaten an Deutschland bedeute militär-poli-
tisch eine wesentliche Entlastung infolge kürzerer, besserer S. 9
Grenzziehung, Freiwerdens von Streitkräften für andere Zwecke und der Möglichkeit der Neuaufstellung von Truppen bis in Höhe von etwa 12 Divisionen, wobei auf eine Million Einwohner eine neue Division entfalle.

Von der Seite Italiens seien gegen die Beseitigung der Tschechei keine Einwendungen zu erwarten, wie dagegen seine Haltung in der österreichischen Frage zu bewerten sei, entziehe sich der heutigen Beurteilung und sei wesent-

lich davon abhängig, ob der Duce noch am Leben sei.

Das Maß der Überraschung und der Schnelligkeit unseres Handelns sei für die Stellungnahme Polens entscheidend. Gegen ein siegreiches Deutschland wird Polen – mit Rußland im Rücken – wenig Neigung haben, in den Krieg einzutreten. Einem militärischen Eingreifen Rußlands müsse durch die Schnelligkeit unserer Operationen begegnet werden; ob ein solches überhaupt in Betracht kommen werde, sei angesichts der Haltung Japans mehr als fraglich.

Trete der Fall 2 – Lahmlegung Frankreichs durch einen Bürgerkrieg – ein, so sei infolge Ausfall des gefährlichsten Gegners die Lage jederzeit zum Schlag gegen die Tschechei auszunutzen.

In gewissere Nähe sähe der Führer den Fall 3 gerückt, der sich aus den derzeitigen Spannungen im Mittelmeer entwickeln könne und den er eintretendenfalls zu jedem Zeitpunkt, auch bereits im Jahre 1938, auszunutzen entschlossen sei. Nach den bisherigen Erfahrungen beim Verlauf der kriegerischen Ereignisse in Spanien sähe der Führer deren baldige Beendigung noch nicht bevorstehen. Berücksichtige man den Zeitaufwand der bisherigen Offensiven Francòs, so könne eine Kriegsdauer von etwa noch 3 Jahren im Bereich der Möglichkeit liegen. Andererseits sei vom deutschen Standpunkt ein 100 %iger Sieg Francos auch nicht erwünscht; wir seien vielmehr an einer Fortdauer des Krieges und der Erhaltung der Spannungen im Mittelmeer interessiert. Franco im ungeteilten Besitz der spanischen Halbinsel, schalte die Möglichkeit weiterer italienischer Einmischung und den Verbleib Italiens auf den Balearen aus. Da unser Interesse auf die Fortdauer des Krie-

ges in Spanien gerichtet sei, müsse es Aufgabe unserer Po-
litik in nächster Zeit sein, Italien den Rücken für weiteren
Verbleib auf den Balearen zu stärken. Ein Festsetzen der
Italiener auf den Balearen sei aber weder für Frankreich
noch für England tragbar und könne zu einem Krieg
Frankreichs und Englands gegen Italien führen, wobei Spa- S. 10
nien – falls völlig in weißer Hand – an der Seite der Gegner
Italiens auf den Plan treten könne. In einem solchen Krieg
sei ein Unterliegen Italiens wenig wahrscheinlich. Zur Er-
gänzung seiner Rohstoffe stehe der Weg über Deutschland
offen. Die militärische Kriegführung seitens Italiens stelle
der Führer sich derart vor, daß es an seiner Westgrenze
gegen Frankreich defensiv bleibe und den Kampf gegen
Frankreich aus Lybien heraus gegen die nordafrikanischen
französischen Kolonialbesitzungen führe.

Da eine Landung französisch-englischer Truppen an den Küsten Italiens ausscheiden und eine französische Offensive über die Alpen nach Oberitalien sehr schwierig sein dürfte und sich voraussichtlich an den starken italienischen Befestigungen festlaufen würde, läge der Schwerpunkt der Handlungen in Nordafrika. Die Bedrohung der französischen Transportwege durch die italienische Flotte werde in starkem Umfang den Transport von Streitkräften aus Nordafrika nach Frankreich lahmlegen, so daß Frankreich an den Grenzen gegen Italien und Deutschland nur über die Streitkräfte des Heimatlandes verfüge.

Wenn Deutschland diesen Krieg zur Erledigung der tschechischen und österreichischen Frage ausnütze, so sei mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß England – im Kriege mit Italien liegend – sich nicht zu einem Vorgehen

gegen Deutschland entschließen würde. Ohne die englische Unterstützung sei eine kriegerische Handlung Frankreichs gegen Deutschland nicht zu erwarten.

Der Zeitpunkt unseres Angriffs auf die Tschechei und Österreichs müsse abhängig von dem Verlauf des italienisch-englisch-französischen Krieges gemacht werden und läge nicht etwa gleichzeitig mit der Eröffnung der kriegerischen Handlungen dieser 3 Staaten. Der Führer denke auch nicht an militärische Abmachungen mit Italien, sondern wolle in eigener Selbständigkeit und unter Ausnutzung dieser sich nur einmal bietenden günstigen Gelegenheit den Feldzug gegen die Tschechei beginnen und durchführen, wobei der Überfall auf die Tschechei »blitzartig schnell« erfolgen müsse.

Feldmarschall von Blomberg und Generaloberst von Fritsch wiesen bei der Beurteilung der Lage wiederholt auf die Notwendigkeit hin, daß England und Frankreich nicht als unsere Gegner auftreten dürften, und stellten fest, daß durch den Krieg gegen Italien das französische Heer nicht in dem Umfange gebunden sei, daß es nicht noch mit Überlegenheit an unserer Westgrenze auf den Plan treten könne. Die mutmaßlich an der Alpengrenze gegenüber Italien zum Einsatz gelangenden französischen Kräfte veran-
S. 11 schlagte Generaloberst von Fritsch auf etwa 20 Divisionen, so daß immer noch eine starke französische Überlegenheit an unserer Westgrenze bliebe, der als Aufgabe nach deutschem Denken der Einmarsch in das Rheinland zu unterstellen sei, wobei noch besonders der Vorsprung Frankreichs in der Mobilmachung in Rechnung zu stellen und zu berücksichtigen sei, daß abgesehen von dem ganz geringen

Wert unseres derzeitigen Standes der Befestigungsanlagen – worauf Feldmarschall von Blomberg besonders hinwies – die für den Westen vorgesehenen vier mot. Divisionen mehr oder weniger bewegungsunfähig seien. Hinsichtlich unserer Offensive nach Südosten machte Feldmarschall von Blomberg nachdrücklich auf die Stärke der tschechischen Befestigungen aufmerksam, deren Ausbau den Charakter einer Maginot-Linie angenommen hätte und unseren Angriff aufs äußerste erschwere.

Generaloberst von Fritsch erwähnte, daß es gerade Zweck einer durch ihn angeordneten Studie dieses Winters sei, die Möglichkeiten der Führung der Operationen gegen die Tschechei unter besonderer Berücksichtigung der Überwindung des tschechischen Festungssystems zu untersuchen; der Generaloberst brachte ferner zum Ausdruck, daß er unter den obwaltenden Verhältnissen davon absehen müsse, seinen am 10. 11. beginnenden Auslandsurlaub durchzuführen. Diese Absicht lehnte der Führer mit der Begründung ab, daß die Möglichkeit des Konfliktes noch nicht als so nahe bevorstehend anzusehen sei. Gegenüber dem Einwand des Außenministers, daß ein italienisch-englisch-französischer Konflikt noch nicht in so greifbarer Nähe sei, als es der Führer anzunehmen schiene, stellte der Führer als den ihm hierfür möglich erscheinenden Zeitpunkt den Sommer 1938 hin. Zu den seitens des Feldmarschalls von Blomberg und des Generalobersten von Fritsch hinsichtlich des Verhaltens Englands und Frankreichs angestellten Überlegungen äußerte der Führer in Wiederholung seiner bisherigen Ausführungen, daß er von der Nichtbeteiligung Englands überzeugt sei und daher an eine krie-

gerische Aktion Frankreichs gegen Deutschland nicht glaube. Sollte der in Rede stehende Mittelmeerkonflikt zu einer allgemeinen Mobilmachung in Europa führen, so sei unsererseits sofort gegen die Tschechei anzutreten, sollten dagegen die am Kriege nicht beteiligten Mächte ihr Desinteressement erklären, so habe sich Deutschland diesem Verhalten zunächst anzuschließen.

Generaloberst Göring hielt angesichts der Ausführungen des Führers es für geboten, an einen Abbau unseres militärischen Spanienunternehmens zu denken. Der Führer stimmt dem insoweit zu, als er den Entschluß einem geeig-
S. 12 neten Zeitpunkt vorbehalten zu glauben solle.

Der zweite Teil der Besprechungen befaßte sich mit materiellen Rüstungsfragen.

gez. Hoßbach

Für die Richtigkeit:
Oberst d. G.[1]

1) Der Abdruck entspricht der in den National-Archives in Washington vorhandenen Fassung. Ebenso IMT, Bd. XXV, S. 402 ff. Die am Rande angeführten Ziffern bezeichnen die jeweilige Seite der Photokopie.

Anlage II

Department of State Washington

TO ALL TO WHOM THESE PRESENTS SHALL COME, GREETING:

I certify that the document hereunto annexed is a true photostatic copy of the microfilm of the original German Foreign Office record, dated November 10, 1937, covering a conversation on November 5, 1937, in which the following leaders of the German Reich participated:

Adolf Hitler, Fuhrer and Reichs Chancellor;
General Field Marshal von Blomberg, Minister of War;
General von Fritsch, Commander-in-chief of the Army;
General Admiral Raeder, Commander-in-Chief of the Navy;
General Goering, Commander-in-Chief of the Air Force;
Freiherr von Neurath, Foreign Minister.

I further certify that the foregoing microfilm copy of the original document was made available to the United States Political Adviser for Germany by the SHAEF G-2 Document Section and was transmitted by him to the Department of State on May 25, 1945.

IN TESTIMONY WHEREOF, I have hereunto set my hand and caused the Seal of the Department of State to be affixed at the City of Washington, in the District of Columbia, this seventeenth day of October, 1945

James J. Byrnes

Secretary of State of the United States of America[1]

1) National-Archives, Washington. Eine gleichlautende Bestätigung von Acheson datiert 25. September 1945 befindet sich in Ablichtung im IFZ.

Anlage III

DIE AUFZEICHNUNGEN BECKS

Randbemerkungen zu einem mir vorgelegenen Protokoll der Besprechung des Führers mit Göring, Blomberg, Fritsch und Raeder anfangs November 1937

1.) Die letzten Ziele der Politik bedürfen der äußersten Geheimhaltung. Sie müssen daher oft das Geheimnis nur des leitenden Staatsmannes sein. »Es gibt in meinem Herzen ganze Provinzen, in welche ich niemandem einen Einblick gewähre« (Bismarck nach Keudell). Es ist festzustellen, daß über die Absicht, die deutsche Raumnot früher oder später gewaltsam zu beheben, innerhalb und außerhalb der deutschen Grenzen schon seit Jahren ein Geheimnis nicht mehr besteht.

2.) Das »Problem des Raumes« für Deutschland besteht zweifelsohne, in erster Linie auf Grund seiner zentralen Lage in Europa, und insofern seit jeher und vielleicht für alle Zeiten, sodann aber auch auf Grund der Gebietsänderungen durch Versailles.

Nicht übersehen darf anderseits werden, daß die Bevölkerungslage als solche sich in Europa seit 1000 Jahren und länger so stabilisiert hat, daß weitgehendere Änderungen ohne schwerste und in ihrer Dauer nicht abzusehende Erschütterungen kaum noch erreichbar erscheinen und für Europa Parallelen mit Gebietsveränderungen wie für Italien in Afrika oder für Japan in Ostasien nicht gezogen werden können.

Geringe Veränderungen erscheinen nach wie vor möglich. Sie dürfen aber nicht dazu führen, daß durch sie die Einheitlichkeit des deutschen Volkes, des deutschen Rassekerns erneut gefährdet wird.

3.) Autarkieabsichten wie sie zum Teil dem Vierjahresplan zu Grunde liegen, waren nach unseren bisherigen Anschauungen Notlösungen für befristete Zeit, aber keine Dauerregelung. Sicher ist, daß jede Autarkiebestrebung, die in zukunftsgefährdender Weise den eigenen Substanzbesitz angreift, als Dauerlösung verfehlt ist.

4.) Daß man hinsichtlich der Beteiligung an der Weltwirtschaft nicht unabhängig ist, ist nur zu wahr. Aus dieser Tatsache aber als einzige Aushilfe die Gewinnung eines größeren Lebensraums zu folgern, erscheint mir jedoch der Schwierigkeit wenig durchdacht Herr werden zu wollen. Soweit ich etwas von den Dingen verstehe, benötigen wir für alle Zeit einen höchstmöglichen Anteil an der Weltwirtschaft, oder das deutsche Volk muß langsam verkümmern.

5.) Die Größe der Gegnerschaft Frankreichs und Englands gegen einen Raum- und Machtzuwachs Deutschlands sei nicht verkannt. Die Gegnerschaft jedoch als unumstößlich bzw. unüberwindlich anzusehen, erscheint nach den bisherigen völlig unzureichenden Versuchen ihrer Beseitigung nicht am Platze. Die Politik ist die Kunst des Möglichen, alle 3 Völker sind zugleich auf der Welt, noch dazu in Europa, da heißt es doch wohl zunächst alle Möglichkeiten, sich zu arrangieren, zu erschöpfen, zumal angesichts des gegenseitigen Stärkeverhältnisses. Außerdem ist es auch für den Fall eines späteren Bruchs klüger.

6.) Sicher ist das Empire nicht unerschütterlich. Die Wahrscheinlichkeit, daß es noch bis auf weiteres die bestimmende Weltmacht neben Amerika ist, erscheint mir jedoch bei weitem größer. Und daher wird auch England bis auf weiteres nicht allein stehen, sondern stets Bundesgenossen haben.

Die kurzen allgemeinen Betrachtungen über England und Frankreich – Rußland als Machtfaktor wird leider nicht näher behandelt – haben mit dem konkreten Endgegenstand der Ausführungen wenig zu tun. Für diesen handelt es sich nicht um vage Zukunftsspekulationen, sondern nur um die Frage, wo stehen 1938 ff. England, Frankreich usw.

7.) Es dürfte historisch nicht richtig sein, daß die Kriege Bismarcks gegen Österreich und Frankreich von unerhörtem Risiko waren, sie waren vielleicht die vom Staatsmann bestvorbereiteten, die es gegeben hat, und hatten daher auch Erfolg.

Die gesamten historischen Parallelen sind anfechtbar.

8.) Die chronologische Unterscheidung in 3 Fälle ist anfechtbar, da sie nur von einem Teil der in Frage kommenden Faktoren – den im voraus bekannten – ausgehen kann.

Fall 1: Die militärische Begründung ist nicht Sache des Staatsmannes und von Fachleuten nachzuprüfen bzw. zu geben. Die militärpolitische, finanzielle, wirtschaftliche und seelische Grundlage ist überhaupt nicht behandelt.

Der Schluß: spätestens 1943/45 muß die deutsche Raumfrage daher gelöst werden, wirkt in seiner mangelnden Fundierung ~~niederschmetternd~~ überzeugend.

Fall 2: wird nach wie vor für ganz unwahrscheinlich gehalten – Wunschgedanke.

Fall 3: Frankreich wird immer genügend Kräfte gegen Deutschland zur Hand haben.

9.) Tschechei und Österreich als Überschußländer dürften nicht beigefügt überschätzt sein (s. Anlage) – aber auch im günstigen Falle nur eine relativ geringe Besserung unseres Ernährungs- und Rohstoffpotentials eintreten.

Die militärpolitische Lage nach einer Eingliederung der Tschechei und Österreich bedarf gründlicher Untersuchung.

10.) Die Zweckmäßigkeit, den Fall Tschechei (evtl. auch Österreich) bei sich bietender Gelegenheit zu bereinigen und dafür Überlegungen anzustellen und Vorbereitungen im Rahmen des Möglichen zu treffen, wird nicht bestritten.

Die über die Voraussetzung einer solchen Gelegenheit angestellten Betrachtungen bedürfen aber einer weit gründlicheren und umfassenderen Untersuchung als sie aus der Niederschrift der Besprechung entnommen werden können. B. 12. 11. 37[1)]

1) Nachlaß Beck N 28/4 BA/MA. Die Überschrift und die Unterzeichnung sowie die Worte »nicht überzeugend« sind mit Bleistift geschrieben. Insgesamt gibt es 3 Exemplare der Urkunde: Das handschriftliche Original; es trägt nur die Unterschrift B. Eine Schreibmaschinenabschrift; sie trägt die hier angeführte Überschrift, ist aber nicht unterschrieben. Ferner eine Durchschrift der Abschrift; darin befinden sich die übrigen Änderungen.

Anlage IV

M. François-Ponçet, Botschafter Frankreichs in Berlin an M. Delbos, Minister des Auswärtigen

T. Nr. 4409, 4410 Berlin, den 6. Nov. 1937, 19.20, 19.17
(Erhalten: 20.15, 20.10) Uhr

Gestern nachmittag fand in der Reichskanzlei eine wichtige Besprechung statt, an welcher eine große Anzahl von Generälen und Admirälen, Feldmarschall von Blomberg, Admiral Raeder, Herr von Neurath und General Göring teilnehmen.

Die Presse hat darüber nichts verlauten lassen, und man kann nur schwer in Erfahrung bringen, worüber in dieser Geheimsitzung, die sehr lange dauerte, verhandelt wurde. Mir ist berichtet worden, daß das Rohstoffproblem und die durch den Mangel an Eisen und Stahl erwachsenen Schwieriegkeiten zur Debatte gestanden hätten. Admiral Raeder solle eine Erhöhung des Stahlkontingents für den Schiffsbau erhalten haben. Gleichfalls soll angekündigt worden sein, daß Deutschland in 11 Monaten, von jetzt an gerechnet, seinen gesamten Lebensbedarf selbst decken werde. Es bleibt verwunderlich, daß so viele Stabsoffiziere in die Reichskanzlei zusammenberufen worden sind, wenn man nur hiervon gesprochen hat.[1)]

1) Documents Diplomatiques Français, Serie 2, Bd. 7, S. 343 (Übersetzung)

Quellen- und Literaturverzeichnis

A) *Unveröffentlichte Dokumente*

I Institut für Zeitgeschichte in München (IFZ)

Abbegg Dossier F 86

John Papiere ZS/A 33/5

Eidesstattliche Versicherung Louis P. Lochner im Manstein-Prozeß vom 3. 8. 1949 MA 113/6

Vernehmungsberichte v. Neurath vom 13. 10. und 10. 11. 1945 MA 1300/2

Zeugenschrifttum (ZS) 535 Victor v. Martin 74 I/II Hoßbach

PS-Dokumente: 386 (Beglaubigungsvermerk) 1454 Bericht Thomas. Vortrag beim Führer, datiert vom 18. 11. 37

Protokolle des Wilhelmstraßenprozesses, zitiert als Fall XI

Protokolle des OKW-Prozesses, zitiert als Fall XII

II Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i. Breisgau (BA/MA)

a) Akten der Gruppe Seekriegsleitung M 1423/31259

b) Akten des Wehrwirtschaftsstabes WiIF 5.1090, 5.1196

c) Case Akten der Marine (operative Weisungen) 1197 (PG 33306), 1165 (PG 33272), 1504

d) Milch-Akten RL 3

e) Nachlässe: Beck N 28, v. Fritsch N 33

III National Archives Washington
Dok. 386-PS nebst Beglaubigungsvermerk
IV Schriftliche Mitteilungen:
Victor v. Martin
Oberst a. d. Graf Kirchbach
General d. I. a. D. Hoßbach
Bundesarchiv Koblenz
V Mündliche Befragungen:
Oberst a. D. v. Below
Konteradmiral a. D. v. Puttkamer

B) *Veröffentlichte Quellen*

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, 42 Bde., Nürnberg 1947/49, – sogenannte blaue Serie – zitiert IMT

Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal, 42 Bde., Nürnberg 1947–1949, blaue Serie in englischer Sprache – zitiert IMT, englische Ausgabe –

Trials of War Criminals before the Nürnberg Military Tribunals, 15 Bde., Washington 1949–1953 – sogenannte grüne Serie – zitiert Trials of War Criminals.

Nazi Acts on Conspiracy and Aggression, 11 Bde., Washington D. C. 1946–1948, – sogenannte rote Serie – zitiert Nazi Acts.

Fall 6, Ausgewählte Dokumente und Urteile des IG Farben-Prozesses, hrsg. von Hans Radandt, Berlin (Ost) 1970, zitiert Fall VI

Das Urteil im Wilhelmstraßenprozeß, hrsg. von Dr. Robert Kempner, München 1950, zitiert Wilhelmstraßenprozeß

Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgerichtshof, Wien 1947, zitiert Schmidt-Prozeß

Akten der deutschen auswärtigen Politik 1918–45, Serie D, 13 Bde., Baden-Baden 1950–1970, zitiert ADAP

Documents Diplomatiques Français 1932–1939, 2. Serie, 9 Bde., Paris 1963–1974

Deutschland im Kampf, 44 Bde., hrsg. von Berndt und Wedel, Berlin 1939–1944.

C) *Darstellungen*

I Veröffentlichungen Hoßbachs:

Von der militärischen Verantwortlichkeit in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 1948

Zwischen Wehrmacht und Hitler, 1. Auflage, Wolfenbüttel und Hannover 1949, 2. Auflage Göttingen 1965, zitiert: Hoßbach: Wehrmacht

Infanterie im Ostfeldzug 1941/42, Osterode 1951

Die Schlacht um Ostpreußen. Überlingen/Bodensee 1951

Die Entwicklung des Oberbefehls über das Heer in Brandenburg, Preußen und im Deutschen Reich von 1655–1945, Würzburg 1964

Der Streich gegen Fritsch, in: Die Welt (Hamburger Ausgabe) 1., 3., 5., 8., 10. und 12. Februar 1949

Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, in Lüneburger Landeszeitung vom 19. 8. 1949

Zum Gedächtnis des 70. Geburtstages des Generalobersten Werner Freiherr v. Fritsch und Ludwig Beck, Flensburger Tageblatt 11. Juli 1950
Verantwortlichkeit der Generalstabsoffiziere in der deutschen Armee, Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift, Frauenfeld 1952, Nr. 3 S. 220-225
Streiflichter aus den Operationen des Südflügels der Heeresgruppe Mitte ebenda 1951, Heft 4, S. 255–269

II *Veröffentlichungen anderer Autoren*

Abshagen, Karl Heinz: Canaris, Stuttgart 1955
Alardus: Krieg in Sicht, Zürich o. J.
Aschenauer, Rudolf: Zur Frage einer Revision der Kriegsverbrecherprozesse, Nürnberg 1949
Bernhardt, Walter: Die deutsche Aufrüstung 1934–1939, Frankfurt a. M. 1969
Blaich, Fritz: Wirtschaft und Rüstung in Deutschland 1933–1939, in: Sommer 1939, hrsg. von Benz und Graml, Stuttgart 1979
Benoist-Méchin, Jacques: Wollte Adolf Hitler den Krieg 1939, Preußisch Oldendorf 1971
Bor, Peter (Paul Lüth): Gespräche mit Halder, Wiesbaden 1950
Brennecke, Gerhard: Die Nürnberger Geschichtsentstellung, Tübingen 1970
Brissaud, Andrée: Canaris, Frankfurt a. M. 1970
Bross, Werner: Gespräche mit Hermann Göring, Flensburg/Hamburg 1950

Brown, Anthony: Die geheime Front, München 1976
Buchheit, Gerd: Ludwig Beck, ein preußischer General, München 1964
Buchheit, Gerd: Soldatentum und Rebellion, Rastatt 1961
Bullitt, Orville: For the President, personel & secret, Boston 1972
Bullock, Allan: Hitler, eine Studie über Tyrannei, neubearbeitete Ausgabe, Kronberg 1977
Calic, Edouard: Hitler ohne Maske, Frankfurt a. M. 1968
Carr, William: Arms, Autarky and Aggression, London/Southampton 1972
Celovsky, Boris: Das Münchener Abkommen, Stuttgart 1968
Churchill, Winston Spencer: Der zweite Weltkrieg, 6 Bde., Hamburg/Stuttgart 1948/1954
Chwostow/Nekritsch: Wie der 2. Weltkrieg entstand, Berlin (Ost) 1961
Cookridge, E. H.: The Spy of the Century, New York 1972
Craig, Gordon u. Gilbert, Felix: The Diplomats, 2 Bde., New York 1965
Deist, Wilhelm: Die Aufrüstung der deutschen Wehrmacht, in: Das Deutsche Reich und der 2. Weltkrieg, hrsg. vom militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 1, Stuttgart 1979, S. 371–534
Deutsch, Harold: Das Komplott oder die Entmachtung der Generale, o. O. 1974

Domarus, Max: Hitler, Reden und Proklamationen 1932–1945, 2 Bde., München 1965
Dülffer, Jost: Weimar, Hitler und die Marine, Düsseldorf 1973
Dülffer, Jost: Die Reichs- und Kriegsmarine 1918–1939, in: Deutsche Marinegeschichte der Neuzeit, in: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648–1939, hrsg. vom militärgeschichtlichen Forschungsamt durch Othmar Hackl und Manfred Messerschmidt, München 1977
Dulles, Allan: Verschwörung in Deutschland, Zürich 1948
Eden, Anthony: Memoiren. Angesichts der Diktatoren, Köln/Berlin 1962
Eubank, Keith: The Road to World War II, New York 1973
Foerster, Wolfgang: Generaloberst Ludwig Beck, München 1953
Fraenkel, Heinrich und Manvell, Roger: Canaris, München 1978
Gehl, Jürgen: Austria, Germany and the Anschluß 1931–1938, London/New York/Toronto 1963
Gerhart, Eugene: Americas Advocate Robert H. Jackson, New York 1958
Gemzell, Carl-Axel: Raeder, Hitler und Skandinavien, Lund 1965
Gilbert, Gustav: Nürnberger Tagebuch, Frankfurt a. M. 1962
Görner, Alexander: Hitlers preußisches Engagement, Bellnhausen 1966

Görlitz, Walter: Kleine Geschichte des deutschen Generalstabes, Berlin 1967
Grosscurth, Helmuth: Tagebücher eines Abwehroffiziers, hrsg. v. H. Krausnick und H. Kotze, Stuttgart 1970
Guderian, Heinz: Erinnerungen eines Soldaten, Neckargemünd 1976
Hajek, J. S.: Signal auf Krieg, Berlin (Ost) 1960
Härtle, Heinrich: Freispruch für Deutschland, Göttingen 1965
Heineman, John: Hitler's First Foreign Minister, Berkeley, Los Angeles, London 1979
Hemmerle, Eduard: Der Weg in die Katastrophe, München 1948
Hildebrand, Klaus: Deutsche Außenpolitik 1933–1945, Kalkül oder Dogma? Stuttgart 1971
Hildebrand, Klaus: Vom Reich zum Weltreich, München 1969
Hofer, Walter: Die Entfesselung des 2. Weltkrieges, Frankfurt a. M. 1964
Hoggan, David: Der erzwungene Krieg, 1. und 9. Auflage, Tübingen 1961 und 1974
Holldack, Heinz: Was wirklich geschah, München 1949
Ingrim, Robert: Hitlers glücklichster Tag, Stuttgart 1962
Irving, David: Der Nürnberger Prozeß, München 1979
Irving, David: Hitlers Weg zum Krieg, München/Berlin 1979

Irving, David: Die Tragödie der deutschen Luftwaffe, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1970
Jerusalimski, A. S.: Der Deutsche Imperialismus, Berlin (Ost) 1968
Keitel, Wilhelm: Verbrecher oder Offizier, hrsg. von Walter Görlitz, Göttingen 1961
Kesselring, Albert: Soldat bis zum letzten Tag, Bonn 1953
Kordt, Erich: Nicht aus den Akten, Stuttgart 1950
Krausnick, Helmut: Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler, in: Vollmacht des Gewissens, Bd. 1, hrsg. von der europäischen Publikation e. V., Frankfurt a. M./ Berlin 1960, S. 177–384
Kuhn, Axel: Hitlers außenpolitisches Programm, Stuttgart 1970
Laffan, Robert: The Crisis over Czechoslovakia, in: Survey of International Affain 1938, Bd. 2, London/New York/Toronto 1951
De Launay, Jacques: Die großen Kontroversen unseres Jahrhunderts 1914–1945, Lausanne 1969
Laternser, Hans: Verteidigung deutscher Soldaten, Bonn 1950
v. Leeb, Wilhelm: Tagebuchaufzeichnungen und Lagebeurteilungen aus zwei Weltkriegen, hrsg. v. G. Meyer, Stuttgart 1976
v. d. Lippe, Victor: Nürnberger Tagebuchnotizen, Frankfurt a. M. 1951
Lipski, Jozef: Diplomat in Berlin, New York/London 1968

v. Manstein, Erich: Aus einem Soldatenleben, Bonn 1958
Maser, Werner: Adolf Hitler, Legende, Mythos, Wirklichkeit, München/Esslingen 1971
Meinck, Gerhard: Hitler und deutsche Aufrüstung 1933–1937, Wiesbaden 1959
Messerschmidt, Manfred: Außenpolitik und Kriegsvorbereitung in: Das deutsche Reich und der 2. Weltkrieg, Bd. 1, Stuttgart 1979
Middlemas, Keith: The Strategy of Appeasement, Chicago 1972
Müller, Klaus-Jürgen: Das Heer und Hitler, Stuttgart 1969
Mueller-Hillebrandt, Burkhart: Das Heer 1933–1945, 3 Bde., Darmstadt/Frankfurt a. M. 1954–1969
O'Neill, Robert: The German Army & the Nazi Party 1933/39, London 1968
Pannenbecker, Otto: Geheim, Düsseldorf 1947
v. Papen, Franz: Der Wahrheit eine Gasse, Innsbruck 1952
Poliakov, Léon: Le Procès de Nuremberg, Paris 1971
Prittie, Terence: Deutsche gegen Hitler, Tübingen 1965
Raeder, Erich: Mein Leben, 2 Bde., Tübingen 1956
Rassinier, Paul: Les résponsables de la deuxième guerre mondiale, Paris 1967
Rassinier, Paul: Was ist Wahrheit, 3. Aufl., Leoni 1978

Reitlinger, Gerald: Die SS, Tragödie einer deutschen Epoche, Wien/München/Basel 1956
Reynolds, Nicholas: Beck, Gehorsam und Widerstand, Wiesbaden 1977
v. Ribbentrop, Annelies: Verschwörung gegen den Frieden, Leoni 1962
Rich, Norman: Hitlers War Aimes, 2 Bde., New York 1973
v. Richthofen, Bolko: Kriegsschuld 1939–1941, Vaterstetten 1975
Ritter, Gerhard: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954
Robertson, Esmonde: Hitlers pre- war Policy and military Plans 1938–1939, London 1963
Roennefarth, Helmuth: Die Sudentenkrise in der internationalen Politik, 2 Bde., Wiesbaden 1961
Rothfels, Hans: Die deutsche Opposition gegen Hitler, Frankfurt a. M./Hamburg 1958
Salewski, Michael: Die bewaffnete Macht im Dritten Reich 1933–1939, in: Wehrmacht und Nationalsozialismus 1933–1939, München 1978 (Handbuch der deutschen Militärgeschichte 1648–1939, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt durch Othmar Hackl und Manfred Messerschmidt)
Schall-Riaucour, H.: Aufstand und Gehorsam, Leben und Wirken von Generaloberst Franz Halder, Wiesbaden 1972
Schwarz, Paul: This man Ribbentrop, New York 1943

Schwerin von Krosigk, Lutz: Staatsbankrott, Finanzpolitik des deutschen Reiches 1920/1945, Göttingen/Frankfurt a. M./Zürich 1974
Seabury, Paul: Die Wilhelmstr. 1930–1945, Frankfurt a. M. 1956
Schausberger, Norbert: Der Griff nach Österreich, Wien/München 1978
Smith, Bradley: Der Jahrhundert-Prozeß, Frankfurt a. M. 1977
Shirer, William: Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, 2 Bde., München/Zürich 1964
Strang, William: Home and Abroad, London 1956
Steinert, Marlis: Les Origines de la Deuxième guerre mondiale, Paris 1974
Taylor, A. J. P.: Die Ursprünge des 2. Weltkrieges, Gütersloh 1962
Taylor, A. J. P.: Origins of the second world War, 2. Aufl. London 1963
Taylor, Telford: Munich, The Price of Peace, New York 1979
Taylor, Telford: Sword & Swastica, Chicago 1969
Teske, Hermann: Wenn Gegenwart Geschichte wird, Neckargemünd 1974
Thomas, Georg: Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft 1918–1943/45, Boppard am Rhein 1966
Truchanowsky, W. G.: Geschichte der internationalen Beziehungen 1917–1939, 2 Bde., Berlin (Ost) 1963
Walendy, U.: Wahrheit für Deutschland, Vlotho 1970

Weisenborn, Günther: Lautloser Aufstand, Hamburg 1962
v. Weizsäcker, Ernst: Erinnerungen, München 1950
Westphal, Siegfried: Erinnerungen, Mainz 1975
Wheeler-Bennett: Die Nemesis der Macht, Düsseldorf 1954
Wiedemann, Fritz: Der Mann, der Feldherr werden wollte, Dortmund 1964
v. Wilmowsky, Thilo: Warum wurde Krupp verurteilt, 3. Aufl. Düsseldorf/Wien 1962
Zentner, Christian: Der Kriegsausbruch 1. September 1939, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1979

III *Aufsätze*

. . .: Adolf Hitlers weite Sicht. Ein Geheimprotokoll aus dem Jahre 1937 in: Die Wandlung, Heidelberg 1945/1946, Heft 4, S. 346–365
Baumgart, Winfried: Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. 8. 1939, in: VfZG 1968, S. 120 ff.
Burdick, Charles: Die deutschen militärischen Planungen gegenüber Frankreich 1933–1938, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, Frankfurt a. M. 1956, S. 678–685
Bußmann, Walter: Der Mann, der Hitler trotzte und Fritsch warnte, in: Die Welt, Hamburg 20. November 1964
Bußmann, Walter: Zur Entstehung und Überlieferung der Hoßbach-Niederschrift, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Stuttgart 1968, S. 373–384
Dülffer, Jost: Weisungen an die Wehrmacht 1938/39 als Ausdruck ihrer Gleichschaltung, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, Frankfurt a. M. 1968, S. 651–665 und 705–713
Gackenholz, Hermann: Reichskanzlei 5. November 1937 – Bemerkungen über »Politik und Kriegsführung im Dritten Reich«, in: Forschungen zu Staat und Verfassung, Festgabe für Fritz Hartung, Berlin 1958, S. 459–484
Graml, Hermann: Der Fall Oster, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Stuttgart 1966, S. 26–39
Henrikson, Göran: Das Nürnberger Dokument 386-PS, in: Probleme deutscher Zeitgeschichte, Lund Studies in international History, Stockholm 1971, S. 151–194
Jasper, Gotthard: Über die Ursachen des 2. Weltkrieges, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Stuttgart 1962, S. 311–340
Kaehler, Siegfried: Geschichtsbild und Europapolitik des Nationalsozialismus, in: Die Sammlung 1954, S. 337–354
Kielmansegg, Peter: Die militär-politische Tragweite der Hoßbach-Besprechung, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Stuttgart 1960, S. 268–275
Koch, Hannsjoachim, W.: Hitler and the Origins of the second World War. Second Thoughts on the

Status of some of the Documents, The Historical Journal 1968, S. 125–143

Mason, Timothy W.: Some Origins of the second World War, in: Robertson The Origins of the second World War, London and Basing-Stoke 1971, S. 105–136, Übersetzung in: Kriegsbeginn 1939, hrsg. von Gottfried Niedhardt, Darmstadt 1976, S. 94–123

Roennefarth, Heluth: Hitlers Rede vom 22. August 1939, in: Das Parlament vom 16. 9. 1959

Serahpim, Hans Günther: Nachkriegsprozesse und zeitgeschichtliche Forschung, in: Festschrift für Herbert Kraus, Kitzingen/Main 1954, S. 436–455

Taylor, A. J. P.: War Origins again, in Robertson: The Origins of the second World War, London and Basingstoke 1971, S. 136–141

Ulrich: Die Schlüsseldokumente des IMT, in: Nation Europa, Coburg 1962, Heft 5, S. 5–12

Vogelsang, Thilo: Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Stuttgart 1954, S. 397–436

Watt, Donald C.: Appeasement, The Rise of a Revesionist School? in: Political Quarterly, London 1965, S. 191–213. Übersetzung in: Kriegsbeginn 1939, hrsg. von Gottfried Niedhardt, Darmstadt 1976, S. 302–334

Namensverzeichnis

Die Namen Hoßbach und Hitler sind nicht mit aufgeführt, da sie im Text fortlaufend erwähnt werden. Berücksichtigt wurden in diesem Verzeichnis ausschließlich das Vorwort und der Text.

Abbegg, W. 110
Acheson, Dean 20, 23
Alderman, Sidney 9, 28
Beck, Ludwig 12, 49, 51, 52, 53, 61, 65, 73, 81, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 96, 105, 106, 107, 109
v. Below, Nicolaus 7, 33, 35, 36, 40, 44, 45, 46, 47, 48, 52, 91, 107
v. Blomberg, Werner 9, 17, 36, 38, 41, 44, 47, 49, 57, 58, 59, 64, 67, 69, 71, 72, 75, 76, 77, 89, 91, 94, 95, 99, 100, 102, 103, 108, 119
v. Brauchitsch, Walter 18, 88
Braun, Otto 110
Brown, Anthony 109
Bullock, Alan 120
Bußmann, Walter 41–44
Byrnes, James 20, 23
Canaris, Wilhelm 83, 84, 85, 86, 105, 109
Eisenhower, Dwight 19
Foley, Francis 109
François-Ponçet, André 107, 108
v. Fritsch, Werner 9, 17, 27, 36, 37, 38, 41, 44, 47, 49, 51, 61, 67, 69, 72, 73, 75, 76, 81, 83, 84, 85, 87, 91, 94, 95, 96, 98, 101, 102, 109, 117, 119
Goerdeler, Karl 105
Göring, Hermann 9, 10, 27, 65, 66, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 89, 91, 92, 93, 98, 99, 100, 103, 107, 108, 115
Grosscurth, Helmuth 86
Halder, Franz 73, 86, 88
Halifax 100
Haneken 76
Henrikson, Göran 7
Himmler, Heinrich 98
v. Hindenburg 83
Hofer, Walter 14, 56
Hoggan, David 12
Jackson, Robert 19
Jodl, Alfred 55, 56, 62, 77, 78
Keitel, Wilhelm 57, 77, 98, 101
Kirchbach 17, 18, 21, 22, 23, 25, 26, 31, 33, 36, 37, 38, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 47, 48, 84, 91, 111
v. Martin, Victor 7, 18, 19, 33, 36, 38, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 47, 48, 69, 111

Meinck, Gerhard 7
Milch, Eberhard 74
Murphy, Robert 19, 20
Neuner 19
v. Neurath, Constantin 9, 10, 28, 37, 38, 41, 44, 47, 50, 91, 94, 95, 97, 98, 100, 101, 102, 103, 109
Oster, Hans 105
Pannenbecker 24, 27
v. Puttkamer, Jesco 7, 33, 35, 36, 40, 44, 46, 47, 48, 52, 76, 107
Raeder, Erich 9, 10, 27, 49, 69, 73, 74, 76, 77, 91, 93, 99, 100, 101, 103, 115, 116, 119
v. Ribbentrop, Joachim 89
v. Ritter 97
Schacht, Hjalmar 105
Schmidt, Guido 10, 27
Schinzel, M. 18
Schulte-Mönting, Erich 116
Seeckt 83
v. Stauffenberg, Claus 85, 111
Sternberger, Dolf 24
Taylor, A. J. P. 12, 115
Thomas, Georg 72
Thomsen 19
Wirth 110
Witzell, Karl 76
v. Witzleben, Erwin 86
v. Ziehlberg 84